

ISÖ-Text 2025-1

Soziale Nachhaltigkeit und Partizipation



Lisa Strohmeyer

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische
Daten sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2025 ISÖ – Institut für Sozialökologie gemeinnützige GmbH

Herstellung und Verlag:
BoD – Books on Demand, Norderstedt

ISBN: 978-3-69517-128-6

ISÖ-Text 2025-1

Soziale Nachhaltigkeit und Partizipation – Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement als Chance

Lisa Strohmeyer

mit einem Vorwort von Michael Opielka

Siegburg, September 2025

ISÖ - Institut für Sozialökologie gemeinnützige GmbH

Ringstraße 8, 53721 Siegburg

Tel.: +49 (0) 2241 1457073, Fax: +49 (0) 2241 1457039, E-Mail: info@isoe.org, Web: www.isoe.org

Coverabbildung: Clemens Wronski / Mehr Demokratie

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis.....	4
Vorwort	5
Nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft.....	8
I Grundannahmen.....	11
1. Soziale Nachhaltigkeit.....	11
1.1.1 Ansätze und Definition	12
1.1.2 Die Sustainable Development Goals.....	18
1.2 Zivilgesellschaftliches Engagement	20
3. Politische Bürgerbeteiligung	26
1.2.1 Deliberative Demokratie und Bürgerräte	27
1.2.2 Deliberative Prozesse und Soziale Nachhaltigkeit.....	30
II Soziale Nachhaltigkeit in Politik und Zivilgesellschaft.....	34
II.1 Praktische Bezüge	35
II.1.1 Stichprobe und Fehlerbetrachtung	35
II.1.2 Methodisches Vorgehen	38
II.1.3 Kategorisierung.....	41
II.1.4 Datenanalyse	48
II.2 Problemdarstellung der Umsetzung	54
II.2.1 Kontroversen der Nachhaltigkeit	55
II.2.2 Interdisziplinarität der Nachhaltigkeit.....	56
II.2.3 Nachhaltigkeitsrecht	58
II.2.4 Schlussfolgerungen für eine Beteiligungskultur	59
II.3 Demokratische Förderung Sozialer Nachhaltigkeit.....	61
II.3.1 Bürgerbeteiligung im politischen Mehrebenensystem	62
II.3.2 Interdisziplinarität innerhalb einer Beteiligungskultur	66
II.4 Die Rolle von Sozialer Arbeit	68
Empfehlungen und Zukunftsperspektiven	72
Literatur.....	79
Anhang.....	82
Die Autorin	94

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Die drei Nachhaltigkeitsmodelle im Überblick</i>	13
<i>Abbildung 2: Die 17 Sustainable Development Goals</i>	19
<i>Abbildung 3: Politikzyklus</i>	25
<i>Abbildung 4: Formen von Demokratie</i>	28
<i>Abbildung 5: Darstellung der Kategorien, Definitionen und Codierregeln</i>	39
<i>Abbildung 6: Deliberative Verfahren nach politischer Ebene</i>	62
<i>Abbildung 7: Themen deliberativer Verfahren weltweit</i>	67

Vorwort

Die vorliegende Studie von Lisa Strohmeyer zum Verhältnis von Sozialer Nachhaltigkeit und Partizipation ist Teil einer ausführlichen wissenschaftlichen Diskussion und zugleich politischer Praxis, die als einen Ausweg aus der Krise des Parlamentarismus eine verstärkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungsprozessen fordert. Zwar wird in der parlamentarischen Demokratie bereits grundsätzlich die Teilnahmemöglichkeit an Wahlen gewährleistet, insoweit geht es um die Forderung nach alternativen oder ergänzenden Formen der Beteiligung. Die hier naheliegende Form wäre zunächst die unmittelbare Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen durch Plebiszite. Eine baldige Stärkung direktdemokratischer Elemente, etwa in Form von Volksbegehren oder Volksentscheiden, erscheint dennoch auf Bundesebene derzeit unwahrscheinlich. Dies liegt zum einen daran, dass das Grundgesetz, obwohl es in Art. 20 Abs. 2 neben „Wahlen“ auch „Abstimmungen“ zur Ausübung der Volkssouveränität vorsieht, nur in den Sonderfällen der Neugliederung des Bundesgebiets (Art. 29 GG) sowie der Ablösung des Grundgesetzes durch eine neue Verfassung (Art. 146 GG) Referenden vorsieht. Zum anderen wird die direktdemokratische Skepsis mit historischen Erfahrungen der Weimarer Republik, aber auch mit aktuellen Beispielen wie dem Brexit-Votum von 2016 begründet. Ein in Zeiten des aufsteigenden Populismus gesunkenes Vertrauen der Eliten in die Entscheidungskompetenz des eigenen Volks tut hier ein Übriges. Insofern mag es nicht verwundern, dass die Forderung nach Referenden auf Bundesebene seit den 1980er Jahren im politischen Spektrum von der Partei Die Grünen¹ zur AfD² gewandert ist. Die direkte Demokratie wird in der Literatur zumindest in Deutschland fast durchweg als Gegensatz zur repräsentativen Demokratie des Parlamentarismus verstanden. Das entspricht allerdings nicht dem internationalen Erfahrungs- und Forschungsstand, in dem direkte und repräsentative Demokratie komplementär existieren.³

¹ Vgl. den Gesetzentwurf v. 24.10.1983, Gesetz zur Durchführung einer konsultativen Volksbefragung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missile) in der Bundesrepublik Deutschland, BT-Drs. 10/519.

² Vgl. die Forderung nach „Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild“ im Grundsatzprogramm der AfD v. 2016, S. 9.

³ Überblick: *Eike-Christian Hornig, Christian Frommelt*, The system functions of direct democracy - a ranking of 103 countries in the world, in: *Frontiers in Political Sciences*, Vol. 5, April 2024 doi.org/10.3389/fpos.2023.1146307; *Andreas Urs Sommer*, Eine Demokratie für das 21. Jahrhundert, Freiburg 2022.

Die Studie von Strohmeier konzentriert sich auf die Möglichkeiten der konsultativen Demokratie. In diesem Zusammenhang gewinnen Bürgerräte als deliberative, Verhandlungsprozesse fördernde Beteiligungsform an Bedeutung. Sie gelten als konsultatives Instrument, das dem wachsenden Vertrauensverlust in politische Institutionen begegnen und politische Entscheidungen durch bürgernahe Deliberation legitimieren kann.

Die deliberative Demokratie ist ein demokratisches Modell, das auf öffentlichen Diskursen, rationalem Austausch und der Idee der Gemeinwohlorientierung basiert.⁴ Im Gegensatz zur aggregativen Demokratie, bei der politische Entscheidungen hauptsächlich durch die Summe individueller Präferenzen (Aggregation) bestimmt werden und die primär auf Wahlen und Mehrheitsentscheidungen setzt, betont die deliberative Demokratie den argumentativen Diskurs als zentrales Element demokratischer Willensbildung und ist dem Ideal der konsensualen Entscheidungsfindung verpflichtet.⁵ Als konkrete Ausprägung deliberativer Demokratie sollen sich in Bürgerräten zufällig ausgeloste Bürgerinnen und Bürger mit einem spezifischen politischen Thema auseinandersetzen und auf Grundlage fundierter Informationen und moderierter Diskussionen konsensorientierte Empfehlungen entwickeln.

Doch wieso sollten neue Formate der Partizipation und Deliberation der demokratischen Vertrauenskrise entgegenwirken können? Hierzu lohnt eine Beschäftigung mit Axel Honneths Anerkennungstheorie.⁶ Anerkennung ist in dieser an Georg Wilhelm Friedrich Hegel und George Herbert Mead anschließenden Perspektive essentiell, um menschliche Identität und ein positives Selbstbild zu entwickeln. Honneth unterscheidet zwischen drei Formen der Anerkennung: Liebe, Respekt und soziale Wertschätzung. Diese sind notwendig, um ein Gefühl der Zugehörigkeit und des eigenen Wertes zu entwickeln. Während „Liebe“ im politischen Raum weniger einschlägig erscheint, sind Respekt und soziale Wertschätzung als Anerkennungsformen systematisch mit dem Konzept der liberalen Demokratie verknüpft: Schließlich soll jede Bürgerin und jeder Bürger diese aufgrund der speziellen und allgemeinen Gleichheitsverbürgungen des Art. 3 GG gegenüber staatlichem Handeln genießen und, über die Wahlgleichheit des Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG, durch ihre Rechte zur Mitgestaltung des Staates.

⁴ *Carole Pateman*, *Participation and Democratic Theory*, Cambridge 1970.

⁵ *Jürgen Habermas*, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt am Main 1992.

⁶ *Axel Honneth*, *Anerkennung. Eine europäische Ideengeschichte*, Berlin 2018; *ders.*, *Kampf um Anerkennung*, Frankfurt am Main 1992.

Im Moment der Partizipation nun manifestiert sich die staatliche Anerkennung der Einzelnen: Insofern ihre Stimme, ihre Meinung zählt und als für die Gestaltung des künftigen Zusammenlebens relevant gewürdigt wird. Dies gilt bereits für klassische Formen der Bürgerbeteiligung über allgemeine Wahlen, wird aber in (sachlich und personell) engeren Kontext, wie etwa Bürgerräten, konkreter erfahrbar.

Eine über Honneth und Habermas hinausgehende soziologische Position vertritt zudem ein normativ geprägtes Konzept des „sozialen Bürgerstaats“, das deliberative Beteiligung als zentrales Element gesellschaftlicher Integration begreift. Partizipation wird in dieser an Hegel und Talcott Parsons orientierten Perspektive als notwendige Voraussetzung für eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft verstanden.⁷ Bürgerräte sind hiernach nicht nur Instrumente der politischen Beratung, sondern Ausdruck einer neuen sozialen Infrastruktur, die soziale Rechte und Pflichten integriert. Wesentlich sei dabei eine inklusive Beteiligung, bei der soziale Ungleichheiten kompensiert werden müssten, um wirkliche Deliberation zu ermöglichen. In deliberativen Prozessen wird hier ein Weg gesehen, soziale Kohäsion zu stärken und Gemeinwohlorientierung zu fördern.

Diese demokratiethoretischen Überlegungen gewinnen im Licht der Diskussion über Soziale Nachhaltigkeit besonderes Gewicht, wie die Studie von Strohmeier anschaulich zeigen kann. Soziale Nachhaltigkeit ist, wie alle gesellschaftliche Innovation, auch expertinnen- und expertengetrieben.⁸ Als gesellschaftliche Bewegung setzt sie jedoch die aktive Beteiligung der Bevölkerung voraus. Die vorliegende Studie, eine überarbeitete Masterarbeit an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena, verknüpft beide Diskurse um Partizipation und Soziale Nachhaltigkeit auch im Licht persönlicher Erfahrungen der Autorin als Mitglied eines Bürgerrats.

Prof. Dr. Michael Opielka

⁷ *Michael Opielka*, *Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons*. 2. Aufl., Wiesbaden 2006; *ders.*, *Welche Zukunft hat der Sozialstaat? Eine Prognose*, Berlin/Freiburg 2017.

⁸ *Michael Opielka*, *Soziales Klima. Der Konflikt um die Nachhaltigkeit des Sozialen*, Weinheim Basel 2023.

Nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft

„Warum auf eine Zukunft bauen, die bald nicht mehr lebenswert sein wird?“ heißt es auf der Internetseite von *Fridays for Future* (<https://fridaysforfuture.de>). Jene internationale, überparteiliche Klimastreik-Bewegung fordert die Berücksichtigung wissenschaftlicher Fakten von der Politik (ebd.) in Bezug auf die Klimakrise. Auch in der COP28, der *United Nations Climate Change Conference* wurde vom 30. November bis zum 13. Dezember 2023 zum 28. Mal auf internationaler Ebene zur Klimakrise debattiert. Hier kamen fast 200 Regierungsparteien zusammen, um politische Maßnahmen zur Verringerung der globalen Temperaturerhöhungen auszuhandeln. „Am Ende des Klimagipfels COP28 haben sich die Staaten auf einen Übergang weg von fossilen Brennstoffen geeinigt. Es ist das erste Mal, das fossile Brennstoffe in COP-Beschlüssen überhaupt erwähnt werden“ (Amnesty International 2023).

Das Beispiel der Klimakrise hebt den Gedanken von Nachhaltigkeit besonders hervor. Das mag zum einen an der anhaltenden Aktualität und zum anderen an der umstrittenen Debatte mit diversen Meinungsbildern liegen. Vielmehr machen Klimadebatten jedoch auf komplexe Zusammenhänge von Nachhaltigkeit aufmerksam. Denn für nachhaltige Entwicklungen in Bezug auf Klima reicht ein Umschwung zu erneuerbaren Energien nicht aus. Es liegen gewisse Komponenten zugrunde, die – wenn sie nicht gegeben sind – zu einer unmittelbar zunehmenden Zerstörung der Erde führen. Denn ohne Frieden, ein gewisses Maß an Wohlstand ohne Armut und Hunger, sowie Bildungsmöglichkeiten wird es immer wieder dazu kommen, dass wir nachhaltigen Entwicklungen nicht nachkommen können. „Jedoch gibt es zweifellos verschiedene Transformationsvorstellungen, verschiedene Vorstellungen einer nachhaltigen Gesellschaft und verschiedene ethische Dimensionen in der Anschauung – von der Bewahrung ökologischer Ressourcen und Lebensformen über gerechte Vermögensverteilung bis hin zu einem nicht-diskriminierenden Umgang miteinander“ (Henkel et al. 2023, S. 10). Dies wirft die soziale Frage auf, die jene Probleme von Armut, Ausgrenzung und Verteilungsgerechtigkeiten innerhalb der heutigen Gesellschaft bezeichnet. So könnte davon ausgegangen werden, dass Soziale Nachhaltigkeit eine Antwort geben soll, um sich durch Gesellschaftsveränderungen weg von jenen Problemlagen zu entwickeln. Bezeichnet man also das Streben nach einer nachhaltigen Gesellschaft als Lösungsansatz für soziale und damit einhergehende Problematiken, stellt sich die Frage: Wie kann jener Veränderungsprozess in der Gesellschaft hin zu (Sozialer) Nachhaltigkeit umgesetzt werden? Damit einher gehen Möglichkeiten der Bürger*innen, um

diesen Prozess zu realisieren. Das wirft ebenfalls die Frage nach Organisationsformen für eine Umsetzung auf, die eine solche Entwicklung vorantreiben können. Wenn es gesellschaftlicher Veränderung bedarf, die in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung fließen soll, dann reichen Regierungsbestrebungen und politische Maßnahmen allein nicht aus. Vielmehr sollte die Gesellschaft auf Problemlagen aufmerksam machen, um nachhaltige Zielsetzungen zu formulieren und aktiv an ihrer Umsetzung teilzuhaben.

Von diesem Standpunkt ausgehend wirft dieser Beitrag ein Augenmerk auf den Zusammenhang von Nachhaltigkeit und zivilgesellschaftlichem Engagement, sowie auf den Einfluss der Gesellschaft durch politische Partizipation. Letztendlich soll herausgestellt werden, welche Möglichkeiten und Beteiligungsformen es benötigt, um (Soziale) Nachhaltigkeit langfristig und von der Bevölkerung ausgehend fördern können. Dazu werden in Kapitel I Grundannahmen zu (Kap. I.1) Nachhaltigkeit erörtert, worin der Begriff Soziale Nachhaltigkeit eingebettet wird. Einen Bestandteil bilden dabei die *Sustainable Development Goals* (SDGs) als Nachhaltigkeitsprogramm der Vereinten Nationen. Schließlich sollen (Kap. I.2) zivilgesellschaftliches Engagement, sowie (Kap. I.3) politische Bürgerbeteiligung in Zusammenhang mit Nachhaltigkeit beleuchtet und definiert werden. Dies soll eine Betrachtung von Nachhaltigkeitsentwicklungen in Verknüpfung mit einer aktiven Partizipation der Gesellschaft ermöglichen. Folglich soll in Kapitel II Soziale Nachhaltigkeit in Politik und Zivilgesellschaft im Sinne einer gelebten Demokratie und unter Teilhabemöglichkeiten von Bürger*innen betrachtet werden. Dazu sollen (Kap. II.1) praktische Bezüge in Form einer qualitativen Inhaltsanalyse einfließen und den Zusammenhang (Sozialer) Nachhaltigkeit mit politischer Bürgerbeteiligung und Engagement greifbar machen, praxisnah beleuchten und nicht zuletzt mit der aktuellen Debatte verknüpfen. Herangezogen werden dabei Veröffentlichungen zur Demokratisierung von Kommunalpolitik zweier Nichtregierungsorganisationen (kurz: NGOs) *DemocracyNext* und *Mehr Demokratie*, die sich für eine gelebte Demokratie und die aktive politische Partizipation durch die Gesellschaft einsetzen. Was kann zivilgesellschaftliche Partizipation zur Verwirklichung (Sozialer) Nachhaltigkeit beitragen? Diese Frage bildet den Ausgangspunkt für die Betrachtung der erhobenen Daten und herausgestellten Perspektiven. Um jene Frage aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten, wird kontrovers dazu die (Kap. II.2) Problemdarstellung der Umsetzung von deliberativen Verfahren thematisiert. Welche Hindernisse treten auf und welche Hürden gilt es für mehr politische Teilhabe von Bürger*innen zu überwinden? Anschließend wird diskutiert, wie eine (Kap. II.3) demokratische Förderung Sozialer Nachhaltigkeit gelingen kann. Welche Prozesse

benötigt es, um die Nachhaltigkeitsziele gestützt durch die Gesellschaft umzusetzen? Hier soll aufgezeigt werden, wie Engagement und Bürgerbeteiligung bereits auf verschiedenen politischen Ebenen – kommunal bis international – wirksam sind und systemisch gefördert werden. Des Weiteren geht es um Strategien, die eine Mitwirkung der Gesellschaft an nachhaltigen Transformationen ermöglichen. Schließlich stellt sich für Sozialarbeiter*innen die Frage, was (Kap. II.4) die Rolle von Sozialer Arbeit im Kontext Sozialer Nachhaltigkeit ist. Abschließend werden Zukunftsperspektiven und Empfehlungen herausgestellt, die sich anhand der aktuellen Debatte und den Zusammenhang von Nachhaltigkeit, Engagement und politischer Bürgerbeteiligung abzeichnen.

Vor einer Auseinandersetzung mit dem beschriebenen Thema möchte ich der Leserin, beziehungsweise dem Leser, erklären, warum ich mich für das Thema (Soziale) Nachhaltigkeit – Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement als Chance entschieden habe. Denn neben medialen und politischen Konfrontationen, sowie wissenschaftlichen Begründungen und gesellschaftlichen Forderungen benötigt es eine Grundlage, um Nachhaltigkeit in dem System, in dem wir als Menschen leben, umzusetzen. Diese Grundlage steckt in der Gesellschaft selbst, denn jeder ist Teil des Systems. Mein Interesse an deliberativen Verfahren wurde dabei nicht zuletzt durch die Teilnahme am Bürgerrat Demokratie, dem ersten bundesweiten Bürgerrat in Deutschland, begründet. Dieser bildete den Ausgangspunkt meiner Bachelorarbeit zu Sozialpolitik und Demokratie (Koch 2021) mit dem Fokus direkter Demokratie auf Bundesebene. Die vorliegende Studie setzt an diesem Punkt an und erweitert jene Überlegungen um die Perspektive von Nachhaltigkeit. Damit zeigt sich für mich selbst, dass der Austausch mit verschiedensten Menschen, das Format des Bürgerrats und die dadurch erlangten Erfahrungen, anhaltend etwas mit mir gemacht haben und sich dementsprechend meine Sicht auf Demokratie und politische Entscheidungsprozesse erweitert hat.

I Grundannahmen

Im ersten Kapitel sollen zugrunde liegende Überlegungen herausgestellt werden. Diese eröffnen den Ausgangspunkt der Diskussion zu Sozialer Nachhaltigkeit, zeigen beteiligte Organisationen auf, verweisen auf gesellschaftlichen Entwicklungen und Grenzen von Nachhaltigkeitsbestrebungen. In einem ersten Abschnitt **(1) Soziale Nachhaltigkeit** wird der Begriff der Nachhaltigkeit im Allgemeinen angesprochen, um folglich die soziale Komponente von Nachhaltigkeit darin einzubetten und in Zusammenhang mit anderen Dimensionen des Nachhaltigkeitsbegriffs zu verstehen. Dazu sollen verschiedene Ansätze und Definitionen herangezogen werden, um sich letztlich auf ein konkretes Verständnis von Sozialer Nachhaltigkeit festzulegen, welches im weiteren Verlauf den Fokus der Überlegungen bildet. Zudem werden die *Sustainable Development Goals* als international prägende Nachhaltigkeitsziele beleuchtet. Im zweiten Abschnitt soll **(2) zivilgesellschaftliches Engagement** bezüglich seiner Zugänge und des Nutzens dargestellt werden. Dabei wird zwischen formellen und informellen Engagement unterschieden. Abschnitt **(3) politische Bürgerbeteiligung** bezieht sich zunächst auf verschiedene Formen von Demokratie und deren Einordnung. Dabei liegt der Blick auf deliberativen Beteiligungsverfahren mit dem Schwerpunkt Bürgerräte. Sowohl zivilgesellschaftliches Engagement als auch politische Bürgerbeteiligung werden dabei in Bezug auf ihre gesellschaftlichen Teilhabechancen und die jeweilige Verortung im Politikzyklus dargestellt. Beide Themenkomplexe sollen dabei in Zusammenhang mit (Sozialer) Nachhaltigkeit betrachtet werden, um diese im weiteren Verlauf als Chance dementsprechender Transformationsprozesse zu diskutieren.

1. Soziale Nachhaltigkeit

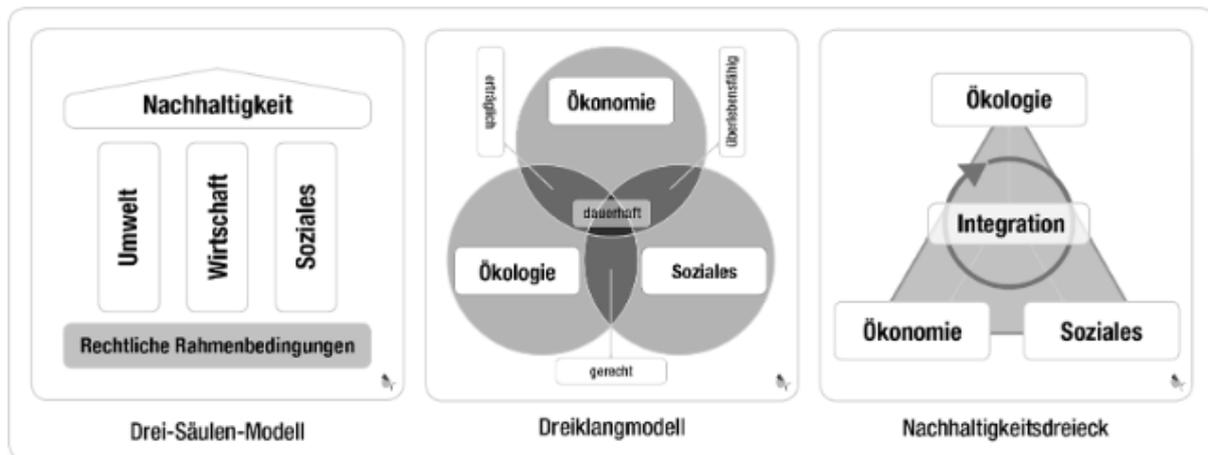
Carlowitz, ein Oberberghauptmann aus Freiberg, thematisierte bereits im Jahr 1713 in seiner Abhandlung über wirtschaftlichen Waldbau den Nachhaltigkeitsgedanken (Bauchmüller 2014, S. 3). „Er dachte in Ursachen – der Nutzung von Holz – und Wirkungen – dem Verlust von Wald“ (ebd., S. 5), womit er auf das vorrausschauende Mitdenken von ökologischen Folgen aufmerksam machte. Dieser Gedanke wird etwa 250 Jahre später wieder aufgegriffen und in Bezug auf Grenzen für das Wachstum der Menschheit dargestellt (ebd., S. 3). Ein Bericht des

Club of Rome stellt dabei Umweltschäden erstmals als ein Problem, das Grenzen überschreitet und nicht nur lokal zu denken ist, dar (ebd.). „So erobert die Nachhaltigkeit, *sustainability*, den umweltpolitischen Diskurs“ (ebd.). Seither ist der Nachhaltigkeitsbegriff wegweisend für politische und wissenschaftliche Debatten, in denen es um das Verhältnis zwischen Menschen und Umwelt geht. Dabei erfuhren der Begriff verschiedenste Strömungen und unterliegt diversen Sichtweisen. Zunehmend bezog sich Nachhaltigkeit nicht mehr nur auf Ökologie, sondern auch auf soziale Nachhaltigkeitsformen. Denn „die Diskussion um Soziale Nachhaltigkeit berührt Grundfragen der menschlichen Existenz“ (Opielka 2017, S. 11). Um den vielseitigen Begriff der Nachhaltigkeit in Zusammenspiel mit bürgerschaftlicher Partizipation und Engagement betrachten zu können, bedarf es daher zunächst einem Verständnis über zugehörige Ansätze und Definitionen. Wie bereits im Bericht des *Club of Rome* (Bauchmüller 2014, S. 3) festgeschrieben, überschreiten Umweltprobleme die räumliche wie zeitliche Dimension (ebd.). Daher werden die *Sustainable Development Goals* als Zielsetzung der Vereinten Nationen zum Erreichen von Nachhaltigkeit aufgegriffen. Diese zeigen auf, wie aktuelle Trends der Nachhaltigkeitsdebatte in der Praxis umgesetzt werden sollen, ebenso wie die Verstrickungen von Nachhaltigkeit in einer zunehmend globalisierten Welt.

I.1.1 Ansätze und Definition

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages beschreibt in »Schutz des Menschen und der Umwelt« Nachhaltigkeit „als dauerhaft zukunftsfähige Entwicklung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension menschlicher Existenz“ (Opielka 2017, S. 14). Diese drei Dimensionen, also Ökonomie, Ökologie und Soziales, bilden die Grundbausteine des Nachhaltigkeitsbegriffs. Sie finden sich in den drei bedeutsamsten Schemata wieder, die sich in einer konzeptionellen Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit herausbildeten (Pufé 2014, S. 17). Diese drei Schemata (Abbildung 1) sind „das Drei-Säulen-Modell, das Schnittmengen- beziehungsweise Dreiklang-Modell und das Nachhaltigkeitsdreieck“ (ebd.).

Abbildung 1: Die drei Nachhaltigkeitsmodelle im Überblick



Quelle: Pufé 2014, S. 18

Das **Drei-Säulen Modell** wurde als erstes Schema mit den drei zugrunde liegenden Dimensionen entwickelt. „Die Unterscheidung nach den drei Nachhaltigkeitsdimensionen Ökologie–Ökonomie–Soziales hat sich seit Mitte der 1990er Jahre durchgesetzt“ (Kleine 2009, S. 5). Die Auffassung des Modells ist seitdem Grundlage für verschiedene Definitionen von Nachhaltigkeit und Ausgangspunkt nachhaltiger Konzepte. Die drei Dimensionen, die hier als Säulen das Dach der Nachhaltigkeit tragen, stellen dabei Grundfragen wie Umwelterhalt, Wirtschaftswachstum und das Wesen des Menschen und seiner Bedürfnisse in den Vordergrund. Damit stellen diese keine endgültige Struktur dar (ebd., S. 6), sondern verweisen auf einen stetigen Zusammenhang von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Die begrifflichen Zusammenhänge stoßen dabei auf einen „doppelten Widerspruch: zuerst zwischen sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit (Klassenantagonismus) und dann auch noch zwischen diesem Spannungsverhältnis und der ökologischen Nachhaltigkeit im engeren Sinn.“ (Opielka 2017, S. 15). Kritiker verwiesen darauf, dass die drei Säulen gleichrangiger zu betrachten sind, denn das Verständnis von Nachhaltigkeit begründete sich zunächst insbesondere über den Einfluss des Menschen auf die Umwelt und weniger auf die soziale Komponente (ebd., S. 17). Dabei geht es bei dem Nachhaltigkeitsgedanken vor allem um „Ganzheitlichkeit und Integration“ (Pufé 2014, S. 20). Das heißt, dass keinen der Dimensionen eine höhere oder niedrigere Gewichtung zukommt als einer anderen. Vielmehr geht es um die Suche nach einer „integrativen Problemlösung“ (ebd.), unter Beachtung aller drei Säulen. Um den Zusammenhang deutlicher zu machen, wurde das Drei-Säulen Modell weiterentwickelt zum Dreiklang- und zum Dreieck Modell (Abb. 1).

Dennoch hat das Drei-Säulen Modell „einen erheblichen Beitrag zur Ordnung der komplexen Diskussionen Nachhaltiger Entwicklung geleistet“ (Kleine 2009, S. 6) und erlaubt sowohl die Strukturierung nachhaltiger Konzepte als auch einen „konzeptionelle[n] Ausgangspunkt“ (ebd.). „Generell ist darauf hinzuweisen, dass Nachhaltigkeit [...] als konstruktiver Handlungsappell verstanden werden [sollte]. So lassen sich [ihre] Prinzipien als positiv und befähigend begreifen“ (Pufé 2014, S. 20).

Die Schemata in Abbildung 1 erklären Soziale Nachhaltigkeit als eine der drei Dimensionen des Nachhaltigkeitsbegriffs. Im Folgenden soll genauer auf diese Dimension eingegangen werden. Unter dem Dach der Nachhaltigkeit ist die Soziale Säule jedoch nicht losgelöst von Ökologie oder Ökonomie zu betrachten, sondern als Teilstück ihrer Verflechtungen untereinander. In dem Buch „Soziale Nachhaltigkeit“ und „Soziales Klima“ von Opielka (2017/2023) unterscheidet dieser zwischen **4 Konzeptionen** in Bezug auf Soziale Nachhaltigkeit (Opielka 2017, S. 18 ff.; Opielka 2023, S. 43 ff.):

1. Ein enges Verständnis als Soziale Umverteilung: Bei diesem Verständnis steht die Umwelt im Mittelpunkt. Die soziale Dimension bezieht sich überwiegend auf eine Umverteilung von Ressourcen.
2. Ein internes Verständnis als Nachhaltigkeit des Sozialen: Ein Fokus liegt dabei auf der Gesellschaft, deren Erhalt und die Reproduktion der gemeinschaftlichen Kernsysteme.
3. Ein skeptisches Verständnis von Sozialer Nachhaltigkeit als Nachhaltigkeit ökonomischer Funktionalitäten: Als Beispiel ist hier die Verteilung der Finanzierungslasten der Rentenversicherung zwischen Jung und Alt zu nennen. Anders gesagt geht es um das Schaffen einer „intergenerationelle[n] Gerechtigkeit“ (Pufé 2014, S. 20).
4. Soziale Nachhaltigkeit als gesellschaftliches Projekt, als Transformationsprojekt: Eine Konzeption innerhalb der Postwachstumsgesellschaft, mit Schlagworten wie »Green Growth« und »Degrowth«. Dabei geht es auch um die Verknüpfung von globalen und lokalen Phänomenen und Entwicklungen unter Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Partizipation, Verantwortung und Stakeholder Beteiligung als Einbeziehung aller Betroffenen und Verantwortlichen (Pufé 2014, S. 20).

In dieser Arbeit soll insbesondere die vierte Konzeption betrachtet werden. Dabei geht es keineswegs darum, die anderen Konzeptionen unbeachtet zu lassen, was schon allein aufgrund

ihrer Schnittstellen untereinander gar nicht möglich wäre. Vielmehr geht es um ein optimistisches Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit. Es soll ein Fokus auf den Einflüssen der Zivilgesellschaft, auf Partizipationsformen und auf Engagement gesetzt werden. Anders formuliert geht es um einen Einblick, inwiefern die Gesellschaft positiv Einfluss auf Entwicklungen von Nachhaltigkeit nehmen kann, wie sich Bürgerinnen und Bürger beteiligen und mitbestimmen können. Wie kann und wie will sich die Gesellschaft transformieren, um nachhaltige Ziele zu erreichen? Unter diesem Aspekt muss zunächst noch darauf aufmerksam gemacht werden, dass Soziale Nachhaltigkeit auch als ein Werteproblem zu betrachten ist. Denn „in jeder Konzeption von Sozialer Nachhaltigkeit spielt die normative Dimension eine erhebliche Rolle“ (Opielka 2017, S. 47).

Wertevorstellungen bilden damit eine bedeutende Grundlage zum Verständnis von Nachhaltigkeit. Diese lassen sich grob in drei Kategorien aufteilen (ebd., S. 47 ff.):

1. **Religiöse Werte:** Einen religiös begründeten Diskursbeitrag liefert die „2015 erschienene »Klimaenzyklika« von Papst Franziskus als weites Verständnis sozialer Nachhaltigkeit“ (ebd.). Sie bedient sich einem „ganzheitlichen Problem- und Lösungsanspruch an Nachhaltigkeit“ (ebd., S. 49). Die Bekämpfung von Armut durch eine gerechte Verteilung von Ressourcen bildet dabei eine entscheidende Annahme. Darüber hinaus macht die Konzeption auf eine neue Form einer Wertepolitik aufmerksam. Sie bettet den Gedanken von Individualität und Spiritualität als Fundament für eine Gemeinwohlorientierung ein (ebd.). Damit geht es um eine Wertevorstellung, in der sich das Subjekt als Teil der Gesellschaft für jene einsetzt, wodurch als Gemeinschaft der Gedanke von Nachhaltigkeit zusammen erreichbar ist.
2. **Wissenschaftlich begründete Werte** (ebd., S. 57 ff.): Diese können in diesem Rahmen nicht genauer spezifiziert werden, bilden jedoch eine erhebliche Grundlage für weitere Überlegungen der dritten Wertekonzeption. Denn wissenschaftlich begründete Werte liegen meist den politischen Werten zu Grunde, auch wenn wissenschaftlich begründete Werte, historisch betrachtet, oft und lange nicht gehört wurden. Sie spielen eine große Rolle im Kontext von Nachhaltigkeit, da oft erst politische Werte entstehen, wenn Folgen menschlichen Handelns bereits zu spüren sind.
3. **Politische Werte und Gerechtigkeits-Werte** (ebd., S. 50 ff.): Klimawandel und Kapitalismus „unterscheiden sich in zweierlei Hinsicht markant, vordergründig historisch“ (ebd., S. 17) und auch analytisch. Soziale Bewegungen, wie zum Beispiel Klimamärsche, streben nach

einem „Wandel von der kapitalistischen Kultur zu einer sozial nachhaltigen Gesellschaft“ (ebd., S. 53). Aktuell zeigen dies die Bewegungen der Generation Z und *Fridays for Future*, die sich in den politischen Diskurs zu Klimapolitik einmischen wollen. Dabei wird eine entscheidende Kontroverse sichtbar: Zwischen individueller und institutioneller Nachhaltigkeit. Degrowth-Positionen betonen die individuelle Nachhaltigkeit als Verhaltensänderungen und sind Subjektorientiert. Niko Peach konzeptionierte in diesem Sinne den sogenannten ökologischen Fußabdruck (ebd., S. 87), der auf eine subjektbezogene Nachhaltigkeitsidee verweist. Die *Fridays for Future* Bewegung hingegen will besonders auf die institutionelle Nachhaltigkeit aufmerksam machen, ohne dabei die individuelle Nachhaltigkeit zu verleugnen. Jedoch ist hier die Meinung, dass Großkonzerne einen wesentlich höheren Einfluss auf den Klimawandel ausüben. Dies entspricht der soziologischen Sicht, wo zum Beispiel Grunwald als ein wichtiger Vertreter zu nennen ist. Diese Positionen bemängeln, dass „die Subjektorientierung Paechs [...] der Reduzierung des Verursacherprinzips auf den Konsumenten, ein Verzicht auf Institutionen- und Politikkritik“ (ebd., S. 88) sei. Aktuelle Diskurse beziehen sich immer mehr „auf internationale Ökoregime-Entwicklung, Verträge, Vereinbarungen“ (ebd., S. 56). Grunwald eröffnet damit eine Sichtweise über die individuelle Ebene hinaus „für komplexe nationale und internationale Regulierungen“ (ebd., S. 88). Nicht zuletzt entstanden durch diesen Blickwinkel Vereinbarungen über nationale Grenzen hinaus, die wissenschaftliche und politische Werte, sowie Gerechtigkeitswerte miteinander verknüpfen. Dementsprechend soll den *Sustainable Development Goals* (SDGs) der Vereinten Nationen als solche Errungenschaft einer internationalen Vereinbarung zu Nachhaltigkeit als politische Agenda im Folgenden Rechnung getragen werden.

Geht man einen Schritt weiter, so stellt sich nicht nur die Frage nach den Wertevorstellungen und damit einhergehenden Verständnissen von Nachhaltigkeit, sondern vielmehr die Frage nach der Umsetzung und Ausgestaltung von Transformationsprozessen hin zu Sozialer Nachhaltigkeit. Denn spricht man vom Sozialen, so ist die Sozialpolitik ein maßgebender Faktor für eine sozial nachhaltige Gesellschaftstransformation. Klar ist: Nachhaltigkeit erfordert Transformationsprozesse und damit sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Modernisierungsbestrebungen. Dabei lassen sich unterschiedliche Reformszenarien im Sozialstaat, ob Sozialsicherung für Erwerbslose, im Rentenalter, für Kinder oder für pflegebedürftige Menschen nach dem Wohlfahrtsmodell von Esping-Andersen erörtern (Opieka 2023, S. 132 f.). In

dem Buch „Soziales Klima“ beleuchtet Opielka diese Perspektive und ergänzt dabei die drei Wohlfahrtstypen (konservativ, sozialdemokratisch, liberal) von Esping-Andersen um einen vierten Typus, den garantistischen Wohlfahrtsstaat (ebd., S. 133). Dabei stellt er ebenso die Wohlfahrtsregime in Bezug auf die aktuelle Regierung in Deutschland dar (ebd., S. 16). Die Idealtypen sind dabei keineswegs voneinander losgelöst zu betrachten und geben eher Rückschlüsse auf die Umsetzung und Ausgestaltung gesellschafts-politischer Ziele durch bestimmte Wertvorstellungen und -orientierungen. So beschreibt Opielka die Ampel-Koalition als liberalen, sozialdemokratischen, als auch menschenrechtsorientierten und damit garantistischen *Welfare-Mix* innerhalb eines historisch konservativ entstandenen Sozialstaats (ebd., S. 16). Das macht die Erörterung von Reformen in Deutschland zunehmend komplex und „muss damit alle vier Himmelsrichtungen der Sozialpolitik integrieren“ (ebd.). Der Zusammenhang der Wohlfahrtstypen nach Esping-Andersen und der Ausgestaltung sozial nachhaltiger Bestrebungen durch die Sozialpolitik liefert damit eine analytisch-konzeptionelle Sichtweise auf gesellschaftliche Transformationsprozesse. Hinzu kommt, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt für Soziale Nachhaltigkeit notwendig ist. Interessant ist hier auch die Überlegung, Gesellschaft als Handlungssystem nach Parsons zu betrachten (ebd., S. 90). „Gesellschaft wird dabei als in Subsysteme gegliedertes System verstanden“ (ebd.) und in vier Dimensionen unterteilt: (1) Markt als wirtschaftsorientierte Dimension, (2) Staat als politische Dimension, (3) Moral als Dimension der Gemeinschaft und (4) Ethik als Legitimationsdimension (ebd., S. 91). Wenn Gesellschaftlicher Zusammenhalt als Teilhabe verstanden wird, der im Rahmen von Nachhaltigkeitsbestrebungen die gesellschaftliche Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda unterstützt, so kann es von Vorteil sein die unterschiedlichen Ausprägungen von Gesellschafts-integration innerhalb dieser Subsysteme zu verstehen. So verbindet Opielka gesellschaftliche Integration anhand der Subsysteme mit den Wohlfahrtstypen: (1) Integration durch Markt-Handeln als liberal, (2) Integration durch Staats-Handeln als sozialdemokratisch, (3) Gemeinschaftsbildung als konservativ und (4) eine garantistische, menschenrechtsorientierte Integration anhand von Ethik und Legitimation (ebd.). Die Betrachtung des Sozialstaats liefert eine besonderes am Sozialen orientierte Sichtweise auf Nachhaltigkeit. Hervorgehoben wird damit die unterschiedliche Herangehensweise von Sozial- und Umweltverbänden. Auch, wenn diese alle drei Säulen von Nachhaltigkeit (ökologisch, sozial und ökonomisch) mitdenken, so ist der Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ein anderer. Moderne Staaten verstehen sich meist als Wohlfahrtsstaaten, sind in ihren sozialstaatlichen Ausprägungen dabei aber unterschiedlich. Jedoch sind es vor allem

diese Staaten, die sich im Sinne von Modernisierungsbestrebungen an der Nachhaltigkeitsagenda beteiligen. Die Ziele und die Entstehung der globalen Agenda für Nachhaltigkeit werden im Folgenden betrachtet.

I.1.2 Die Sustainable Development Goals

Um den Gedanken der von den Vereinten Nationen erstellten Zielen, den *Sustainable Development Goals* (kurz: SDGs) zur Erreichung von Nachhaltigkeit darzustellen, folgt zunächst ein Auszug von der Internetseite der *United Nations* (<https://sdgs.un.org/goals>):

The 2030 Agenda for Sustainable Development, adopted by all United Nations Member States in 2015, provides a shared blueprint for peace and prosperity for people and the planet, now and into the future. At its heart are the 17 Sustainable Development Goals (SDGs), which are an urgent call for action by all countries - developed and developing - in a global partnership. They recognize that ending poverty and other deprivations must go hand-in-hand with strategies that improve health and education, reduce inequality, and spur economic growth – all while tackling climate change and working to preserve our oceans and forests.

Abbildung 2: Die 17 Sustainable Development Goals



Quelle: <https://www.sdg.services/> (aufgerufen am 03.01.2023)

Mit der hier skizzierten »Agenda 2030« einigten sich die Vereinten Nationen auf 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Abbildung 2). Wie der Name bereits sagt, sollen diese bis zum Jahr 2030 umgesetzt werden. Auch hier finden sich Zielsetzungen von Nachhaltigkeit mit ökonomischen (z.B. SDG 12: Verantwortungsvoller Konsum und Produktion), ökologischen (z.B. SDG 14: Leben unter Wasser) oder sozialem Bezug (z.B. SDG 5: Geschlechtergleichheit) wieder. Um jene Ziele evaluieren zu können, gibt es verschiedene Indikatoren, die in einem jährlichen Report dargestellt und nach ihrem aktuellen Stand evaluiert werden. Die Strategie der »Agenda 2030« kann als „systematische Verknüpfung von Klima und Wohlfahrt, von Umwelt- und Sozialpolitik“ (Opielka 2017, S. 8) verstanden werden. Maßgebend für die Entstehung der

SDGs war zum einen „die erste Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Juni 1992“ (ebd., S. 89), bei der die »Agenda 2021« als Leitfaden für eine nachhaltige Entwicklung verabschiedet wurde. Zum anderen liegen die im Jahr 2000 verabschiedeten *Millennium Development Goals* (MDGs) neuen Überlegungen zur Nachhaltigkeitsentwicklung zu Grunde. Jene „vertraten eine eher soziale und weniger eine umweltpolitische Zielsetzung“ (ebd., S. 90) und richteten sich an Entwicklungsländer. Eine Verbindung beider Strategien führte im September 2015 zur Verabschiedung der *Sustainable Development Goals* als »Agenda 2030«. Anders gesagt: »Agenda 21« + MDG = SDG (»Agenda 2030«) (ebd.). So wurden ökologische und soziale Zielsetzungen miteinander verknüpft. Dabei muss auf einen weiteren bedeutenden Aspekt aufmerksam gemacht werden: auf die Vernetzung von Akteuren der Politik und Nichtregierungsorganisationen (kurz: NGOs). Diese Vernetzung ist zudem auf verschiedenen Ebenen wirksam, von international bis kommunal. Die SDGs sind daher, auch wenn sie als ein internationales Projekt der Vereinten Nationen entwickelt wurden, keineswegs losgelöst von den Ebenen der Europäischen Union, Nation oder Kommunen zu betrachten. Vielmehr lassen sie sich als ein Mehrebenenprojekt beschreiben und unterliegen dem Ansatz der *Multi-Level-Governance* [engl.: Mehrebenen-Regieren]. Damit muss die Aufmerksamkeit auf einen globalen Mehrebenenbezug für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele gerichtet werden. Jene Zielsetzungen der Vereinten Nationen sind daher auch als ein Zusammenspiel von Modernisierung und Globalisierung zu betrachten. „Die »Agenda 2030« der UN mit den SDGs erscheint mit ihrem Versuch, hochkomplexe Gesellschaften durch sozialökologische Skripte zum Umsteuern zu bewegen“ (Opielka 2017, S. 102).

I.2 Zivilgesellschaftliches Engagement

In diesem Abschnitt werden zunächst Formen, Zugänge und Nutzen von zivilgesellschaftlichem Engagement erläutert, um dieses folglich in Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsagenda darzustellen. Engagementformen lassen sich in formelles und informelles Engagement unterteilen. Formelles Engagement kennzeichnet sich durch eine Vorstrukturierung durch die Bestimmung einer Zielgruppe, von Bedarfen (Scholten & Jepkens 2022, S. 109) und der zeitlichen Achse. Eine Anbindung an Träger der freien Wohlfahrtspflege (ebd.) oder anderen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) verantwortet und organisiert jene Strukturen. Informelles

Engagement hingegen beschreibt Tätigkeiten „bei denen die Menschen privat und selbstorganisiert ohne Anbindung an Dritte handeln“ (ebd., S. 110). Dies lässt sich wie folgt unterteilen in: „a) selbstorganisierte Ad-hoc-Tätigkeiten, b) selbstorganisierte niederschwellige Tätigkeiten sowie c) selbstorganisierte strukturierte Tätigkeiten“ (ebd.).

Formelles und informelles Engagement unterscheidet sich damit in seinen Rahmenbedingungen, Strukturierungsgraden, Inhalten (ebd.), sowie in dem Vorhandensein einer institutionellen Anbindung. Daraus ergibt sich eine Divergenz in den Zugängen der zwei Engagementformen. Formalisiertes Engagement entsteht eher durch private oder berufliche Umstände der Menschen, die sich aufgrund von sich veränderten Lebenssituationen für Engagement entscheiden (ebd., S. 115). Vorhandene Netzwerke, die eigene Informationslage zu Engagementmöglichkeiten, zeitliche Ressourcen und Flexibilität bedingen dabei den Zugang (ebd.). Auch Misstrauen gegenüber formalen Organisationen oder eine eher negative Selbstwahrnehmung kann eine Barriere für formelles Engagement darstellen. „Beispielsweise kann eine geringe Selbstwirksamkeitserwartung dazu führen, dass eine positive Haltung zum Klimaschutz keine Handlungen hervorbringt“ (Kessler & Rau 2023, S. 128). Statt einem hohen Bezug der Eigenorganisation, -wahrnehmung und privater Lebensumstände entsteht informelles Engagement „in der Regel aufgrund von Sichtbarkeit akuter oder chronischer Hilfebedarfe im direkten Umfeld im Alltag“ (Scholten & Jepkens 2022, S. 115). Damit liegt der subjektive Nutzen hier insbesondere bei einer sozialen Wechselwirkung und Anerkennung (ebd., S. 118) und ist gekennzeichnet durch Niedrigschwelligkeit und situativen bedarfsorientierten Handlungen. Hingegen sind subjektive Nutzenaspekte von formell organisiertem Engagement das Erfahren von Selbstwirksamkeit und Alltagsstrukturierung (ebd.). Bei beiden Formen spielt der „Auf- und Ausbau von sozialen Kontakten“ (ebd.) eine Rolle, was wiederum subjektbezogene Netzwerke erweitert und die Möglichkeit von Vernetzungen für bestimmte Themengebiete und Inhalte fördert.

Beispiele von Engagement aus Thüringen zeigen Unterschiede der Engagementformen, wie auch Überschneidungen und Übergänge zwischen formellem und informellem Engagement. Jährlich kürt die Thüringer Ehrenamtsstiftung, die ehrenamtliche Tätigkeiten in Thüringen unterstützt, fördert, vernetzt und Ehrenamtliche* in ihren Interessen vertritt, sogenannte Engagement-Botschafter*innen (<https://www.thueringer-ehrenamtsstiftung.de/engagement-botschafter>). Der Engagement-Botschafter für das Jahr 2024 engagiert sich in der Erfurter *Foodsharing*-Gruppe für einen ressourcenschonenden und nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln. Die Gruppe rettet noch brauchbare Lebensmittel und verteilt diese. Die *Foodsharing*-

Gruppe ist eine organisierte und damit formelle Form von Engagement. Informelles Engagement hingegen ist meist von Niedrigschwelligkeit geprägt. Dieses beginnt zum Beispiel, wenn eine Person für den oder die Nachbar*in den Einkauf hochträgt, da der/die Nachbar*in körperliche Schwierigkeiten hat oder ein hohes Alter aufweist. Aber auch am Beispiel des Engagement-Botschafters von 2024 kann gezeigt werden, was unter informellem Engagement zu verstehen ist. Zunächst hatte dieser die Idee des *Foodsharing* in Erfurt losgelöst von Organisationen gestartet. Die *Foodsharing*-Gruppe von Erfurt hat er danach aufgebaut, was einen Übergang von informellem zu formellem Engagement zeigt. Informelle Handlungen können also auch formelles Engagement entstehen lassen, wenn jene Tätigkeiten gesellschaftliche Interessen aufgreifen und sich mehr Menschen ehrenamtlich dafür einsetzen wollen. Ein weiteres Beispiel des Engagement-Botschafters 2023 in der Kategorie Unternehmen zeigt weitere Verflechtungen von informellen und formellen Aspekten. Der Thüringer führt ein Busreise-Unternehmen und nutzte dieses, um die Bedarfslage von Menschen auf der Flucht in Form von Sachtransporten nach Rumänien oder auch an die polnisch-ukrainische Grenze zu unterstützen. Mit Beginn des Ukraine Krieges war er mit seinem Unternehmen einer der ersten in der Region, der Flüchtlinge von der Grenze aus nach Deutschland beförderte. Als Privatperson eines kleinen Reisebus-Unternehmens organisierte dieser sich selbstständig, um sich Ad-hoc für die Bedarfslagen von den vor dem Ukrainekrieg flüchtenden Menschen zu engagieren. Trotz dessen ist dies auf gewisse Weise formell nur durch sein Unternehmen möglich gewesen. Dieses Beispiel zeigt auf, dass zwar formelle und informelle Engagementformen unterschieden werden, welche aber dennoch idealtypisch zu betrachten sind und als Mischformen existieren oder ineinander übergehen können. Zudem bringen verschiedene Organisationsformen (u.a. Vereine, Initiativen, gemeinnützige Unternehmen, kommunale Träger) auch diverse Reichweiten und Zugangsmöglichkeiten mit sich.

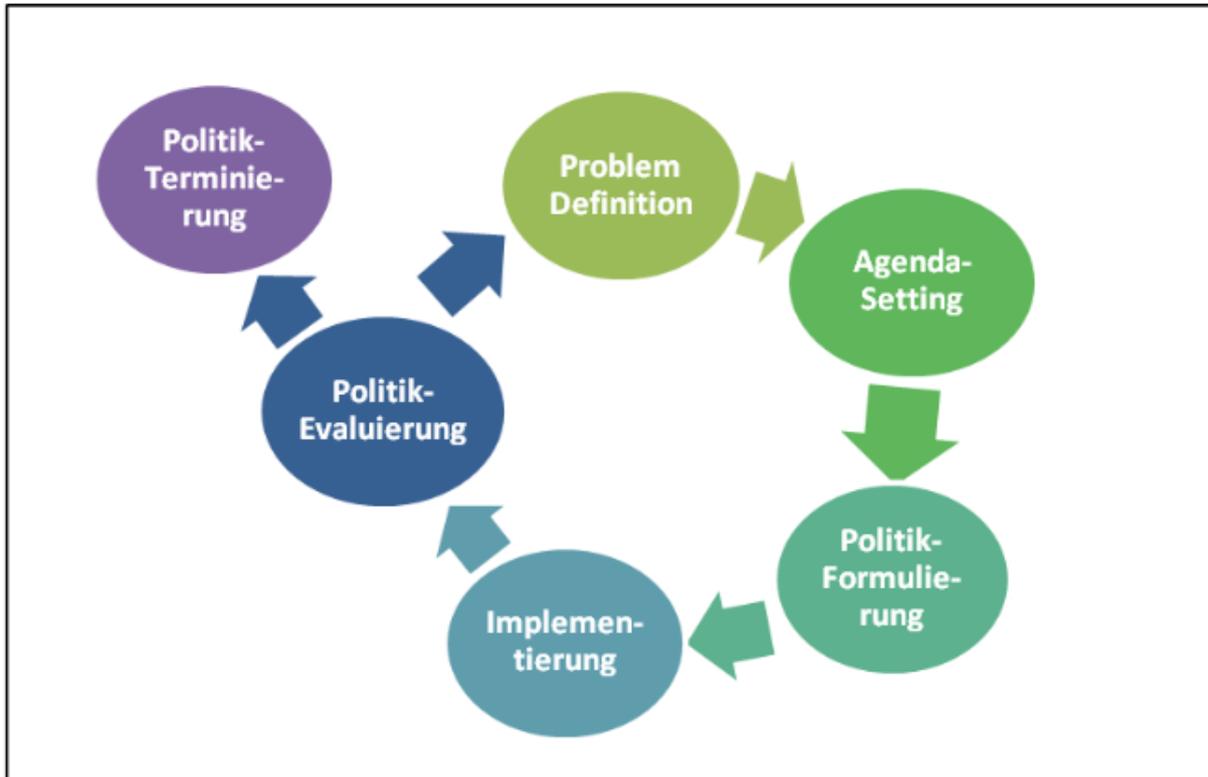
Durch die zuvor beschriebenen Divergenzen der beiden Engagementformen entstehen verschiedene Teilhabechancen und Ausschlussfaktoren in Bezug auf Engagement. Engagementprofile lassen sich über den sozioökonomischen Status (insb. bei formellen Angeboten), zeitliche Ressourcen (insb. formell, da oft zeitlich strukturierte Angebote), Selbst- und Fremdwahrnehmung (sich zutrauen, sich engagieren zu können), soziale Ressourcen (insb. Sozialraum, Information, Netzwerke, Wissen über Engagementmöglichkeiten) differenzieren (Scholten & Jepkens 2022, S. 119). Dazu ein Beispiel anhand von Klimaengagement: Das Gefühl, etwas für

den Klimaschutz beizutragen, dies aber gleichzeitig aufgrund von den zuletzt genannten Faktoren wie sozioökonomischen Status, einem Mangel an individuellen Ressourcen und einer negativen Selbstwahrnehmung nicht leisten zu können, bringt ein hohes Frustrationspotential mit sich (Kessler & Rau 2023, S. 128). Hingegen fördert eine Einbettung in Klimaengagement das Gefühl der Eigenverantwortung und der wahrgenommenen Selbstwirksamkeit (ebd., S. 144). Bereits die Zugänge und der subjektive Nutzen machen auf die durch vorhandenes oder entstehendes Engagement geförderten Netzwerke aufmerksam. Engagement ermöglicht eine Vernetzung von freiwilligen Tätigkeiten zu bestimmten Themen innerhalb der Gesellschaft. Dies führt dazu, dass nicht nur jede/r Einzelne etwas tut, sondern ein kollektives Handeln entsteht und zusätzlich ein Austausch über bestimmte Inhalte des jeweiligen Engagementfeld angeregt wird. Damit lässt sich von einer Aktivierung und Nutzung des Sozialkapitals der Gesellschaft sprechen, wenn von zivilgesellschaftlichem Engagement die Rede ist.

Sozialkapital ist eine unabdingbare Stütze zum Erreichen sozial nachhaltiger Entwicklungen innerhalb der Gesellschaft. „Soziales Kapital weist verschiedene Dimensionen auf, die mit dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung kompatibel sind“ (von Hauff 2010, S. 4). Dabei lassen sich vier Dimensionen unterscheiden: (1) die soziale Integration, (2) soziale Verbindungen innerhalb von Gemeinschaften, (3) die Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft und (4) die Qualität der Regierungsinstitutionen (ebd.). Entsprechend geht es um Transparenz, eine funktionsfähige Wirtschaftsordnung, Chancengleichheit und die Gewährleistung demokratischer Grundfreiheiten (ebd.). Bürgerengagement wirkt insbesondere in den Dimensionen der (1) sozialen Integration und der (2) sozialen Verbindung innerhalb von Gemeinschaften. Denn mit Engagement geht auch die Teilhabe an der Gesellschaft ebenso wie sozialer Zusammenhalt und Solidarität einher (ebd., S. 7). Für die Nutzung und den Ausbau von sozialem Kapital spielen Organisationen und Netzwerke eine bedeutsame Rolle (ebd., S. 4). Staat und NGOs haben die Aufgabe, freie Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen zu unterstützen (Hauff, S. 7). Dies wiederum spricht die Dimensionen der (3) Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft und (4) der Qualität der Regierungsinstitutionen an. Dabei haben Kommunen und Städte einen hohen Stellenwert für die Implementierung von nachhaltigen Strategien (Meschede & Mainka 2020, S. 2). Dies findet sich auch in der »Agenda 2030« mit dem Ziel nachhaltiger Städte und Gemeinden (SDG 11) wieder.

Beschreibt man zivilgesellschaftliches Engagement also als Aktivierung und Nutzung von Sozialkapital innerhalb von Gemeinschaften, so ist die Partizipation von Bürger*innen maßgeblich, um Nachhaltigkeitsziele innerhalb der Gesellschaft umzusetzen. Denn Partizipation in Form von Engagement meint aktive Teilhabemöglichkeiten an der Gestaltung und Umsetzung von Nachhaltigkeit. Wie bereits herausgestellt kann Engagement institutionell (formell) oder niederschwellig (informell) erbracht werden. Die zuvor beschriebenen Idealtypen (formell/ informell) und die erläuterten Beispiele zeigen auf, dass (politische) Partizipation über Wahlbeteiligung hinaus geht. Partizipation an gesellschaftlichen Entwicklungen in Form von Engagement hält diverse Möglichkeiten offen, bei denen Bürger*innen für bestimmte Wertevorstellungen und an gesellschaftlichen Bedarfslagen und Lebenssituationen orientiert handeln. Partizipation in demokratischen Systemen ist nicht auf top-down Konzepte beschränkt, sondern sollte vielmehr die Teilhabe der Zivilgesellschaft fördern (Meschede & Mainka 2020, S. 2) um Engagement anzuregen. Im Folgenden werden anhand des Politikzyklus (Abb. 3) Partizipationsmöglichkeiten von Bürgerengagement aufgezeigt.

Abbildung 3: Politikzyklus



Quelle: Nowack 2018, S. 14

Der **Politikzyklus** (Abbildung 3) ist ein politikwissenschaftliches Modell, das politisches Handeln in sechs Phasen als Kreislauf darstellt (Schubert & Klein 2020). Bürgerengagement macht zum einen durch seine Verortung und Bedarfsorientiertheit auf bestimmte Probleme aufmerksam (*Phase 1: Problemdefinition*). Besonders in der Umsetzung (*Phase 4: Implementierung*) ist zivilgesellschaftliches Engagement unerlässlich, um bestimmte politische Zielsetzungen zu erreichen. Auch bei der Evaluation (*Phase 5: Politik-Evaluierung*) können sich Bürger*innen über formelle Engagementformen organisieren und beispielsweise durch Stellungnahmen, Proteste oder Streiks auf für die Gesellschaft nicht tragbare politische Änderungen aufmerksam machen (*Phase 6: Politikterminierung*). Partizipation in Form von Bürgerengagement greift somit an verschiedenen Stellen im Politikzyklus. In Bezug auf die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele wird von Regierungen und Eliten eine Implementierung durch die Gesellschaft erwartet. Vielmehr sollte jedoch das Konzept und Strategien von Nachhaltigkeit nicht als festes Produkt angesehen werden, sondern als anhaltender Prozess, der sich im Kreislauf des Politikzyklus bewegt und immer wieder neue Problemanalysen, Entscheidungen, Planung, Implementierung und Evaluation erfordert (Meschede & Mainka 2020, S. 2). Dabei kann zivilgesellschaftliche

Partizipation verschiedene Formen annehmen, die auf unterschiedliche Ziele gerichtet sind, diverse Zielgruppen ansprechen und sich in unterschiedlichem Maß an Entscheidungsmacht der Gesellschaft orientieren (ebd.). Hierbei gilt es also, dass vorhandene Sozialkapital zu fördern und auszubauen, da es eine Grundlage für Engagement und somit auch für das Erreichen Sozialer Nachhaltigkeit darstellt. Wenn Soziale Nachhaltigkeit als Chancengleichheit zur Teilnahme an Gesellschaftsprozessen verstanden wird, so ist Engagement ein wichtiger Baustein dessen. Nicht umsonst wurde in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung von Deutschland bereits im Jahr 2002 bürgerschaftliches Engagement als einer der Kernbereiche festgeschrieben (von Hauff 2010, S. 8). Netzwerke, Initiativen, Vereine und Organisationen leisten dabei bereits „wertvolle Beiträge zur ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit. [...] Bürgerschaftliches Engagement kann so zum neuen Motor nachhaltiger Entwicklung werden“ (Leipprand et al. 2010, S. 1).

3. Politische Bürgerbeteiligung

Betrachtet man Soziale Nachhaltigkeit aus einer politischen Sichtweise, so kommen Formen politischer Beteiligungsformate und zivilgesellschaftlicher Partizipation eine besondere Bedeutung für gesellschaftliche Transformation zu. Beschreibt man Engagement als Nutzung und Aktivierung von Sozialkapital innerhalb der Phasen der Problemdefinition, Implementierung, Politik-Evaluation und Reformulierung im Politikzyklus, so kann und sollte das vorhandene Sozialkapital auch in Bezug auf die Entscheidungsfindung und Ausgestaltung neuer politischer Maßnahmen (*Phase 3: Politikformulierung*) genutzt werden (Abb. 3). SDG 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen beinhaltet die Mitentscheidung von Bürger*innen bei der Politikformulierung sogar als ein Unterziel. So schreibt SDG 16.7 eine inklusive, repräsentative Partizipation an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen (Meschede & Mainka 2020, S.14) fest. Dies zeigt nicht zuletzt, dass sich auch Regierungsinstitutionen und Stakeholder der »Agenda 2030« über den Stellenwert der Einbindung von Zivilgesellschaft in die politische Entscheidungsfindung bewusst sind (ebd.). Inwieweit wird die Partizipation von Bürger*innen an der Politikformulierung gewährleistet? Um sich dieser Fragestellung anzunähern, wird zunächst deliberative Demokratie mit Fokus auf das Format von Bürgerräten erläutert. Schließlich werden jene politische Partizipationsformate deliberativer Demokratie in Zusammenhang

mit Sozialer Nachhaltigkeit und der Mitgestaltung der *Sustainable Development Goals* (SDGs) erörtert.

I.2.1 Deliberative Demokratie und Bürgerräte

In diesem Abschnitt werden Überlegungen aus meiner Bachelorarbeit mit dem Thema Sozialpolitik und Demokratie – Direkte Demokratie auf Bundesebene (Koch 2021) einbezogen. Diese liegen den hier weiterführenden Gedanken in Bezug auf eine politische Partizipation der Bürger*innen an der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele zugrunde. Daher werden im Folgenden Annahmen erläutert, die sich im speziellen auf Bürgerräte und deliberative Formen von Demokratie beziehen. Denn um politische Bürgerbeteiligung weiterführend mit einem Blick auf die Nachhaltigkeitsagenda zu diskutieren, bedarf es zunächst einem Verständnis davon, welche deliberativen Elemente in einem demokratischen System integriert werden können und sollten.

Um politische Bürgerbeteiligung innerhalb von demokratischen Systemen zu verstehen, bedarf es zunächst einer Veranschaulichung der verschiedenen Demokratieformen (Abb. 4). Es wird zwischen drei Formen demokratischer Teilhabe unterschieden: (1) der repräsentativen Demokratie, wobei das Volk Vertreter*innen und Repräsentanten über Wahlen bestimmt, (2) direkter Demokratie, bei der das Volk beispielsweise in Form von Volksentscheiden, meist rechtlich bindend über einen Sachverhalt abstimmt und (3) deliberativen Verfahren, wie zum Beispiel Bürgerräten, bei denen Bürger*innen in den Diskurs der Entscheidungsfindung mit einbezogen werden und Vorschläge erarbeiten, die jedoch nicht rechtlich bindend ausgesprochen werden (Abbildung 4). Dabei geht es nicht um eine Ablösung des bestehenden parlamentarisch repräsentativen Regierungssystems, sondern um eine Erweiterung dessen durch direktdemokratische Elemente und Bürgerbeteiligung.

Hinter den Überlegungen zu politischer Bürgerbeteiligung stehen verschiedene Demokratieverständnisse und Ausprägungen von demokratischen Systemen. Diese werden in diesem Zusammenhang nicht näher beleuchtet, da dies ein weiteres großes Themengebiet eröffnen würde. In diesem Absatz soll es im speziellen um politische Bürgerbeteiligung in Form von deliberativen Verfahren mit einem Fokus auf Bürgerräte gehen. Trotzdem sind die Einordnung und der Zusammenhang der Demokratieformen eine wichtige Grundlage für die weiterführenden Überlegungen. Dabei stellt sich die Frage, welche Themen sich für Volksentscheide oder Bürgerräte anbieten. Bei welchen Fragestellungen können oder sollten die Bürger*innen in Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden?

Abbildung 4: Formen von Demokratie



Quelle: Mehr Demokratie e.V., 2019, S. 1

Eines der wohl aktuell bekanntesten Themen für Bürgerräte ist der Klimawandel. Aber können in Bürgerräten auch sozialpolitische Themen bearbeitet werden? Hierbei geht es um politische Entscheidungen, die das Leben in der Gesellschaft beeinflussen können, sich auf die soziale und finanzielle Situation auswirken, sowie auf verschiedene Lebensbereiche: Arbeit, Bildung, Familienleben und das Leben im Alter. So stellt sich die Frage, ob (sozial-)politische Entscheidungen, welche die Bevölkerung unmittelbar in ihrem Leben betreffen, mehr in Verbindung mit den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden sollten. In Belgien gab es beispielsweise ein Bürgerlabor, bei dem im Jahr 2014 Vorschläge zu den Kriterien für die Kostenerstattung medizinischer Leistungen erarbeitet wurden. Ebenso in Belgien gab es bereits 2011 einen Bürgergipfel zu sozialer Sicherheit und Wohlstandsverteilung. Auch Chile organisierte im Jahr 2019 einen Bürgerrat zum Renten- und Gesundheitssystem. Dies sind ausgewählte Beispiele, die zeigen, dass auch Sozialpolitik mit Bürger*innen diskutiert werden kann. Denn Sozialpolitik betrifft Lebenssituationen von Menschen direkt. Ohne deliberative Verfahren verfehlen sozialpolitische Entscheidungen oft bestimmte Umstände und Forderungen aus der Zivilgesellschaft.

So stellt Opielka drei Mängel von repräsentativer Demokratie in Zusammenhang mit Sozialpolitik heraus: (1.) Der Korporatismus von organisierten Interessengruppen führt zum Ausschluss bestimmter, insbesondere bereits marginalisierter Bevölkerungsgruppen (Opielka 2008, S. 296 f.). Demokratie und der Wohlfahrtsstaat stehen gegensätzlich dazu für eine gleichberechtigte Teilhabe, ebenso wie für Verteilungsgerechtigkeit. (2.) Außerdem gibt es ein Problem der Kostenverschiebung auf schwächere Bevölkerungsteile, auf andere Teile der Weltbevölkerung oder auf spätere Generationen (ebd., S. 297). Bürgerbeteiligungsverfahren könnten hier eine größere Vielzahl möglicher Optionen aufzeigen und so auch ein Weiterdenken in die Zukunft ermöglichen. Der (3.) Mangel des Repräsentativsystems bezieht sich auf die Legitimation von Sozialpolitik (ebd., S. 298). Eine Demokratisierung der Sozialpolitik könnte durch eine bessere Vermittlung von Entscheidungen und Maßnahmen an die Bevölkerung, sowie dem Schaffen von Möglichkeiten zur Beteiligung an sozialpolitischen Fragen erreicht werden. Damit würden sozialpolitische Entscheidungen demokratisch durch die Bürger*innen selbst legitimiert werden. Mit diesen drei Mängeln soll aufgezeigt werden, dass die Form der parlamentarisch repräsentativen Demokratie im Kontext von Sozialpolitik nicht ausreichend sein kann. Vielmehr bräuhete es direktdemokratische Verfahren und Bürgerbeteiligung, um die komplexen Sachverhalte sozialpolitischer Fragen demokratisch entscheiden und umsetzen zu können (ebd.).

Anhand des ersten bundesweiten Bürgerrats im Jahr 2019 in Deutschland zum Thema Demokratie habe ich zudem eine nachhaltige Entscheidungsfindung zu politischen Maßnahmen in meiner Bachelorarbeit untersucht. Betrachtet man deliberative Verfahren in diesem Zusammenhang mithilfe der sozialwissenschaftlichen Analyseebenen (Mikro-,Makro- und Meso-Ebene) innerhalb von Gesellschaften, lässt sich folgendes festhalten:

- Auf persönlicher Ebene (*Mikro-Ebene*) hat jede/r als Teil des demokratischen Systems eine Chance zur Mitsprache im Kontext (sozial-)politischer Entscheidungsabläufe. Bürger*innen können durch das Einbringen eigener Vorschläge Selbstwirksamkeit erfahren. Ein Meinungsaustausch wird zu einem konkreten Thema angeregt. Eine wertschätzende Diskussion untereinander ermöglicht es, eigene Perspektiven zu erweitern und abzuwägen.

- Auf institutioneller Ebene (*Meso-Ebene*) ist eine Verbindung von politischen Akteur*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gefragt, um einen Austausch zwischen Bürger*innen und Politik nachhaltig zu gestalten. Eine institutionelle Anbindung an die Politik ist notwendig,

damit die Empfehlungen aus Bürgerbeteiligung mehr Verbindlichkeit und Legitimität erlangen (Geißel et al. 2019, S. 4).

- Auf gesellschaftspolitischer Ebene (*Makro-Ebene*) vermitteln Bürgerräte durch das Finden gemeinsam tragbarer Entscheidungen ein Gemeinschaftsgefühl und stärken so gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Politik kommt mit der Gesellschaft in Austausch und auch verschiedene Menschen aus der Bevölkerung können miteinander über (sozial) politische Themen diskutieren. Dadurch wird die Nachhaltigkeit von Bürgerräten insbesondere in Bezug auf eine demokratische Entscheidungsfindung deutlich. Viele verschiedene Menschen werden mit ihren diversen Lebenswelten in den Politikzyklus einbezogen. Je mehr die Gesellschaft bei wichtigen politischen Entscheidungsprozessen in alle Phasen dieses Zyklus integriert wird, desto demokratischere Entscheidungsabläufe sind möglich.

Deliberative Prozesse ermöglichen es also, den Standpunkt von Bürger*innen zu bestimmten Themen zu erfahren. Damit können Bürgerräte auch in Bezug auf die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien angewendet werden (Meschede & Mainka 2020, S. 14). Die Zivilgesellschaft kann so über die Nachhaltigkeitsziele der »Agenda 2030« genauer informiert werden, in den Entwicklungsprozess von Zielsetzungen und deren Umsetzung einbezogen werden und sowohl miteinander, mit Expert*innen und angebunden an politische Entscheidungsprozess in Diskussion treten (ebd.). Dies ermöglicht außerdem eine große Vielfalt von Feedback zu der Nachhaltigkeitsagenda (ebd.).

I.2.2 Deliberative Prozesse und Soziale Nachhaltigkeit

In diesem Abschnitt soll die vorangegangene Überlegung, deliberative Verfahren in Bezug auf die »Agenda 2030« stärker zu implementieren, aufgegriffen werden. Zu diesem Standpunkt werden im Folgenden die Pro- und Contra-Seiten aus der Literatur erörtert. Dies soll Kontroverse politischer Bürgerbeteiligung für die Erreichung der *Sustainable Development Goals* in Form von optimistischen als auch pessimistischen Stimmungsbildern veranschaulichen. Das ermöglicht es, sich über Aspekte für oder gegen politische Bürgerbeteiligung bewusst zu werden und somit selbst Stellung zu beziehen.

Meschede & Mainka vertreten eine optimistische Sichtweise auf die Einbeziehung von Bürger*innen in die politische Agenda der Nachhaltigkeitsdebatte. Sie sehen deliberative Prozesse als eine Chance, um nachhaltige Entwicklungen anzustoßen (Meschede & Mainka 2020,

S. 2). Weiterhin argumentieren sie, dass bürgerliche Partizipation in dem Konzept der Nachhaltigkeitsagenda verankert und jene nachhaltige Gesellschafts-transformation demnach nur mit sozialem und ökologischem Handeln erreichbar ist (ebd.).

Gegenargumente bezüglich der Einflussmöglichkeiten liefert Sénit, der die zivilgesellschaftliche Partizipation bei der Formulierung der SDGs für die »Agenda 2030« untersuchte. Dabei fokussiert er sich auf Räume zivilgesellschaftlicher Partizipation als Kommunikationsmöglichkeit für die Einflussnahme von Bürger*innen auf eine zwischenstaatliche Politikgestaltung (Sénit 2020, S. 696). Ein zentraler Kritikpunkt ist, dass zivilgesellschaftliche Teilhabe an der Politikformulierung eher durch ein Spannungsverhältnis von Gesellschaft und Regierungen, als durch deliberative Prozesse angestoßen wird (ebd., S. 695). Dies belegt Sénit am Beispiel der Armutsbekämpfung (SDG 1). Die Zivilgesellschaft forderte zur Zielerreichung eine gerechtere Verteilung von Wohlstand durch eine Reduzierung der Kluft zwischen armen und extrem reichen Menschen, um Armut zu reduzieren (ebd., S. 701). Dies änderte jedoch nichts an der Konzeptualisierung der Regierungen von Einkommensungleichheiten, die sich stets auf die Bekämpfung von Armut anstatt mehr Verteilungsgerechtigkeit fokussierten (ebd., S. 702). Die Wertevorstellungen der Regierungen und ihrer Repräsentanten konnten also nicht sichtbar beeinflusst werden, so Sénit (ebd.). Jedoch konnten zusätzliche Kritikpunkte und Argumente für die Formulierung der *Sustainable Development Goals* geschaffen werden (ebd., S. 703). Zudem wurden Forderungen nach mehr Bürgerpartizipation in der Zukunft in den SDGs verankert (ebd., S. 704), welche sich wie bereits erwähnt in SDG 16.7 wiederfinden.

Cherry et al. untersuchten den Klimabürgerrat im Vereinigten Königreich (*CAUK – Citizen-Climate Assembly UK*). Die Autor*innen verwiesen darauf, dass das Design des Bürgerrats einen großen Einfluss auf die Empfehlungen der Bürger*innen hat (Cherry et al. 2021, S. 4). Die erarbeiteten Forderungen sind als ein Produkt der Expert*innen-Vorträge in Zusammenspiel mit den Perspektiven der teilnehmenden Bürger*innen zu verstehen (ebd.). Die Ergebnisse des Klimabürgerrats im Vereinigten Königreich entstanden vielmehr durch die Vorgabe von Themenschwerpunkten durch Expert*innen, über deren Relevanz abgestimmt wurde (ebd.). Dadurch erfolgte eine Vorgabe von Meinungsbildern, anstatt einer Entwicklung von Sichtweisen durch die Partizipanten selbst. Dennoch geben Bürgerräte der Zivilgesellschaft die Chance, sich am Entscheidungsprozess der Politikformulierung zu beteiligen (ebd.). Zudem wurde bei teilnehmenden Bürger*innen eine höhere Bereitschaft von Verhaltensänderungen festgestellt (ebd., S. 5). Teilnehmer*innen wurden spezifisch informiert und empfinden

dadurch ein höheres Maß an Selbstwirksamkeit. Zudem ist der Stellenwert von Engagement, Kommunikation zu spezifischen Sachverhalten und der Bildungsaspekt von Bürgerräten (ebd.) nicht zu unterschätzen. Die Kommunen Newham und Camden haben außerdem alle Vorschläge des Klimabürgerrates umgesetzt (ebd., S. 66). Auch in Oxford wurden Forderungen aus dem Klimabürgerrat im Nachhaltigkeitskonzept der Region festgeschrieben und durch ein Klima-Budget umgesetzt (ebd.). Das zeigt, dass insbesondere auf lokaler Ebene Vorschläge angenommen werden oder zumindest ein Austausch über politische Maßnahmen mit den Bürger*innen geschaffen wird.

Bosse et al. berichten über den Klimabürgerrat in Berlin, der durch die Bevölkerung selbst durch eine Volksinitiative mit 32.000 Unterschriften ins Leben gerufen wurde. Bosse et al. beschrieben Bürgerräte als unabhängig von parteipolitischen Interessen und eine Chance auf Teilhabe mit hoher gesellschaftlicher Akzeptanz (Bosse et al. 2021, S. 26). „Sie sind in der Lage, Lösungsmöglichkeiten und auch die Schmerzgrenzen in der Bevölkerung auszuloten, um damit gesellschaftlich tragfähige Kompromisse zu identifizieren (ebd.)“. Plädiert wird hier für eine direkte Anbindung an politische Entscheidungsträger*innen, da so eine „bessere Rückbindung an den politischen Prozess“ (ebd., S. 27) gewährleistet und somit „die Chance der politischen Umsetzung der Empfehlungen“ (ebd.) erhöht wird.

Mittlerweile sind deliberative Verfahren wie Bürgerräte auf verschiedensten Ebenen zu finden. Wie zuvor beschrieben können sie insbesondere auf lokaler Ebene zur politischen Implementierung von Interessen der Bevölkerung beitragen. Aber auch nationale Bürgerräte, deliberative Verfahren in der Europäischen Union und sogar globale Bürgerräte sind keine Seltenheit mehr. So wurden im Jahr 2023 EU-Bürgerforen zur Lernmobilität und zu virtuellen Welten durchgeführt. Auch auf internationaler Ebene fanden bereits Bürgerräte zu Klimaschutz und zu Genmanipulation statt. Neben der Umsetzung von Empfehlungen haben deliberative Prozesse ebenso andere zielführende Effekte: das politische Mandat der Zivilgesellschaft wird erhöht, zivilgesellschaftliches Engagement wird gestärkt und es werden neue Wege geschaffen, über Nachhaltigkeitsziele zu informieren und in den Austausch zu konkreten Themen zu gehen (Cherry et al. 2021, S. 67). Dabei können unterschiedliche Modelle von politischer Bürgerbeteiligung für unterschiedliche Zwecke und Zielstellungen eingesetzt werden (Meschede & Mainka 2020, S. 15). Geht es darum, ein Stimmungsbild aus der Gesellschaft zu einem bestimmten Sachverhalt zu erfahren? Sollen Bürger*innen an der Umsetzung bestimmter Nachhaltigkeitsziele mitwirken und gesellschaftliches Engagement angestoßen und gebündelt werden? Oder

sollen Bürger*innen Informationen konkreter Themen für die Gesellschaft erarbeiten, um schließlich in direktdemokratischen Verfahren darüber abzustimmen?

Zwar kann sich der Design deliberativer Verfahren auf unterschiedliche Zwecke beziehen. Ein Zweck von Bürgerpartizipation in Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsagenda ist dabei jedoch verankert. Denn wenn (Soziale) Nachhaltigkeit als Werteproblem verstanden wird (s. Kap. I 1.), so haben jene politische Partizipationsformen die Aufgabe, die Spannung zwischen den verschiedenen normativen Dimensionen lösungsorientiert zu bearbeiten. Hinzu kommt eine „Verantwortungsdiffusion“ (Kessler & Rau 2023, S. 130) durch eine scheinbare „Entmündigung von Bürger*innen im Rahmen offizieller Klimaschutzdebatten, bei gleichzeitiger Zuweisung von (Eigen)verantwortung“ (ebd.). Politische Beteiligungsformate können diesen Spannungsfeldern entgegenwirken und die „Entwicklung gesellschaftlicher Verantwortungsverhältnisse aufgrund von Interaktionen zwischen Struktur und Individuum sowie konkrete Praktiken und Prozesse der Responsibilisierung“ (ebd.) anstoßen. Denn die Ziele der Nachhaltigkeitsagenda können Regierungen nicht ohne ihre Bürger*innen erreichen. Zudem besteht durch zivilgesellschaftliches Engagement und politische Beteiligungsverfahren die Möglichkeit, Probleme realitätsnah und durch gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bearbeiten. Denn wenn die »Agenda 2030« alle Menschen adressiert, kann sie auch nur durch die Mitwirkung der Gesellschaft erreicht werden. In welchen Rahmenbedingungen dies geschehen kann und soll, sollten die Bürger*innen selbst bestimmen. Das fördert nicht nur Engagement, sondern auch eine gemeinsame Zielsetzung, an der (fast) alle Menschen mitwirken wollen.

II Soziale Nachhaltigkeit in Politik und Zivilgesellschaft

Was kann zivilgesellschaftliche Partizipation zur Verwirklichung (Sozialer) Nachhaltigkeit beitragen? Dies ist die leitende Fragestellung dieses Kapitels. Die zuvor erläuterten Grundannahmen zu Sozialer Nachhaltigkeit, Engagement und politischer Partizipation von Bürger*innen werden folglich in ihren **(1) Praktischen Bezügen** beleuchtet. Dazu werden zunächst deliberative Verfahren mit einem Fokus auf Bürgerräte und in Bezug auf sich dadurch erweiternde Engagementmöglichkeiten erörtert. Dies bezieht sich zunächst auf eine kommunale, städtische Betrachtungsebene. Die Betrachtung dieser Ebene hat zwei wesentliche Gründe: Zum einen, dass sich die Bevölkerungsanzahl in Städten weltweit laut Prognosen bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln soll (Mac-Donald Nelson et al. 2024, S. 13). Damit würden etwa sieben von zehn Personen in Städten leben. Zum anderen soll hier ein sozialraumorientierter Ansatz nach Hinte (Hinte 2006, S. 28 ff.) verfolgt werden. Die soziale und räumlich gebundene Struktur steht dabei im Vordergrund. Städte gelten als Ort des Lebens und sind geprägt von direkter Einflussnahme durch Teilhabe. Damit ermöglicht die Ebene von Städten und Kommunen eine besonders praktische Betrachtung in Bezug auf Transformationsprozesse und zivilgesellschaftliche Partizipation. Um Möglichkeiten der Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen durch Partizipationsformate zu untersuchen, ist ebenso ein Blick auf **(2) Probleme der Umsetzung** zu richten. Welche Hindernisse gibt es für Nachhaltigkeitsentwicklungen angestoßen durch bürgerliche Teilhabe? Als Resultat wird die **(3) demokratische Förderung Sozialer Nachhaltigkeit** aufgegriffen. Hier sollen die vorherigen praktischen Überlegungen und Barrieren in besonderem Maße in Zusammenhang mit Sozialer Nachhaltigkeit gebracht werden. Dabei werden nicht nur kommunale und städtische Strategien, sondern auch eine nationale, EU- und internationale Ebene diskutiert. Nicht zuletzt soll **(4) die Rolle Sozialer Arbeit** als Unterstützung jener demokratiefestigenden Prozesse, Förderung von Teilhabechancen und sozialen Nachhaltigkeitsbestrebungen thematisiert werden.

II.1 Praktische Bezüge

Dieser Abschnitt soll eine praxisnahe Betrachtung von Engagement und politischer Partizipation innerhalb von Städten und Kommunen ermöglichen. Denn (politische) Teilhabemöglichkeiten bilden den Ausgangspunkt für Nachhaltigkeitsdebatten, an denen Bürger*innen beteiligt sind. Leitend ist hier die Frage nach dem Beitrag zivilgesellschaftlicher Partizipation zur Verwirklichung (Sozialer) Nachhaltigkeit. Demnach werden hier zunächst die Grundannahmen (Kap. I) zu zivilgesellschaftlichen Engagement und politischer Bürgerbeteiligung praxisorientiert beleuchtet, um diese im weiteren Verlauf mit (Sozialer) Nachhaltigkeit in Bezug zu bringen. Auch wenn der Beginn mit einer Fehlerbetrachtung etwas abwegig erscheinen mag, so dient diese hier der Veranschaulichung zur Entwicklung der tatsächlichen Stichprobe. Anschließend wird das daraus entwickelte Konzept und das methodische Vorgehen erläutert. Dieses ermöglicht einen Zugang zu Engagement, politischer Bürgerbeteiligung und der Verortung deliberativer Verfahren im Politikzyklus. Eine strukturierte Darstellung der erhobenen Daten bildet die Grundlage einer Darstellung jener Thematiken in Zusammenhang mit (Sozialer) Nachhaltigkeit.

II.1.1 Stichprobe und Fehlerbetrachtung

Als Hinführung zur Erörterung, ob und wie zivilgesellschaftlicher Partizipationsformate zu Sozialer Nachhaltigkeit beitragen können, wird zunächst eine erste Forschungsidee erläutert (s. Anlage 1). Mit der Perspektive formellen Engagements und eines Mehrebenen-Ansatz sollten Interviews mit der Nichtregierungs-Organisation Greenpeace durchgeführt werden. Dabei wird auch die Auswahl der Organisation Greenpeace im Forschungskonzept (s. Anlage 1) erläutert: Zum einen wurde Greenpeace ausgewählt, da die Organisation auf allen politischen Ebenen (kommunal, national und EU-weit und international) tätig ist. Somit können die Interviews mit je einem/r lokalen Vertreter*in für die Stadt Jena, einem/r nationalen Vertreter*in für Deutschland und einem/r Vertreter*in für die EU durchgeführt werden. Die Auswahl der kommunalen und nationalen Standorte erfolgte aufgrund eigener Bezugsräume: Jena als Stadt, in der ich geboren bin und studiere und Deutschland, um die kommunale Ebene in die nationale einbetten zu können. Zum anderen wurde Greenpeace ausgewählt, da die Umweltorganisation einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt und neben ökologischen Aspekten stets soziale und ökonomi-

sche Nachhaltigkeit diskutiert. Die drei Säulen der Nachhaltigkeit (s. Kap I, 1.) werden in verschiedenen Aussagen von Greenpeace aufgegriffen. So heißt es auf der Internetseite „Greenpeace setzt sich weltweit für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen von Mensch und Natur und Gerechtigkeit für alle Lebewesen ein“ (Greenpeace a) oder „Die Organisation vertritt die Interessen von Natur und Mensch“ (ebd.) und der Forderung nach einer „sozial und ökologisch nachhaltige[n] Wirtschaft“ (Greenpeace b 2019). Ebenso bringt Greenpeace Nachhaltigkeitsentwicklungen mit zivilgesellschaftlichen Diskursen in Zusammenhang: „Eine politische oder wirtschaftliche Elite allein wird die durch uns verursachten Umweltprobleme nicht lösen. Dazu braucht es alle Menschen. [...] Doch am Anfang des Weges steht der Diskurs. Denn nur in der demokratischen Diskussion kann der Bewusstseins- und Normenwandel vollzogen werden, der dafür notwendig ist“ (ebd.). Die hier aufgeführten Kriterien haben zu der Auswahl von Greenpeace als passender Interviewpartner geführt.

Die Erstellung der Fragen für die Experteninterviews erfolgte in Anlehnung an die Studie von Meschede & Mainka. Die Autorinnen untersuchen anhand des Pilotprojekts „Global Nachhaltige Kommune“ in Nordrheinwestfalen, welche potenziellen Formate sich für die Entwicklung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien eignen und wo sie im Politikzyklus verortet sind (Meschede & Mainka 2020, S. 6). Zur Bearbeitung der Forschungsfrage, wie formelle zivilgesellschaftliche Partizipation zur Verwirklichung (Sozialer) Nachhaltigkeit beitragen kann, wurden sechs Interviewfragen entwickelt. Die Fragen beziehen sich auf die Schwerpunkte: Nachhaltigkeitsverständnis, Engagement, politische Bürgerbeteiligung, Verortung im Politikzyklus und ein sozialpolitisches Verständnis. Die sechs Fragen bilden damit das Grundgerüst des Interviewleitfadens (s. Anlage 2).

Die Experteninterviews mit Greenpeace auf kommunaler, nationaler und EU-Ebene konnten letztendlich nicht umgesetzt werden. Der Ansprechpartner von Greenpeace auf Ebene der Europäischen Union antwortete auch auf nochmalige Nachfrage nicht. Die angefragte Expertin von Greenpeace Deutschland antwortete nach einer Erinnerung. Sie sagte das Experteninterview jedoch ab. Begründet wurde dies mit mangelnden zeitlichen Ressourcen und einer jetzt erst beginnenden tieferen Auseinandersetzung der Organisation mit Beteiligungsverfahren von Bürger*innen. Greenpeace Jena antwortete, dass sich keiner der Hauptamtlichen für ein Experteninterview zu dem Thema bereit erklärte, Interesse am Thema wurde jedoch geäußert. Nach Absprache wurde zugesagt, das Interview als schriftliche Befragung durchzuführen. Die

dadurch erhaltenen Aussagen werden im späteren Verlauf exemplarisch aufgegriffen. Mögliche Gründe für die gescheiterte Durchführung der Experteninterviews sind (s. Anlage 1):

- Zeitliche Ressourcen der Hauptamtlichen
- Fehlendes Interesse an der Teilnahme bzw. am Thema
- Zu geringe Niedrigschwelligkeit der Anfrage, da sich laut der Rückmeldungen keiner als Experte oder Expertin fühlte
- Organisationsstruktur: viele Ehrenamtliche, wenig Hauptamtliche
- Darstellung der Organisation nach Außen: zu viel Vorbereitung für das Interview, um die Organisation in der Fragestellung zu vertreten und damit einhergehend die Angst, etwas Falsches zu sagen bzw. durch die Aussagen im Nachhinein kritisiert zu werden
- Diversität der Debatte um politische Bürgerbeteiligung: Greenpeace möchte hier keine Stellung beziehen
- Interdisziplinarität: Soziales und Umwelt als zwei unterschiedliche Politikfelder und dadurch entstehende disziplinäre Differenz

Insbesondere die letzte Begründung, die Interdisziplinarität als Spannungsfeld zwischen Umwelt- und Sozialpolitik beschreibt, ist in Bezug auf formelles Engagement interessant. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt auf Sozialer Nachhaltigkeit, bereits zu Beginn wurde jedoch auf eine unmittelbare Verknüpfung der drei Säulen der Nachhaltigkeit verwiesen (s. Kap. I, 1.). Die Kontroverse einer fehlenden Verbindung der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitssäulen von Institutionen, ebenso wie bei politischen Debatten, wird im Weiteren nochmals aufgegriffen werden und genauer in ihrer Bedeutung für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda analysiert.

Zunächst wird jedoch die Umgestaltung des Konzeptes dargestellt, das einen Einblick in praktische Bezüge zur Verwirklichung Sozialer Nachhaltigkeit durch Engagement und politische Partizipationsformen ermöglicht. Bei gleichbleibender Fragestellung mussten nun andere Wege gefunden werden, diese zu bearbeiten und gleichzeitig eine praxisnahe Darstellung zu gewährleisten (s. Anlage 3). Bei der Suche stieß ich auf die internationale Nichtregierungsorganisation DemocracyNext. Erst Anfang 2024 gab es eine Veröffentlichung der Organisation mit dem Thema „six ways to democratise city planning“. Die jüngste Veröffentlichung macht auf die Aktualität der Debatte aufmerksam. Zusätzlich wurde das online-Seminar „Democratizing City Planning“ angeboten, an dem ich teilnahm. DemocracyNext erstellte damit ein internationales Konzept für politische Partizipation in der Stadtentwicklung. Ein Fokus liegt damit

auf Partizipationsformaten, wobei anhand der in deliberativen Prozessen zu bearbeitenden Themen sichtbar wird, dass es sich vor allem um soziale und ökologische Fragestellungen handelt. Das international für Städte anwendbare Konzept von DemocracyNext macht zudem deutlich, dass es allgemein auf politische Partizipation innerhalb demokratischer Systeme übertragbar ist. Des Weiteren werden Überlegungen und Empfehlungen aus dem Handbuch „kommunale Bürgerräte organisieren“ von Mehr Demokratie, einer deutschlandweiten Organisation zur Umsetzung von deliberativen Verfahren, erörtert (s. Anlage 3). Damit entwickelte die Nichtregierungs-Organisation Mehr Demokratie einen Leitfaden zur Organisation kommunaler Bürgerräte innerhalb Deutschlands. Ziel der Stichprobe ist es, beide Konzepte miteinander in Verbindung zu bringen, um verschiedene Möglichkeiten von Partizipation für eine praktische Etablierung von Nachhaltigkeitszielen in Städten und Kommunen diskutieren zu können (s. Anlage 3).

II.1.2 Methodisches Vorgehen

Um beide die Stichproben entsprechend der Fragestellung zu analysieren, wird hier eine qualitativ strukturierende Inhaltsanalyse nach Mayring verfolgt (s. Anlage 3). Die Methodik besteht dabei aus fünf Schritten, die im Folgenden aufgeführt werden:

(1) Material: Zunächst wird das für die Inhaltsanalyse zu verwendende Material definiert. Die Inhaltsanalyse besteht dabei aus zwei Teilen und einer exemplarischen Ergänzung durch die Antworten der schriftlichen Befragung von Greenpeace der Stadt Jena. Die beiden Teile ergeben sich aus der tatsächlichen Stichprobe (s. Anlage 3). Teil eins beinhaltet die Mitschriften des Online-Seminars von DemocracyNext. Das Seminar wurde in Form einer teilnehmenden Beobachtung durch Mitschriften der Aussagen der Expert*innen durchgeführt. Es fand online via Zoom am 14.02.2024 von 9.30-11.00 Uhr statt. Die Teilnahme war mit einer Voranmeldung für 25 Personen möglich. Die vortragenden Expert*innen waren Claudia Chwalisz, Gründerin und CEO von DemocracyNext, sowie James MacDonald-Nelson, Projektleiter für städtischen Design und Planung und zwei weitere externe Experten. Die Mitschriften des online-Seminars dienen als Ergänzung des zugehörigen durch DemocracyNext veröffentlichten Papiers „six ways to democratise city planning“ (s. Anlage 3). Der zweite Teil des für die Inhaltsanalyse verwendeten Materials bezieht sich auf das Handbuch „Kommunale Bürgerräte organisieren“. Das Handbuch gilt als ein Leitbild für

kommunale Bürgerräte in Deutschland und wurde von Mehr Demokratie in Zusammenarbeit mit der Bergischen Universität Wuppertal, dem Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung und dem Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit in Potsdam veröffentlicht (s. Anlage 3). Hierbei wird das gesamte Kapitel „Bürgerräte und ihre Rolle in der Demokratie“ und das Unterkapitel „Bürgerräte als Teil einer Beteiligungskultur“ analysiert. Für die Inhaltsanalyse wäre eine Betrachtung des gesamten Handbuchs zu ausführlich. Zumal geben die weiteren Kapitel insbesondere Vorgaben für die genaue Planung und Durchführung von Bürgerräten und gehen dabei zu sehr in die Tiefe organisatorischer Prozesse, die nicht im Rahmen der Analyserichtung liegen.

- (2) **Analyserichtung:** Die Analyserichtung untersucht anhand der zentralen Fragestellung den Beitrag zivilgesellschaftlicher Partizipation zur Verwirklichung (Sozialer) Nachhaltigkeit.
- (3) **Analyseform:** Es wird ein qualitativ strukturierender Ansatz nach Mayring verfolgt. Dazu werden Kernaussagen zu vorher definierten Kategorien strukturiert herausgearbeitet, sodass sie die Gesamtheit der Texte abbilden. Dies ermöglicht die Analyse des verwendeten Materials entlang der Analyserichtung.
- (4) **Interpretation der Ergebnisse:** Textbausteine des verwendeten Materials werden fünf zuvor benannten Kategorien zugeordnet. Die Kategorien ergeben sich aus der zentralen Fragestellung entlang der Analyserichtung. Für eine eindeutige Zuordnung zu den aufgestellten Kategorien werden diese definiert und mit Codierregeln belegt (Abbildung 1Abbildung 5).

Abbildung 5: Darstellung der Kategorien, Definitionen und Codierregeln

Kategorie	Definition	Codierregel
Herausforderungen, Gründe für Partizipation	Alle Textpassagen, die sich auf Handlungsbedarfe innerhalb der Gesellschaft beziehen, gesellschaftliche Probleme ansprechen oder zivilgesellschaftliche Teilhabe in Bezug auf jene Problemlagen ansprechen.	Textstellen müssen aktuelle Probleme und Herausforderungen in der Gesellschaft oder Aspekte zur Lösung dieser Probleme durch die Gesellschaft selbst thematisieren.
Politische Partizipation	Alle Textpassagen, die sich auf politische Teilhabe von Bürger*innen	Textstellen müssen sich auf politische Einflussmöglichkeiten der Zivil-

	beziehen und deliberative Prozesse, z.B. Bürgerräte thematisieren.	gesellschaft durch formelle Partizipation beziehen.
Zivilgesellschaftliches Engagement	Alle Textpassagen, die Partizipation außerhalb oder neben politischer, deliberativer Partizipationsformen thematisieren.	Textstellen müssen Teilhabeaspekte, die sich nicht direkt deliberativen Prozessen zuordnen lassen, aufgreifen.
Verortung im Politikzyklus	Alle Textpassagen, die politische Partizipation oder zivilgesellschaftliches Engagement in ihrem Ansatzpunkt innerhalb des Politikzyklus thematisieren.	Textstellen müssen eine der Phasen des Politikzyklus ansprechen (Problemformulierung, Agenda-Setting, Politikformulierung, Implementation, Evaluation, Re-Formulierung).
Qualitätskriterien deliberativer Prozesse	Alle Textpassagen, die sich auf die Sicherstellung der Qualität deliberativer Prozesse beziehen oder Empfehlungen zur Qualitätssicherung politischer Partizipation aussprechen.	Textstellen müssen sich auf die Qualitätssicherung von politischer Partizipation beziehen.

(5) Gütekriterien: Nach Mayring sind die als Gütekriterien Transparenz, Intersubjektivität und Reichweite zu gewähren. Transparenz wird zum einen durch die vorherige Definition der strukturierenden Kategorien und der Festlegung der Gütekriterien sichergestellt. Zum anderen werden Textpassagen des verwendeten Materials klar ihren Quellen zugeordnet und vor einer Analyse der Daten als Textpassagen den Kategorien zugeordnet. Damit wird zudem Intersubjektivität erreicht, die die Zuordnung der Textstellen nachvollziehbar macht. Die Interpretation der erhobenen Daten erfolgt nach einer gesonderten Darstellung der kategorisch zugeordneten Textbestandteile in deren Originalsprache. Die Reichweite bezieht sich auf die Reproduzierbarkeit der Inhaltsanalyse. Bei dem ausgewählten Material steht der Fokus auf deliberative Verfahren in Städten und Kommunen, sowie einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Die Inhaltsanalyse mit den aufgestellten Kategorien ist generell auf Material mit den Themenschwerpunkt (politischer) zivilgesellschaftlicher Teilhabe und über eine kommunale Ebene hinaus anwendbar.

II.1.3 Kategorisierung

Die Einordnung der Textpassagen in die Kategorien wird im Folgenden in Form einer Übersicht dargestellt. Dabei werden die fünf Kategorien den Nummern 1-5 zugeordnet. Die Aussagen aus den beiden Materialien werden mit den Kategoriennummern beginnend Buchstaben zugewiesen und somit codiert. Dabei wird Material 1 „six ways to democratise city planning“ (MacDonald-Nelson et al. 2024) und das zugehörige online-Seminar (s. Anlage 4) mit Kleinbuchstaben gekennzeichnet (z.B. 1a). Material 2, das Handbuch „Kommunale Bürgerräte organisieren“ (Krenzer & Socher 2024) wird mit Großbuchstaben codiert (z.B. 1A). Die erstellten Codes ermöglichen es somit, die Kategorie der Textpassage anhand der Zahl abzulesen, sowie die Materialquelle anhand von Groß- oder Kleinbuchstaben einzuordnen und schafft damit zusätzliche Übersichtlichkeit.

1: Herausforderungen, Gründe für Partizipation

1a „Balancing a diversity of people’s needs and preferences, concerns for environmental and social justice [...] communities’ health and well-being“ (MacDonald-Nelson et al. 2024, S. 7)

1b „So many of these things are interconnected and are directly and deeply impacted by urban planning and the multiple other decisions we take about our built environment“ (ebd., S. 7)

1c “everybody has the dignity and capacity to be involved in shaping decisions affecting their lives“ (ebd., S. 10)

1d „Around the world, urban areas are facing similar issues related to housing affordability, the widening gap of social and economic inequality, vulnerability to climate change, population increase, rapid urbanization, and mobility challenges“ (ebd., S. 13)

1e “Population growth is straining resources: [...] increased demand for housing, transportation, services, and infrastructure [...] and inequitable distribution of wealth“ (ebd., S. 19)

1f “Environmental sustainability: Climate change, air pollution, loss of biodiversity and green space [...] necessitating strategies for climate resilience, sustainable development“ (ebd., S. 19)

1g “Public health and well-being: [...] mental health [...] opioid epidemic, an ageing population [...] pandemics“ (ebd., S. 19)

1h „Inequality and inclusion: [...] disparities in income, access to education, healthcare, and employment opportunities [...] affect minority communities“ (ebd., S. 19)

1i „Accessible mobility is not available to everyone: [...] not evenly distributed amongst the population“ (ebd., S. 19)

1j „current decision-making system is not equipped to tackle these challenges in a dynamic, effective, or inclusive way“ (ebd., S. 20)

1k „mistrust in the system: [...] planning decisions are being overly determined by developers and investors, politicians, or other interest groups“ (ebd., S. 20)

1l „Historical inequalities are often perpetuated: Marginalized or minority communities are rarely at the decision-making table as equals“ (ebd., S. 20)

1m „challenges that cities face today are not only a result of the specific decisions made in recent decades, but also stem from the way in which these decisions have been made“ (ebd., S. 22)

1n „inter-connected with climate-related decisions“ (ebd., S. 31)

1o „we have to deal with transformation through innovation“ (Anlage 4)

1A „Umfragen zeigen, dass 85 Prozent der Deutschen denken, ihre Meinung sei den Politikerinnen und Politikern egal“ (Krenzer & Socher 2024, S. 14)

1B „Zugleich werden die Aufgaben, die politisch bearbeitet werden müssen, immer komplexer: Globale Krisen wie Klimawandel und Artensterben, Pandemien, Inflation und Krieg drängen auf angemessenes und schnelles Handeln“ (ebd., S. 14)

1C „Herausforderungen wie beispielsweise ein umfassender Klimaschutz sind überhaupt nur durch aktive Mitgestaltung an der Ideenfindung und Zusammenarbeit aller zu bewältigen“ (ebd., S. 16)

1D „Je mehr Bürgerinnen und Bürger von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern als kompetent wahrgenommen und auf Augenhöhe behandelt werden, desto mehr wird sich über die Zeit eine Kultur der Zusammenarbeit etablieren, von der alle Betroffenen profitieren“ (ebd., S. 49)

2: Politische Partizipation

2a „two main ingredients of a Citizens’ Assembly that differentiate it from other forms of participation and enable its effectiveness and legitimacy - these are sortition and deliberation” (MacDonald-Nelson et al. 2024, S. 9)

2b „Amongst everybody who responds positively to this first invitation [...] stratification - to ensure that the final group broadly represents the community’s diversity in terms of gender, age, geography, and socio-economic differences” (ebd., S. 10)

2c „more effective and inclusive decision making” (ebd., S. 22)

2d „Depth is needed because the decisions concerned are complex [and] interconnected” (ebd., S. 23)

2e „Citizens’ Assemblies can strengthen and help legitimize” (ebd., S. 23)

2f „The three types of Citizens’ Assemblies are: city-wide, community, and ad-hoc” (ebd., S. 24)

2g „cultivation of a more democratic, citizen-empowered culture of deliberation” (ebd., S. 24)

2h „Community Assembly: [...] Members give regular input on projects” (ebd., S. 28)

2i „City-wide Citizens’ Assembly: [...] regular input on longer-term and city-wide decisions” (ebd., S. 31)

2j „Ad-hoc Citizens’ Assembly: [...] for a specific project or policy issue” (ebd., S. 33)

2k „provide the democratic spaces for people to actively ‘citizen’ together” (ebd., S. 39)

2l „many diverse people will come to better decisions than more homogenous groups” (ebd., S. 39)

2m „important consideration is the inclusion of young people (under 16 years of age) [...] The next generation of young people deserve, and have the capacity to imagine and help shape the places” (ebd., S. 65)

2n „We don’t need new policies but a new way to design new policies” (Anlage 4)

2A „Wir verstehen Bürgerräte als wichtiges Format einer umfassenden Beteiligungskultur in unserer parlamentarischen Demokratie” (Krenzer & Socher 2024, S. 13)

2B „Die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch ein Losverfahren soll dafür sorgen, dass vielfältige Perspektiven im Prozess vertreten sind und gehört werden“ (ebd., S. 16)

2C „Bürgerräte erarbeiten durchdachte und inhaltlich abgewogene Empfehlungen“ (ebd., S. 17)

2D „Wegen der gelosten Zusammensetzung der Teilnehmenden und der intensiven Deliberation weisen die Ergebnisse eine hohe Legitimität auf“ (ebd., S. 17)

2E „Bürgerräte schaffen Räume für ein verändertes Miteinander, politische Wirksamkeitserfahrungen und gelebte demokratische Praxis und tragen deshalb zu einer Stärkung der Demokratie bei“ (ebd., S. 17)

2F „Die Unterschiedlichkeit der Teilnehmenden und die damit einhergehende Perspektiv-Vielfalt sind eine der zentralen Stärken von Bürgerräten“ (ebd., S. 26)

2G „Der Einmalige Einsatz eines Bürgerrats kann zur Lösung einer politischen Herausforderung wichtige Beiträge leisten“ (ebd., S. 49)

2H „nachhaltige Bearbeitung politischer Themen“ (ebd., S. 49)

3: Zivilgesellschaftliches Engagement

3a „core part of a much wider participatory ecosystem that involves digital surveying, [...] community-driven initiatives“ (MacDonald-Nelson et al. 2024, S. 8)

3b „It can help unlock action where decision makers are stuck“ (ebd., S. 11)

3c „Engagement does not always have impact: [...] output of engagement is not effectively integrated into decision-making and often happens too late in a design process“ (ebd., S. 20)

3d „it is about enriching and expanding how we engage with people by creating a deeper culture of engagement that can enable the conditions for a systemic, structural shift“ (ebd., S. 22)

3e „However, it’s necessary to connect Assembly processes with wider citizen participation to enable a breadth of community input. There are many innovative participation processes“ (ebd., S. 23)

3f „citizen-led petition with a minimum number of signatures“ (ebd., S. 33)

3g „non-profit organizations and NGOs that have valuable experience in delivering participation processes“ (ebd., S. 35)

3h „adopting a deeper, ongoing culture of engagement through Citizens' Assemblies means that people will have more opportunities to take part in building a better future for their communities“ (ebd., S. 39)

3i „The Assembly types [...] cannot sit alone and separate from existing (or potential) ways of engaging with the wider public“ (ebd., S. 41)

3j „Assemblies must be connected to a wider ecosystem of engagement strategies“ (ebd., S. 41)

3k „Participation: strengthening engagement in the topic“ (Anlage 4)

3A „Auf kommunaler Ebene engagieren sich die Bürgerinnen und Bürger oft auch nach der Erarbeitung der Ergebnisse weiter“ (Krenzer & Socher 2024, S. 15)

3B „eine Kultur der Beteiligung [...], die Bürgerinnen und Bürger an vielen Stellen und in unterschiedlichen Formaten an der Politik mitwirken lässt“ (ebd., S. 29)

3C „Motivation, weiterzuarbeiten und ähnliche Prozesse in Zukunft zu wiederholen“ (ebd., S. 29)

3D „Engagement kann aber auf anderen Wegen in den Prozess einfließen“ (ebd., S. 31)

3E „Bürgerräte als Teil einer umfassenden Beteiligungskultur“ (ebd., S. 49)

3F „Neben Bürgerräten sind andere Formate der Beteiligung für jeweils geeignete Zwecke einzusetzen“ (ebd., S. 49)

3G „Beteiligung beginnt im Kleinen: Niederschwellige Möglichkeiten für die politische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern sind in ihrer Summe wertvoller als ein isoliert stehendes Gesamtprojekt“ (ebd., S. 49)

3H „Für umfassende Beteiligungsverfahren können Bürgerräte mit anderen Beteiligungsformaten kombiniert werden“ (ebd., S. 49)

3I „Beteiligung sollte immer aufsuchend sein, das heißt, Menschen aktiv einbeziehen. Angebote, für die Menschen von sich aus Initiative ergreifen müssen, stellen eine hohe Hürde dar, allein, weil das Beteiligungsangebot vielen nicht bekannt ist“ (ebd., S. 49)

3J „Beteiligung erreicht marginalisierte Gruppen nur, wenn sie auf den Alltag und das Lebensumfeld der Menschen zugeschnitten ist“ (ebd., S. 49)

4: Verortung im Politikzyklus

4a „an intrinsic part of a city’s decision-making processes“ (MacDonald-Nelson et al. 2024, S. 8)

4b „outputs of these participation processes can be directly linked to Citizens’ Assemblies as a way to determine the question (the remit) of the Assembly“ (ebd., S. 23)

4c „connected to [...] decision-making cycles“ (ebd., S. 24)

4d „deliberate and form recommendations on specific development proposals“ (ebd., S. 28)

4e „choose priority areas for implementing city-wide urban policies“ (ebd., S. 28)

4f „For example, this can include the city’s strategic (5-10 year) plan“ (ebd., S. 31)

4g „ongoing Assembly in a way that empowers it to set the agenda and to have a meaningful connection with the City Council on decision making“ (ebd., S. 31)

4h „initiated by either the City-wide Citizens’ Assembly on Planning, a Community Assembly“ (ebd., S. 33)

4i „implementation of accepted recommendations should be monitored with regular public progress reports“ (ebd., S. 36)

4j „important to consider how each Assembly type could plug into the specific timelines of the many city projects, plans, and policies“ (ebd., S. 37)

4k „Where in the process of policy-making is the participation process implemented? [This] causes different possibilities and triggers different states in the policy cycle“ (Anlage 4)

4l „gap between planning and implementation: planning-tools are embedded in bureaucratic and legal frameworks“ (Anlage 4)

4A „Die erarbeiteten Vorschläge können aber auch in direktdemokratischen Verfahren zur Abstimmung gestellt werden“ (Krenzer & Socher 2024, S. 13)

4B „Die Form eines Bürgerrates sollte sich nach seiner individuellen Funktion richten“ (ebd., S. 20)

4C „Damit die Empfehlungen des Bürgerrats aufgegriffen und politisch in die Praxis umgesetzt werden, empfiehlt es sich, nach Ende der letzten Bürgerratssitzung interaktive Transferveranstaltungen zu organisieren“ (ebd., S. 28)

4D „Auch nach Ende der letzten Bürgerrat-Sitzungen sollte es Verantwortliche geben, die im Auge behalten, was mit den Empfehlungen passiert“ (ebd., S. 28)

4E „Überlegungen der Bürgerinnen und Bürger früh in politische Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen, als wenn diese bereits weit fortgeschritten sind“ (ebd., S. 49)

4F „An verschiedenen Stellen, zum Beispiel vor oder nach Entscheidungen, kann Bürgerbeteiligung mit den Mitteln direkter Demokratie kombiniert werden“ (ebd., S. 49)

5: Qualitätskriterien deliberativer Prozesse

5a „How they can be implemented [...] depends on a city's size, its existing institutions, decision-making, and engagement processes, and the resources available for implementation“ (MacDonald-Nelson et al. 2024, S. 27)

5b „Engagement committee that helps to facilitate and ensure feedback loops“ (ebd., S. 34)

5c „maintaining an open line of communication with relevant decision-makers“ (ebd., S. 34)

5d „ensure that recommendations are realistic“ (ebd., S. 34)

5e „Delivery organizations are practitioners who have expert knowledge and experience in organizing, facilitating, and implementing the Assembly process“ (ebd., S. 35)

5d „create opportunities for experimentation, learning, iterating, and knowledge sharing“ (ebd., S. 35)

5e „It is incredibly important that recommendations delivered by any of the Assemblies have an impact“ (ebd., S. 36)

5f „an Engagement Committee can ensure an open line of communication between the Assembly and key actors“ (ebd., S. 36)

5g „The public authority should publish a formal public response to the Assembly recommendations“ (ebd., S. 36)

5A „Das Bürgergutachten hat klare politische Adressatinnen und Adressaten, in deren Zuständigkeit die Empfehlungen liegen und an die das Gutachten zum Abschluss des Bürgerrats übergeben wird“ (Krenzer & Socher 2024, S. 23)

5B „Für die Glaubwürdigkeit des Verfahrens ist es wichtig, dass der Prozess bereits vor dem Start öffentlich angekündigt wird und von Anfang bis Ende gut nachvollzogen werden kann“ (ebd., S. 26)

5C „Das Bürgerrat-Verfahren (Agenda-Setting, Losauswahl, Gestaltung der Sitzungen, Anleitung der Deliberation, Verfassen des Gutachtens) sollten in der Regel nicht die Initiierenden oder Auftraggebenden organisieren und durchführen, sondern ein unabhängiges und professionelles Team“ (ebd., S. 27)

5D „Eine wirkungsvolle und öffentlich nachvollziehbare Auseinandersetzung mit den Empfehlungen stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie und die politischen Institutionen“ (ebd., S. 29)

5E „Es ist empfehlenswert, einen Bürgerrat zu evaluieren, um für kommende Verfahren zu lernen, wie diese gegebenenfalls verbessert werden können“ (ebd., S. 29)

II.1.4 Datenanalyse

Anschließend an die Darstellung der erhobenen Daten sollen diese nun analysiert, erörtert und die verschiedenen Aussagen der verwendeten Materialien von DemocracyNext und Mehr Demokratie miteinander in Verbindung betrachtet werden. Dazu werden die den fünf verschiedenen Kategorien zugeordneten Textpassagen in ihrem Konsens dargestellt. So stellt sich stets die Frage: Was kann zivilgesellschaftliche Partizipation zur Verwirklichung (Sozialer) Nachhaltigkeit beitragen? Die qualitative Inhaltsanalyse ermöglicht einen Ausgangspunkt zur weiteren Betrachtung der Fragestellung und einer Herstellung von Bezugspunkten zu Sozialer Nachhaltigkeit als thematischen Schwerpunkt. Folgend werden zunächst die Kernaussagen zu den ver-

schiedenen Kategorien zusammengeführt. Diese führen die in Kapitel I aufgestellten Grundannahmen weiter aus und stellen die aktuelle Debatte um zivilgesellschaftliche Partizipation als Exempel zweier demokratiefördernder Nichtregierungs-Organisationen dar.

1) Herausforderungen, Gründe für Partizipation: In Konzepte der Stadtentwicklung müssen Soziale und Umweltfragen mit einbezogen werden, sowie die Verschiedenheit der Bedarfe von Menschen, die zu einer zufriedenen städtischen Bevölkerung beitragen (1a). Dazu verweist MacDonald-Nelson et al. in der von DemocracyNext herausgegebenen Veröffentlichung auf verschiedene Herausforderungen von Städten. Die meisten beziehen sich dabei auf soziale Problemlagen, so wie die Ressourcenknappheit aufgrund der bereits erwähnten Verdichtung der Bevölkerung in Städten, die zu einer Überlastung von öffentlichem Transport, Behörden und der generellen Infrastruktur führen kann (1e). Damit einher geht die Unsicherheit von Wohnraum, die durch den eigenen finanziellen Status beeinflusst wird (1e, 1d). Zusätzlich lässt sich eine Zunahme von Obdachlosigkeit in Städten verzeichnen (1d). Durch unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und daraus resultierend zu Arbeitsmöglichkeiten entstehen Ungleichheiten des ökonomischen Status innerhalb der Bevölkerung (1h, 1d). Auch der Zugang zum Gesundheitssystem unterscheidet sich je nach Ausprägung der Wohlfahrtsstaatlichkeit des Landes. Suchtproblematiken wie beispielsweise Opioid-Epidemien in Städten, aber auch Pandemien wie Corona und generell der demografische Wandel stellen dabei Herausforderungen für die öffentliche Gesundheit in Städten dar (1g). Auch Mobilität ist nicht für jeden Teil der Bevölkerung gleichermaßen zugänglich (1i, 1d). Diese Ungleichheiten der Zugangsmöglichkeiten durch ökonomischen Status und die ungleiche Verfügbarkeit von Ressourcen in den Stadtvierteln senkt insbesondere die Teilhabemöglichkeiten von Minderheiten und marginalisierten Gruppen (1h, 1l). Neben sozialen Herausforderungen müssen sich Stadtkonzepte auch mit ökologischen Fragestellungen auseinandersetzen und auf ökologische Resilienz und nachhaltige Entwicklungen abzielen (1f, 1n). Solche Themen sind in Bezug auf Städte beispielsweise Luftverschmutzung oder der Verlust an Grünflächen und Biodiversität (1f). Generell werden politische Fragestellungen der Stadtentwicklung immer komplexer und müssen soziale, ökologische und ökonomische Aspekte abwägen (1B, 1d), um im Sinne der Nachhaltigkeit gestaltet zu werden (s. Kap. I, 1.). Denn die verschiedenen Themenfelder sind miteinander verwoben und werden direkt von Städteplanungen und anderen Einflüssen des Menschen durch die Abänderung und Nutzung der Umwelt beeinflusst (1b, 1n). Herausforderungen von Städten sind dabei global ähnlich (1d), unterscheiden sich aber in ihren Ausprägungen. Der schnelle

Städtewachstum, der bestimmte Problemlagen verstärkt und neue hervorbringt (1d) benötigt daher ein Kollektiv, dass durch Inklusivität geprägt ist.

Jedoch gibt es ein Misstrauen der Bürger*innen gegenüber dem System (1k). Allein 85 Prozent der Menschen in Deutschland fühlen sich laut Umfragen nicht von Politiker*innen in ihrer Meinung ernstgenommen (1A). Daher benötigt es neue Formen von politischer Partizipation, die eine „Kultur der Zusammenarbeit etablieren“ (1D). Sowohl DemocracyNext, als auch Mehr Demokratie argumentieren, dass Bürger*innen fähig sind, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen und nachhaltige Empfehlungen zu treffen (1c, 1C). Das aktuelle System politischer Entscheidungsfindung ohne aktive Teilhabemöglichkeiten von Bürger*innen mangelt an Dynamik und Effektivität (1j, 1m). Es erfordert eine Innovation und Erweiterung demokratischer Abläufe durch zivilgesellschaftliche Mitgestaltung, um Transformationsprozessen und Herausforderungen gerecht zu werden (1o, 1C).

2) Politische Partizipation: Repräsentative und deliberative Bürgerräte werden in den Beiträgen von DemocracyNext und Mehr Demokratie als Weg gesehen, den Herausforderungen von Städten entgegenzusehen (2c, 2n, 2A). Der Auswahlprozess für die Teilnehmenden an Bürgerräten sollte dabei durch ein Losverfahren erfolgen und die Diversität der Gesellschaft abbilden (2b, 2B). Dadurch kann dem Legitimitätsproblem der repräsentativen Demokratie (s. Kap. I, 1.) entgegengewirkt werden. Denn die Deliberation der zufällig ausgewählten Bürger*innen weist eine hohe Legitimität auf und stärkt zudem die Demokratie (2a, 2e, 2D). Die Diversität der Teilnehmer*innen, die sich auf eine gemeinsame Entscheidung einigen und der dadurch aufgegriffenen Vielfalt an Perspektiven ist dabei eine Stärke von Bürgerräten (2I, 2F). Dem Defizit einer demokratischen Entscheidungsfindung wird so durch Handlungsräume aktiver Teilhabe entgegengewirkt (2k, 2E). Politische Wirksamkeitserfahrungen von Bürger*innen und eine gelebte Demokratie werden durch Empowerment gestärkt (2g, 2E). Hier stellt sich ebenso die Frage nach dem Einbezug jüngerer Menschen in deliberative Verfahren, die als nächste Generation direkt von solchen Entscheidungen betroffen sind und daher bereits frühzeitig in den Prozess mit einbezogen werden sollten (2m). Bürgerräte können generell Lösungen zu konkreten Themen erarbeiten (2G). Der Prozess braucht dabei jedoch Tiefe, um den komplexen und miteinander in Zusammenhang stehenden Herausforderungen nachhaltig gerecht zu werden (2d, 2H). Dabei wird zwischen drei Formen von Bürgerräten im Stadtkontext unterschieden (2f): Bürgerräten mit regulären Inputs zu stadtteilbezogenen Projekten (2h), Bürgerräten, die langfristig an Konzepten und Projekten der Stadtentwicklung insgesamt beteiligt sind (2i) und Ad-

hoc Bürgerräten zu spezifischen Themen und städtepolitischen Entscheidungen (2j). Dabei lassen sich Bürgerräte generell als ein Teil einer gelebten demokratischen Beteiligungskultur verstehen (2A).

3.) Zivilgesellschaftliches Engagement: Beide Veröffentlichungen sprechen von der Einbettung von Bürgerräten in ein weit gefasstes partizipatives System (3a, 3i, 3j, 3D, 3F). Engagement soll deliberative Verfahren durch verschiedene innovative Prozesse ergänzen und mit Bürgerräten kombiniert werden (3e, 3H). Eine tiefere und weiterführende Kultur von Engagement erweitert die Möglichkeiten, an einer nachhaltigeren Zukunft mitzuwirken (3h). Zusätzlich bietet zivilgesellschaftliches Engagement die Möglichkeit, beispielsweise durch Petitionen (3f), Bürgerräte zu spezifischen Themen zu fordern und initiieren. Engagement setzt damit nicht nur an der Implementierung politischer Maßnahmen an, sondern kann ebenso bestimmte Themen auf die politische Agenda setzen. Auch die Teilnahme an deliberativen Verfahren wirkt sich positiv auf Engagement aus. Nach dem Abschluss von Bürgerräten engagieren sich Bürgerinnen und Bürger oftmals weiter und sind motiviert, sich für bearbeitete Themenkomplexe und erstellte Empfehlungen auch in Zukunft einzusetzen (3k, 3A, 3C). Werden andere Engagementformen neben Bürgerräten jedoch zu spät in den Prozess integriert, zeichnet sich ein Mangel an Einflussmöglichkeiten ab (3c). Daher gilt es, eine aktive Partizipationskultur zu schaffen, die Bürger*innen an unterschiedlichen Stellen und mit verschiedenen Formaten an der Politik mitwirken lässt (3B). Jene Prozesse sollten als Bereicherung demokratischer Abläufe verstanden werden (3d). Voraussetzungen müssen systemisch und strukturell so angepasst werden (3d), dass eine „Kultur der Beteiligung“ (3B) möglich ist.

Bürgerräte sind dabei als ein Teil dessen zu verstehen (3E). Jedoch greifen hier die zuvor beschriebenen Hürden formellen Engagements (s. Kap. 1.2). Niederschwellige, informelle Engagementformen sollten dabei nicht außer Acht gelassen werden (3G). Es müssen stets andere Wege gefunden werden, um Menschen mit größeren Teilhabehürden aktiv einzubeziehen (3I). Insbesondere, um auch marginalisierte Gruppen zu erreichen, braucht es auf das Lebensumfeld zugeschnittene Chancen für Teilhabe (3J). Aber auch die formelle Anbindung von Engagement spielt eine wichtige Rolle für eine Beteiligungskultur. Denn NGOs haben wertvolle Erfahrungen im Bereich partizipativer Prozesse (3g). Welche Möglichkeiten formelles Engagement auf kommunaler Ebene bietet soll beispielhaft an einem ehrenamtlich bei Greenpeace in Jena engagierten 20-jährigen Studenten aufgezeigt werden. Die Aussagen wurden dabei durch

die zuvor beschriebene schriftliche Befragung erhoben (s. Anlage 5). In Bezug auf Nachhaltigkeit werden Themen wie Mobilität, Ernährung und soziale Nachteile (Anlage 5) benannt. Der Tätigkeitsbereich des Engagements gestaltet sich durch die Planung von Aktionstagen, Aufklärungsarbeit zu Umweltthemen und dem Ausbau der Infrastruktur in den Ortsgruppen von Greenpeace (ebd.). Zudem werden durch diese Form des formellen Engagements weitere Partizipationsmöglichkeiten für Bürger*innen eröffnet, indem die Organisation Bürger*innenanfragen im Stadtrat mitorganisiert (ebd.). Anhand des ehrenamtlichen Engagements der befragten Person innerhalb von Greenpeace Jena wird deutlich, dass formelles Engagement viele Facetten hat und auch andere Engagementformen, ob formell oder informell, aufzeigen und bestärken kann. Sowohl Bürgerräte als auch andere Engagementmöglichkeiten zeigen so weitere Wege zur Teilhabe von Bürger*innen auf und unterstützen eine aktive Beteiligungskultur strukturell.

4.) Verortung im Politikzyklus: Bürgerräte werden besonders durch ihre Verbindung zum politischen Entscheidungsprozess beschrieben (4c). Damit setzen sie in der dritten Phase des Politikzyklus, der Politikformulierung (s. Kap. I.3) an. Deliberative Verfahren wie Bürgerräte haben das Ziel, Empfehlungen zu spezifischen Themen für die Politik zu erarbeiten (4a, 4d). In dem Handbuch geht Mehr Demokratie noch einen Schritt weiter und plädiert für eine Verbindung mit direktdemokratischen Verfahren an unterschiedlichen Stellen im Politikzyklus (4A, 4F). Dies spiegelt sich auch in der Veröffentlichung von DemocracyNext, die Partizipation und daraus gewonnene Erkenntnisse im Rahmen der Problemformulierung und des Agenda-Setting beleuchtet, wider (4b). Denn auch Bürgerräte oder andere partizipative Prozesse können die Initiierung weiterer Teilhabeverfahren fordern (4h), wobei aber auf ein Spannungsfeld mit bürokratischen und rechtlichen Rahmenbedingungen aufmerksam gemacht werden muss (4i). Für die Phase der Implementierung kommt insbesondere Engagement eine bedeutende Rolle zu. Je nachdem, wo Engagement räumlich verortet ist, können festgelegte Ziele durch die Zivilgesellschaft umgesetzt werden (4e). Auch für die Implementierung der Empfehlungen von Bürgerräten durch die Politik braucht es Menschen, die sich beispielsweise durch formelles Engagement für eine politische Umsetzung in die Praxis einsetzen (4C). Die Umsetzung der Empfehlungen, die durch deliberative Prozesse erarbeitet wurden, sollten in öffentlichen Fortschrittsberichten transparent gemacht werden (4i). Damit ist auch eine Verbindung zu der Phase der Evaluierung im Politikzyklus erkennbar.

DemocracyNext empfiehlt eine Verknüpfung kommunaler Bürgerräte von Agenda-Setting bis hin zum politischen Entscheidungsprozess (4g). Die Zivilgesellschaft erfährt so Empowerment (4g) und mehr Ansatzpunkte für Selbstwirksamkeit im gesamten politischen Prozess. Bürgerräte können also nicht nur zu spezifischen Themen mit begrenzter Zeitachse, sondern über längere Zeit, umgesetzt werden (4g). Dafür bieten sich zum Beispiel Pläne zur Stadtentwicklung an, die sich über mehrere Jahre erstrecken (4f). In Paris wurde bereits ein solcher permanenter Bürgerrat etabliert (MacDonald-Nelson et al. 2024, S. 31). Generell ist es wichtig, zeitliche Faktoren bei der Organisation deliberativer Verfahren und anderer politischer Beteiligungsformate im Blick zu haben, um der individuellen Funktion der jeweiligen Fragestellung gerecht zu werden (4B). Wo soll der Bürgerrat im Politikzyklus greifen? Es ist wichtig einzuplanen, in welchen Phasen Partizipation für Projekte, Pläne und die Politikformulierung angewendet werden soll und mit welchem Ziel (4j, 4k). Denn daraus resultieren unterschiedliche Möglichkeiten der Einflussnahme (4k). Es empfiehlt sich, zivilgesellschaftliche Partizipation bereits in den frühen Phasen des Politikzyklus zu integrieren, um eine höhere Wirksamkeit zu ermöglichen (4E).

5.) Qualitätskriterien deliberativer Prozesse: Bei der Planung und Umsetzung von Bürgerräten gilt es nicht nur zu beachten, in welchen Phasen des Politikzyklus die Beteiligung wirksam sein soll. Als weitere Aspekte bei kommunalen Bürgerräten müssen ebenso die Größe der Stadt oder Kommune, vorhandene Institutionen, Engagement-strukturen und Ressourcen mit einbezogen werden (5a). DemocracyNext empfiehlt außerdem zur Qualitätssicherung die Einrichtung eines Engagement-Komitees. Dieses hat die Aufgabe, eine offene Kommunikation zwischen den partizipierenden Bürger*innen und wichtigen Stakeholdern oder Entscheidungsträgern zu gewährleisten (5c, 5f). Das Komitee sollte dabei sicherstellen, dass realistische Empfehlungen erarbeitet werden und zu diesen Empfehlungen ein Feedback bezüglich der Umsetzung gegeben wird (5b, 5d). Sowohl DemocracyNext, als auch Mehr Demokratie beleuchten die den Bürgerrat durchführenden Organisationen (5e, 5C). Die Organisation, sowie methodische Aspekte und die Anleitung der Deliberation sollten dabei durch ein unabhängiges und professionelles Team umgesetzt werden (5e, 5C). In der Praxis können das zum Beispiel mit deliberativen Verfahren vertraute NGOs sein. Herangezogen werden können zudem Forschungsinstitute, die zusätzlich eine Evaluation des Prozesses durchführen und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für zukünftige Verfahren von Bürgerbeteiligung herausarbeiten (5E).

Generell lässt sich festhalten, dass den Teilnehmenden im Rahmen von Bürgerräten die Möglichkeit gegeben wird, gedankliche Experimente zu erleben (5d). Dafür ist es wichtig, eine Lern-Atmosphäre entstehen zu lassen, die es erlaubt, miteinander Wissen und diverse Perspektiven zu teilen (5d). Auch der Transparenz von politischer Bürgerbeteiligung kommt eine bedeutende Rolle zu. Das Verfahren sollte für die Gesamtbevölkerung bereits vor Start angekündigt und währenddessen bis hin zur Umsetzung der Empfehlungen in die Praxis nachvollziehbar sein (5B). Um dem Misstrauen in die Politik (s. Kap. I.3) entgegenzuwirken, bedarf es außerdem einer nachvollziehbaren Auseinandersetzung mit den an die Entscheidungsträger*innen übergebenen Empfehlungen (5D). Die Wirksamkeitserfahrungen sind dabei besonders bedeutend (5e). Damit die Empfehlungen politisch aufgegriffen werden, sollten zuvor die für das Bürgergutachten zuständigen Adressat*innen klar festgelegt werden (5A). Diese haben dann die Aufgabe, eine für die Öffentlichkeit transparente Antwort auf die Empfehlungen zu erarbeiten (5g), die darauf eingeht, ob, wann und wie das erarbeitete Gutachten umgesetzt werden kann.

Abschließend lässt sich feststellen, dass die verschiedenen Kategorien auf unterschiedliche Blickpunkte entlang der Fragestellung zur Verwirklichung (Sozialer) Nachhaltigkeit durch zivilgesellschaftliche Partizipation aufmerksam machen. Die (1) *Herausforderungen und Gründe für Partizipation* stellen Themen und Problemlagen von Entwicklungen in Bezug auf Nachhaltigkeit heraus. Die Kategorien (2) *politische Partizipation* und (3) *zivilgesellschaftliches Engagement* machen Teilhabemöglichkeiten der Bevölkerung an politischen Nachhaltigkeitsdebatten und daraus resultierenden Entscheidungen sichtbar. Kategorie (4) *Verortung im Politikzyklus* und (5) *Qualitätskriterien deliberativer Prozesse* beleuchten jene Teilhabemöglichkeiten bezüglich ihres Ansatzpunkts, sowie der Umsetzung und Verwirklichung der von der Zivilgesellschaft getroffenen Empfehlungen und Entscheidungen.

II.2 Problemdarstellung der Umsetzung

Vor einer genaueren Betrachtung der demokratischen Förderung Sozialer Nachhaltigkeit in Hinblick auf die praktische Umsetzung werden in diesem Abschnitt zunächst Probleme der Umsetzung dargestellt. Denn ohne eine genauere Betrachtung von Herausforderungen und Handlungsschwierigkeiten bleibt unklar, wie Soziale Nachhaltigkeitsdebatten mit zivilgesellschaftlicher Partizipation und durch Engagement zukünftig gestützt werden müssen. Weiterhin stellt sich vor der Frage nach Fördermöglichkeiten deliberativer Prozesse als Schritt hin zu

einer Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda die Frage nach Barrieren, die es zu überwinden gilt. Um sich den Problemen bei der Umsetzung von Nachhaltigkeit im Allgemeinen, ebenso wie im Zusammenhang mit bürgerlicher Partizipation anzunähern, werden im Folgenden verschiedene Facetten der Hindernisse und Hürden aufgezeigt. Zuerst werden allgemeine Kontroversen von Nachhaltigkeit beleuchtet, die durch die verschiedenen Verständnisse, moralischen Vorstellungen (s. Kap. I.1) und Erwartungen geprägt sind. Betrachtet man das Modell der Nachhaltigkeit mit seinen drei Säulen (s. Kap. I.1), so geht es um komplexe, interdisziplinäre Schnittstellen verschiedener Politikfelder. Dieses Spannungsfeld soll mit einem Blick auf Umwelt- und Sozialpolitik genauer betrachtet werden. Außerdem stellt sich für die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen und die Entwicklung neuer Nachhaltigkeitspolitiken die Frage nach einem Nachhaltigkeitsrecht, aus dem Rahmenbedingungen abgeleitet werden. Letztendlich sollen Schlussfolgerungen für eine Beteiligungskultur (s. Kap. II.1) in Bezug auf eine nachhaltige Gesellschaftstransformation beleuchtet werden.

II.2.1 Kontroversen der Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit unterliegt diversen Verständnissen und Leitideen (s. Kap. I.1), die zu unterschiedlichen Maßnahmen zur Verwirklichung führen und zudem an zeitliche, politische, gesellschaftliche und finanzielle Ressourcen geknüpft sind (Henkel et al. 2023, S. 11). In dem Buch „Dilemmata der Nachhaltigkeit“ von Henkel et al. 2023 beschreiben die Autor*innen verschiedene Herausforderungen, Hürden und Kontroversen der Nachhaltigkeitsdebatte. Jene Dilemmata gilt es aufzuzeigen, um konkrete Handlungsbedarfe reflexiv erkennbar und bewusst zu machen. Nur so ist es möglich, in der Zukunft passgenaue Maßnahmen für eine Nachhaltige Entwicklung zu bestimmen. Allein innerhalb der einzelnen Säulen von Nachhaltigkeit (s. Kap. I.1) können Widersprüche der ergriffenen Maßnahmen entstehen. Dazu ein kleines Beispiel in Bezug auf die *Sustainable Development Goals* (s. Kap. I.1): Erneuerbare Energien, die durch Wasser- oder Windkraftwerke Elektrizität erzeugen, entsprechen dem Nachhaltigkeitsziel SDG 7, können aber auch Ökosysteme und Biodiversität entgegen dem Ziel aus SDG 15 gefährden und die landwirtschaftliche Produktion einschränken, was wiederum entgegen dem Unterziel aus SDG 2 zur Bekämpfung von Hunger steht (ebd., S. 10). Auch innerhalb der Gesellschaft selbst ergeben sich Divergenzen durch unterschiedliche oder verschieden stark ausgeprägte moralische Vorstellungen: „Klimakulturelle Vielfalt bietet zahlreiche Chancen für den Klimaschutz, stellt aber auch Hindernisse dar. So kann in Situationen, wo diese Kluft besonders aus-

geprägt ist, Nichthandeln in Widerstand gegen Klimaschutzmaßnahmen umschlagen“ (Kessler & Rau 2023, S. 143). Das Dilemma von Verständnis und Erwartungen an Nachhaltigkeitsbestrebungen findet sich auch bei der Debatte um Soziale Nachhaltigkeit wieder: „Geht es um Unsicherheitsabsorption oder Inklusion? Lieber Innovation oder Konservatismus? Strukturwandel oder Umverteilung im Rückgriff auf die gegenwärtigen Strukturen?“ (Suttner 2023, S. 119).

Hinzu kommt eine „problematischen Zeitwahrnehmung der Moderne, in der sich auch der Nachhaltigkeitsdiskurs wiederfindet“ (ebd., S. 109). An ihr scheitert die Wahrnehmung von Verantwortung für Umweltschäden und -folgen, die mit dem schwindenden Vertrauen in die Zukunft korreliert (ebd.). Denn trotz einer Zuschreibung von Verantwortung sollte innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte ein Vertrauen in die Zukunft gestärkt werden (ebd., S. 110). „Wahrscheinlich fällt soziale Nachhaltigkeit, die soziale und ökologische Synchronisation symbolisieren soll, auch gerade deshalb als problematisch auf“ (ebd., S. 119). Auffällig wird dabei eine scheinbare Konkurrenz (ebd.) ökologischer und sozialer Zeitachsen zu speziellen Themen, die eine dem Nachhaltigkeitsbegriff entsprechende Entwicklung von Maßnahmen erschweren.

II.2.2 Interdisziplinarität der Nachhaltigkeit

Die drei Säulen der Nachhaltigkeit – ökologisch, ökonomisch und sozial – müssen zusammen gedacht werden. Insbesondere die neueren Nachhaltigkeitsmodelle versuchen, auf eine Gleichrangigkeit der drei Dimensionen (s. Kap. I.1) aufmerksam zu machen. Die Nachhaltigkeitsdebatte ist damit interdisziplinär geprägt. An den Säulen des Sozialen und Ökologischen sollen folgend ein Spannungsfeld dieser gleichrangig zu denkenden Zusammenhänge der Nachhaltigkeitsdimensionen aufgezeigt werden. Der von Bach & Opielka veröffentlichte Beitrag zu dem von DIW, ISÖ und DIFIS konzipierten Workshop „Klima-/Umwelt- und Sozialpolitik in der neuen Legislaturperiode – Probleme und Aufgaben“ beschreibt genau dieses Spannungsfeld. Umweltpolitik und Sozialpolitik sind zwei verschiedene Politikfelder, die unmittelbar miteinander zusammenhängen, jedoch in der politischen Praxis eher disparat behandelt werden (Bach & Opielka 2023, S. 2). Mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und den daraus hervorgegangenen *Sustainable Development Goals* (s. Kap. I.1) werden beide Politikfelder systematisch zusammengeführt (ebd., S. 4). Nicht zuletzt beförderte die Nachhaltigkeitsagenda dadurch „politische und wissenschaftliche Netzwerke, die sich dem Verhältnis von Sozial- und Klimapolitik widmen“ (ebd.).

Bach & Opielka beschreiben eine Exklusion durch soziale Ungleichheit und Klimakrise (ebd., S. 8 ff.). Als eine grundlegende Gemeinsamkeit beider Politikfelder stellen sie die „Kritik der Externalisierung“ (ebd., S. 8/ Opielka 2023, S. 13 ff.), also das Abwälzen von Kosten und Lasten heraus. Sowohl soziale als auch ökologische Folgekosten werden an prekäre Gruppen wie Menschen mit Behinderung, mit Migrationshintergrund, ärmere Bevölkerungsschichten, zukünftige Generationen und den globalen Süden ausgelagert (ebd.). Diese Verteilungsungerechtigkeit von sozio-ökologischen Folgen wird auch anhand des ökologischen Fußabdrucks (s. Kap. I.1) deutlich: Dieser liegt bei der „sozialen Unterschicht signifikant unter dem Fußabdruck der Mittel- und vor allem der Oberschicht“ (ebd., S. 9). Diese Form der Exklusion, die durch die Externalisierung der Folgekosten hervorgerufen wird, ist eine der größten Herausforderungen sozial- und klimapolitischer Entwicklungen (ebd.) in Hinblick auf Nachhaltigkeit. Als Lösungsansatz verweisen Bach & Opielka auf „Internalisierung“ (ebd.) und somit die Übernahme von Normen und Werten in Handlungsstrukturen. In sozialstaatlichen Systemen weist dies auch auf eine Unterscheidung der Wohlfahrtsregime-Typen mit verschiedenen Werten und Normvorstellungen – ob konservativ, sozialdemokratisch, liberal oder garantistisch – hin. Das dies in der Praxis oft komplexer zu betrachten ist zeigt sich an dem zu Beginn thematisierten *Welfare-Mix* von Deutschland mit der aktuellen Regierung der Ampel-Koalition (s. Kap. I.1).

Anhand zweier Beispiele soll aufgezeigt werden, was das Zusammendenken von Umwelt- und Sozialpolitik in der Politikgestaltung bedeutet. Das erste Beispiel bezieht sich auf die CO₂-Bepreisung und die Einführung einer Klimaprämie. Hohe Energiepreise können zu Energiearmut bei niedrigem Einkommen und für Menschen in prekären Lebenssituationen führen (ebd., S. 16). Um dem entgegenzuwirken kann die Klimaprämie eine Entlastung herbeiführen. „Sie übersteigt bei geringverdienenden Haushalten die Belastungen durch die CO₂-Bepreisung, bei höherverdienenden Haushalten ist es umgekehrt“ (ebd., S. 13) und kann damit eine gerechtere Verteilung finanzieller Mittel ermöglichen (ebd.). Auch anhand der durch die Klimapolitik gestellten Herausforderungen für die Wohnungspolitik (ebd., S. 20) zeichnen sich Zusammenhänge der Politikfelder ab. Durch die geforderte „energetische Sanierung“ (ebd.) kommt es zu einem hohen Kostenaufwand und einer „Verschlechterung der Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Wohnraum“ (ebd.). Die Entwicklung hin zu klimaneutralem Wohnraum muss daher auch sozialpolitische Fragestellungen abwägen und mit klimapolitischen Maßnahmen vereinbar machen.

II.2.3 Nachhaltigkeitsrecht

Ein weiterer Aspekt, der in dem Buch „Dilemmata der Nachhaltigkeit“ angesprochen wird, ist die rechtliche Verankerung der Nachhaltigkeitsagenda. Denn auch rechtliche Rahmenbedingungen bilden eine wichtige Grundlage für die Entwicklung von Maßnahmen bis hin zu ihrer Umsetzung. „Konkret handelt es sich um den Versuch, Dilemmata der Nachhaltigkeit, wie sie sich derzeit auf der rechtlichen Ebene stellen, zu überwinden“ (Beham 2023, S. 311). Recht lässt sich dabei „als Instrument zur Umsetzung politischer Zielsetzungen“ (ebd., S. 312) in Bezug auf die Nachhaltigkeitsziele der »Agenda 2030« (s. Kap. I.1) verstehen. Damit unterliegt auch die rechtliche Ebene der Herausforderung, Ökologische, Ökonomische und Soziale Nachhaltigkeit gleichzeitig und miteinander zu denken (ebd.).

Am Beispiel der Europäischen Union zeichnen sich versuche ab, nachhaltige Entwicklungen rechtlich zu verankern. Der EU-Vertrag schreibt die Hinwirkung „auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität“ (Art. 3 Abs. 3 Satz 2 EUV) fest. Zudem wurde im Jahr 2021 der *European Green Deal* verabschiedet, der vor allem durch die Etablierung von Maßnahmen in den Bereichen Mobilität, Handel, Industrie sowie Land- und Forstwirtschaft ein klimaneutrales Europa bis 2050 als Ziel setzt (Sabato et al. 2021, S. 23). Ebenso stellt die „anhaltende Debatte um die Senkung von CO₂-Emissionen [...] Umweltschutz als Säule nachhaltiger Entwicklung ins Zentrum“ (Beham 2023, S. 314). Auch wenn die Zentrierung der ökologischen Nachhaltigkeitsdimension sinnvoll erscheint, kann diese allein aufgrund ihrer Kontroverse einer gleichrangigen Behandlung aller Säulen der Nachhaltigkeit (s. Kap. I.1) kritisiert werden. Nachhaltigkeitsrecht sollte vielmehr die Aufgabe haben, ökologische, ökonomische und soziale Maßnahmen und Folgewirkungen in ihrer komplexen Verbindung untereinander zu betrachten – und somit nachhaltige Standards dieser drei Säulen sicherzustellen. Damit zeigt sich auch für ein Recht der Nachhaltigkeit die Hürde der Interdisziplinarität unterschiedlicher Rechtsfelder.

Eine weitere große Schwierigkeit des Nachhaltigkeitsrechts ist der Mehrebenen-Bezug, dem die Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen unterliegt. Die über das internationale Bündnis entstandenen *Sustainable Development Goals* unterliegen „Regulierungsbemühungen über verschiedene Ebenen und Akteure“ (ebd., S. 316) hinweg. Etwaige Bestimmungen werden

„vom Völkerrecht über das Unionsrecht bis in die einzelnen innerstaatlichen Rechtsordnungen hinein, bei föderalen Strukturen zudem über Bund, Länder und Kommunen“ (ebd.) bestimmt. Die Zielsetzungen der Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen agieren dabei nur als Richtlinie und wirken damit eher abstrakt. Die tatsächliche Umsetzung nachhaltiger Entwicklungen durch die Politik liegt dabei eher auf nationaler Ebene. Anhand von Bemühungen nachhaltiger Stadtentwicklungen (s. Kap. II.1) zeigt sich, dass sich die konkrete Etablierung von Maßnahmen in der Praxis insbesondere auf kommunaler Ebene abspielt. Diese wiederum werden natürlich durch Vorgaben der rechtlich darüberstehenden Ebenen beeinflusst. Nachhaltigkeitsrecht ist damit strukturell komplex verwoben.

II.2.4 Schlussfolgerungen für eine Beteiligungskultur

Zugeschriebene Verantwortung und mangelndes Vertrauen in die Zukunft (s. Kap. II.2.1) können zu Diskrepanzen und einer Ablehnung der Nachhaltigkeitsziele unter bestimmten Bevölkerungsgruppen führen, insbesondere wenn diese zu Erfahrungen einer fehlenden Selbstwirksamkeit führen (Kessler & Rau 2023, S. 144). „Erlebte Einschränkungen in der Selbstwirksamkeit aufgrund von finanziellen Nöten, Zeitdruck oder (scheinbar) mangelnder Kompetenzen und Fähigkeiten im Umgang mit dem komplexen Problem des Klimawandels spielen hier eine zentrale Rolle und werden durch die privilegierte Haltung der Eliten teilweise noch verstärkt“ (ebd.). Auch in Bezug auf deliberative Verfahren greifen die dargestellten Probleme, wenn es um die Erarbeitung von Nachhaltigkeitsentscheidungen in ihren komplexen rechtlichen und interdisziplinären Rahmenbedingungen geht. Oft werden auch hier spezielle Themen fokussiert, die sich größtenteils nur auf eine der Nachhaltigkeitssäulen beschränken. Ein Gegenbeispiel dafür zeigt der nationale Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ in Deutschland auf. An ihm zeichnet sich eine Beachtung aller drei Dimensionen ab. Die erarbeiteten Empfehlungen beleuchten ökologische Aspekte wie Tierwohl, Regionalität und Lebensmittelverschwendung, soziale Aspekte wie ein gesundes und ausgewogenes Essen in Schulen und Pflegeeinrichtungen, das für alle Bevölkerungsschichten sichergestellt ist und auch ökonomische Aspekte in Bezug auf die Lebensmittelindustrie (Mehr Demokratie 2024).

Aber auch, wenn alle drei Säulen der Nachhaltigkeit in der deliberativen Entscheidungsfindung eingebettet sind, gibt es weitere Probleme bei der Umsetzung der Empfehlungen. Obwohl die Deliberation mit der Gesellschaft zu politischen Entscheidungen die Legitimität in Demokratien stärkt (s. Kap. I.3 & Kap. II.1), ist eine rechtliche Verankerung von Bürgerräten nicht gegeben.

Das heißt, dass daraus resultierende Empfehlungen nicht rechtlich bindend sind und somit in sich selbst ein Legitimitätsproblem durch fehlende Stabilität in der Politikformulierung aufweisen. Dies kann am Beispiel eines deliberativen Verfahrens in einem Wohnviertel mit hoher Kriminalität in New York aufgezeigt werden, das innerhalb des Aktionsplans des amtierenden Bürgermeisters durchgeführt wurde (MacDonald-Nelson et. al 2024, S. 84). Ziel des Projekts war die Herstellung von Sicherheit innerhalb der Nachbarschaft. Jeder Wohnabschnitt des Stadtviertels wurde in Kleingruppen unterteilt, an denen die jeweiligen Bewohner*innen partizipierten (ebd.). Das Projekt zielte nicht nur auf Empfehlungen der Kleingruppen, sondern stellte ihnen jeweils ein Budget von \$50.000 für die Umsetzung zur Verfügung. Das Projekt zeigt innovativ, wie aktive Partizipation innerhalb mehrerer Phasen des Politikzyklus gestaltet werden kann – jedoch wurde im Januar 2023 ein neuer Bürgermeister gewählt, wodurch das Projekt in der Phase der Implementierung nicht weiterverfolgt und abgebrochen wurde (ebd., S. 85). Das Scheitern des Projektes zeigt einen wichtigen Faktor für deliberative Prozesse auf: Sie dürfen nicht an Legislaturperioden einzelner Politiker oder Parteien gebunden sein. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Stakeholder und Entscheidungsträger nicht durch die Vorgabe von Meinungsbildern Einfluss nehmen (s. Kap. I.3). Eine politische Anbindung und der Einbezug von Stakeholdern ist für die Umsetzung der Empfehlungen dennoch wichtig, die Bürgerbeteiligung sollte jedoch von parteilosen Organisationen organisiert und durchgeführt werden. Diese Hürden müssen durch Elemente der Qualitätssicherung deliberativer Verfahren (s. Kap. II.1) sichergestellt werden. Ein weiteres Problem von Bürgerbeteiligung in Bezug auf Nachhaltigkeit entsteht durch den rechtlichen Mehrebenen-Bezug, der die Politikgestaltung über Staatsgrenzen hinweg erschwert. Empfehlungen auf EU- oder globaler Ebene sind in ihrer Umsetzung eher abstrakt und undurchsichtig bezüglich ihrer Wirksamkeit.

Teilhabemöglichkeiten und darin verankerte Wirksamkeitserfahrungen sind jedoch von zentraler Bedeutung für Verantwortungsempfinden und Vertrauensbildung in die Zukunft. Dies zeigt sich am Beispiel des Strukturwandels zum Braunkohleausstieg. Ein Vergleich des Rheinischen Reviers und der Lausitz macht darauf aufmerksam, dass der Einbezug zivilgesellschaftlicher Interessen „entscheidend für die Zufriedenheit mit dem Entscheidungs- und Transformationsprozess“ (Schröder 2024) ist. Ebenso wichtig ist die „Akteurszusammenarbeit“ (ebd.) und das „Engagement der Wissenschaft“ (ebd.). Der Vergleich beider Regionen, bei dem die Bevölkerung der Lausitz wesentlich mehr Verlustängste in Befragungen angibt, ver-

weist auf die Bedeutung einer Stakeholder-Vernetzung mit Einbezug zivilgesellschaftlicher Interessen für „das Vertrauen in die demokratische Gestaltung der Entscheidungsfindung“ (ebd.). Fehlende Partizipationsmöglichkeiten führen zu einer Verantwortungsabgabe an den Staat (s. Kap. I. 3) durch „moralische Loslösung“ (Kessler & Rau 2023, S. 131). Auch im weitergefassten Engagement sind Teilhabechancen ungleich verteilt, was dazu führt, dass sich strukturell benachteiligte Menschen unterdurchschnittlich engagieren (s. Kap. I.2). In rein formellen Engagement-Angeboten findet sich überwiegend eine als privilegiert zu bezeichnende Bevölkerungsschicht (Schloten & Jepkens 2022, S. 112). „Demgegenüber zeigt sich bei [informellen, niederschweligen Engagementformen] ein heterogeneres Bild von Engagierten, indem sowohl privilegierte als auch strukturell sozial benachteiligte, ausgeschlossene oder marginalisierte Menschen vertreten sind“ (ebd.). Für Engagement und Beteiligung in Bezug auf Soziale Nachhaltigkeit verweist dies auf die Problematik einer Verteilungsungerechtigkeit von Partizipation. Hier müssen Wege gefunden werden, die alle Bevölkerungsschichten in jegliche Partizipationsformate integrieren und teilhaben lassen. Eine Beteiligungskultur, die sozial benachteiligte Menschen und marginalisierte Gruppen ausschließt, wäre kontrovers der Grundidee von Sozialer Nachhaltigkeit. Demnach gilt es, bei „Zielkonflikten, Zeitkonflikten, Interessenkonflikten, Konflikten zwischen unterschiedlichen Wissensformen und Konflikten zwischen Nachhaltigkeitsverständnissen handlungsfähig zu bleiben“ (Henkel et al. 2023, S. 11).

II.3 Demokratische Förderung Sozialer Nachhaltigkeit

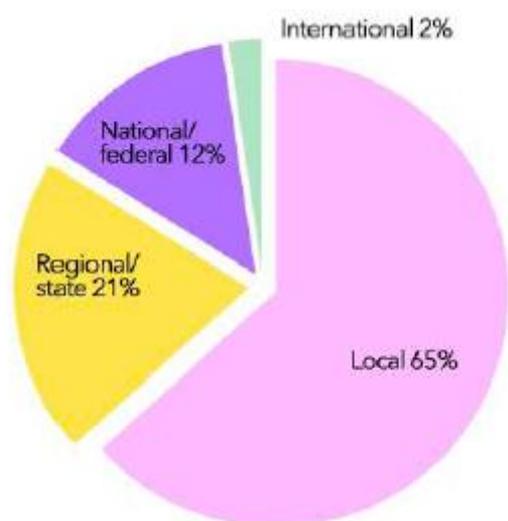
Zuvor wurden verschiedene Hindernisse und Hürden in Bezug auf die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele allgemein und mit einem Blick auf Bürgerbeteiligung aufgezeigt. Betrachtet man zivilgesellschaftliche Partizipation als Beitrag zur Verwirklichung (Sozialer) Nachhaltigkeit stellen sich damit weiterhin die Fragen: Wie können sozial nachhaltige Prozesse und Entwicklungen in demokratischen Systemen gefördert werden? Und welche Zugänge braucht Partizipation bezüglich politischer Beteiligungsformate und Engagement, um jene Transformationsprozesse zu stützen? Für eine Auseinandersetzung mit diesen Fragestellungen beschäftigt sich dieser Abschnitt zunächst mit den verschiedenen politischen Ebenen (s. Kap. II.2) einer Beteiligungskultur nach dem von Gary Marks, Liesbeth Hooghe und Kermit Blank entwickelten Konzept der *Multi-Level-Governance*. Der politikwissenschaftliche Ansatz wurde zur Analyse des Mehrebenen-Systems der EU entwickelt. Ausgehend von praktischen Bezügen der Stadt-

und Kommunalpolitik (s. Kap. II.1) werden dadurch Rückschlüsse auf nationaler, EU- und internationaler Ebene möglich. Des Weiteren wird die Interdisziplinarität (s. Kap. II.2) der Nachhaltigkeitsagenda erneut aufgegriffen und in Zusammenhang mit zivilgesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten diskutiert.

II.3.1 Bürgerbeteiligung im politischen Mehrebenensystem

Bürgerräte wurden bislang in mehr als 120 Ländern durchgeführt (Krenzer & Socher 2024, S. 20). Sie werden „auf allen politischen Ebenen, von der kleinen Kommune bis zur globalen Ebene“ (ebd.) umgesetzt (Abbildung 6). „Wie genau kann eine so ausdifferenzierte moderne Gesellschaft im Mehr-Ebenen-System – bis hin zur Europäischen Union (EU) und UN – gesteuert werden?“ (Bach & Opielka 2023, S. 10).

Abbildung 6: Deliberative Verfahren nach politischer Ebene



Quelle: MacDonald-Nelson et al. 2024, S. 42

Das Tortendiagramm zeigt die von 1986-2023 durchgeführten deliberativen Verfahren auf den unterschiedlichen politischen Ebenen (Abbildung 6). Es macht sichtbar, dass Bürgerräte bisher insbesondere in Kommunen und Städten eingesetzt werden. Die Anzahl der durchgeführten Verfahren nimmt ab, desto höher die politische Ebene. Dabei ist jedoch zu beachten, dass es wesentlich mehr Kommunen gibt, in denen diese Form der Partizipation umgesetzt werden

kann. Denn Länder bestehen aus zahlreichen Kommunen und mehreren Regionen. In Deutschland werden Bürgerratsverfahren in der Datenbank Bürgerräte erfasst (Mehr Demokratie/ IDPF 2024, S. 7). Die erfassten Verfahren von Bürgerbeteiligung müssen dabei vier Kriterien erfüllen: *erstens* die Zufallsauswahl der Teilnehmer*innen, *zweitens* die Verhandlung eines politischen Themas, *drittens* Deliberation in Form von Gruppendiskussionen und *viertens* aus den Diskussionen erstellte politische Empfehlungen (ebd.). In dem Bürgerratsbericht 2024 von Mehr Demokratie und dem Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF) der Bergischen Universität Wuppertal wurde ebenfalls eine Mehrheit der deliberativen Verfahren auf kommunaler Ebene festgestellt. Im Vergleich fanden 80 Prozent der Bürgerratsverfahren auf kommunaler und 20 Prozent auf Landes- oder Bundesebene statt (ebd., S. 11).

Hinzu kommen unterschiedliche Aspekte der Wirkungsweisen und Möglichkeiten deliberativer Prozesse auf den verschiedenen politischen Ebenen. „Ideen und Ideologien brauchen Akteure“ (Opielka 2017, S. 84). Um eine nachhaltige Transformation anzustoßen ist zivilgesellschaftliche Partizipation unerlässlich (s. Kap. I.2 & Kap. I.3), denn Gesellschaftstransformation kann nicht allein von politischen Entscheidungsträgern und Stakeholdern gesteuert werden. Die Verwirklichung von Nachhaltigkeitsbestrebungen beginnt dabei in Kommunen und Städten (ebd.). Dies verdeutlicht auch die zunehmende urbane Bevölkerung, denn bis zum Jahr 2050 wird erwartet, dass sieben aus zehn Personen in Städten leben (s. Kap. II.1). Stadtentwicklung ist damit etwas, das einen Großteil an Menschen direkt betrifft (MacDonald-Nelson et al. 2024, S. 13). Lokale Entscheidungen haben einen direkten Einfluss auf die dort lebende Bevölkerung, was eine Teilhabe durch Engagement als auch politischer Partizipation im Vergleich zu beispielsweise nationaler Beteiligung vereinfacht (ebd., S. 42). Wirksamkeitserfahrungen bei kommunalen Bürgerräten sind hoch, da sie „unmittelbar vor Ort erfahrbar“ (Krenzer & Socher 2024, S. 15) und in der Umsetzung der Empfehlungen direkt nachvollziehbar sind (ebd.). Die Herausforderungen von Städten stehen nicht nur miteinander in unmittelbarem Zusammenhang, sondern sind ebenso auf Städte weltweit übertragbar. Auch wenn sich die Nuancen der Problemlagen in verschiedenen Städten unterscheiden, wiederholen sich Themen wie Wohnungsnot, Armut und Bildungschancen. Ein Blick auf jene Themen zeigt ebenso den Schwerpunkt Sozialer Nachhaltigkeit auf. Um städtische Transformationsprozesse mit Bestrebungen hin zu Sozialer Nachhaltigkeit durch Armutsbekämpfung und gleichberechtigte Bildungschancen anzustoßen, braucht es eine Reaktion durch Strategien und politische Maßnahmen. Damit diese bedarfsgenau herausgearbeitet und etabliert werden können, benötigt es deliberative

Prozesse, die die Gesellschaft repräsentativ mit einbeziehen. Ein interessantes Beispiel dafür ist *Helsinki's Neighbourhoods Association* – kurz Helka. Die im Jahr 1964 gegründete Nichtregierungs-Organisation bringt Gesellschaft, lokale Stakeholder und städtische Entscheidungsträger zusammen (Helka 2010). Dadurch konnte ein stadtweites Netzwerk entstehen, das nachhaltige Entwicklung unter fairen, gleichberechtigten Bedingungen ermöglicht (ebd.).

Auch regionale Bürgerräte, in Deutschland also auf Ebene der Bundesländer, können zu ähnlichen Wirksamkeitserfahrungen führen. Sie spielen eine wichtige Rolle, um städtische Perspektiven mit dem Umland und ländlichen Regionen in Einklang zu bringen. Dabei sollte ein Augenmerk darauf liegen, die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung gleichberechtigt zu berücksichtigen und sowohl Stadtentwicklung als auch Entwicklungen kleiner Kommunen einzubeziehen. Ein wichtiger Aspekt im deutschen Föderalismus ist außerdem die Bildungspolitik, die auf Ebene der Bundesländer variiert und damit einen Entscheidungsspielraum mit zivilgesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten eröffnet. Dem Bürgerratsbericht 2024 zu Folge sind im deutschen Bundesländervergleich Nordrhein-Westfalen mit 25,3 Prozent und Baden-Württemberg mit 23 Prozent „die Hochburgen losbasierter Bürgerbeteiligung“ (Mehr Demokratie/IDPF 2024, S. 7). „Eher selten finden Verfahren in Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Thüringen mit rund 1,7 Prozent sowie Bremen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein mit jeweils 1,12 Prozent statt“ (ebd.). Im Saarland und dem Stadtstaat Hamburg wurden sogar gar keine Bürgerrechtsverfahren erfasst (ebd., S. 11).

Ist von Sozialer Nachhaltigkeit die Rede, so kommt der nationalen Sozialpolitik ein besonderer Stellenwert zu. Wohlfahrtsstaatliche Entscheidungen zu Verteilungsgerechtigkeit – hier sind beispielhaft die Einführung des Bürgergelds, einer Klimaprämie (s. Kap. II.2), oder das Wohngeld zu nennen – unterliegen einem Legitimitätsdruck. „Ohne Legitimität wird Regulierung als Herrschaftspraxis wahrgenommen und nach Möglichkeit unterlaufen“ (Opielka 2017, S. 83). Die politische Partizipation von Bürger*innen auf nationaler Ebene bezieht verschiedenste Perspektiven aller Bevölkerungsschichten mit ein (Kap. II.1). „Die Verfolgung sozialer wie ökologischer Nachhaltigkeitsziele ist ohne gesamtgesellschaftliche Bündelung und Professionalisierung nicht erfolgreich“ (ebd., S. 84). An dieser Stelle möchte ich erneut den Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ aufgreifen (s. Kap. II.2). Er zeigt nicht nur, dass deliberative Verfahren auch interdisziplinäre Zusammenhänge bearbeiten können (s. Kap. II.2), sondern auch, wie wichtig Wirkungserfahrungen sind. Dies wird in zweierlei Hinsicht deutlich: Einmal in Hinsicht auf die

politische Wirkung der erstellten Empfehlungen. „Nehmt euch das Bitte zu Herzen“ (Rippenberger 2024, S. 2) sagte eine der Teilnehmer*innen des Bürgerrats bei der Übergabe an die Abgeordneten des Bundestags. Nur eine Minderheit der Teilnehmenden glaubt, dass die Empfehlungen durch die Politik umgesetzt werden (ebd.). Umso wichtiger ist daher ein transparenter Umgang mit den Empfehlungen und ihrer Umsetzung, damit Bürger*innen politische Wirksamkeit erfahren. Zweitens machen Teilnehmer*innen subjektive Wirksamkeitserfahrungen. Fast 90 Prozent sehen die Teilnahme als positive persönliche Erfahrung an (ebd.), was wiederum Interesse und weiteres Engagement fördert (s. Kap. II.1).

Auch auf Ebene der Europäischen Union werden deliberative Prozesse etabliert. Diese agieren jedoch bisher meist als Richtlinien und weisen eine geringere politische Wirksamkeit in Bezug auf eine rechtliche Verankerung von Empfehlungen auf (s. Kap. II.2). Dennoch erscheint es in Bezug auf die Nachhaltigkeitsziele sinnvoll, diverse Bürger*innen aus den unterschiedlichen Mitgliedsstaaten in die Entwicklung von Strategien einzubeziehen und so die Zukunft der EU mitgestalten zu lassen. Auch führt dies zu einer Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und ermöglicht so Zielsetzungen im Interesse der EU-Bürger*innen. Genau damit beschäftigte sich das erste Bürgerforum der EU „im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas“ (Mehr Demokratie 2021). „Es gab vier europäische Bürgerforen, denen jeweils 200 Bürgerinnen und Bürger angehörten“ (ebd.). Ausgelost wurden Teilnehmer*innen ab einem Alter von 16 Jahren mit dem Ziel, die Vielfalt der EU nach den Kriterien geografischer Herkunft (Staatsangehörigkeit und Stadt/Land), Geschlecht, Alter, sozioökonomischer Hintergrund und Bildungsstand widerzuspiegeln (ebd.). Bearbeitet wurden unter anderem Themen wie eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Bildung, Europäische Demokratie, sowie Klimawandel und Umwelt (ebd.). Auch hier zeigt sich, dass Bürgerräte durchaus das Potential haben, Nachhaltigkeit interdisziplinär zu betrachten.

Die *Sustainable Development Goals* sind aus dem internationalen Zusammenschluss der Vereinigten Nationen heraus entstanden (s. Kap. I.1). Die Debatte der Globalisierung hat klar Optimisten wie auch Pessimisten. Nachhaltigkeit ist jedoch ein global zu bearbeitendes Konzept. Dies wird insbesondere an den Klimazielen deutlich, da Klimapolitik ein abgeschottetes Denken einzelner Nationen nicht zulässt und sich global unmittelbar untereinander bedingt. „Keine moderne Gesellschaft kann als Insel sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit existieren“ (Opielka 2017, S. 84). Vielmehr braucht es eine Weltgemeinschaft, die sich gemeinsame Ziele

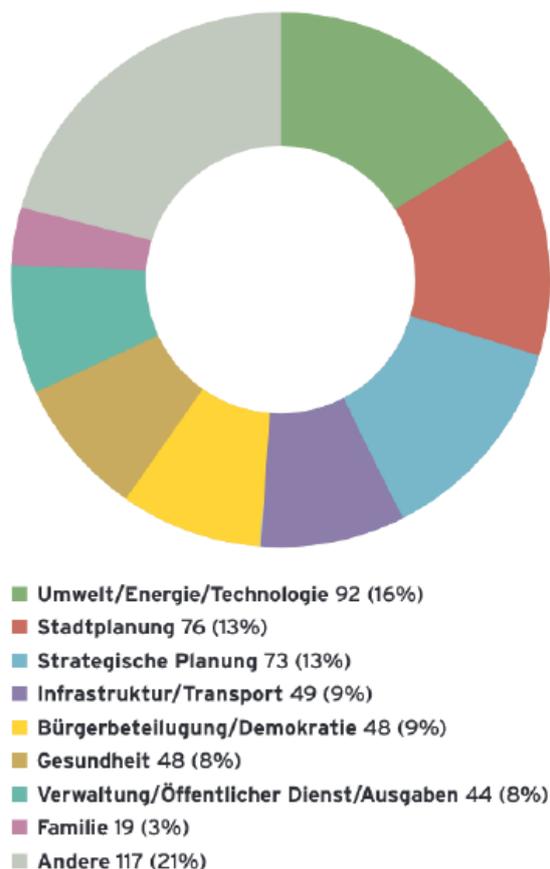
eines nachhaltigen Umdenkens setzt. Internationale Einflüsse können als Antrieb entsprechender Maßnahmen genutzt werden (ebd.) und verknüpfen die verschiedenen politischen Ebenen miteinander. „Die normative Umsetzung der SDGs erfolgt bereits heute im rechtlichen Querschnitt zwischen Völkerrecht, Europarecht und innerstaatlichem Recht“ (Beham 2023, S. 318). Damit zeigt sich eine Verzahnung rechtlicher Normen im Mehrebenensystem. Die Partizipation von Bürger*innen durch Engagement, sowie politisch, ist nur schwer greifbar. Internationale NGOs ermöglichen jedoch formelles Engagement in unterschiedlichen Projekten, durch Petitionen oder über Spenden. Ein gleichberechtigter Zugang ist hierbei dennoch unrealistisch. Deliberative Verfahren zum Klimaschutz und zu Genmanipulation wurden bereits auf internationaler Ebene durchgeführt. Es ist aber zu bezweifeln, dass dabei eine global repräsentative Bevölkerung abgebildet werden kann. Dennoch können innovative Partizipationsmöglichkeiten das Gefühl einer Weltgemeinschaft und die Zusammenarbeit an nachhaltigen Zielsetzungen stärken.

II.3.2 Interdisziplinarität innerhalb einer Beteiligungskultur

Für eine gesamtgesellschaftliche „Transformation [...] in Richtung Klimaneutralität und sozialer Gerechtigkeit“ (Bach & Opielka 2023, S. 11) muss eine Beteiligungskultur geschaffen werden, die eine möglichst gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. Dabei ist eine „Multi-Stakeholder-Vernetzung von Wissenschaft, Politik und Verbänden [...] zukunftsweisend, allerdings auch [...] komplex“ (ebd., S. 24). Ein Zusammenschluss von Organisationen aus verschiedenen Bereichen ist für formelles und informelles Engagement ein Gewinn. So können verschiedene Aspekte eines bestimmten Themenfeldes aus ökologischer, sozialer und ökonomischer Sicht aufgegriffen werden. Ein bewusster Zusammenschluss von Sozial- und Klimaverbänden fördert strategisch das Ziel, ökologische Nachhaltigkeit nicht von der Sozialen Frage loszulösen. Ein passendes Beispiel dafür zeigt sich anhand der Forderung einer Mobilitätswende in Deutschland. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und die Klimabewegung *Fridays for Future* schlossen sich im Jahr 2020 für bessere Arbeitsbedingungen und Klimaschutz im ÖPNV zusammen (ver.di 2023). „Unter dem Motto „Wir fahren zusammen“ haben ver.di und FFF eine gemeinsame Kampagne gestartet, einschließlich einer Petition“ (ebd.). Damit konnte eine Bewegung aufgebaut werden, die für Klimaschutz einerseits und soziale Gerechtigkeit andererseits kämpft. Der Zusammenschluss plädiert auf einen politischen Handlungsdruck. Daraus begründete sich zudem das Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende, bei dem neben ver.di bei-

spielsweise der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) beteiligt sind (ebd.). Das Bündnis aus Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden erstellte 2021 „Handlungsempfehlungen für eine sozial gerechte und ökologische Mobilitätswende“ (ebd.). Ein Teil dieser Empfehlungen thematisiert „eine Veränderung der Mobilitätskultur“ (ebd.). Weiter heißt es, dass es für eine Transformation der Mobilität Akzeptanz der Bürger*innen braucht, was nur durch eine Beteiligung der Bevölkerung erreicht werden kann. Der Zusammenschluss von Organisationen und Verbänden zeigt zum einen die Wichtigkeit von Interdisziplinarität in Engagement, um nachhaltige Transformationsprozesse anzustoßen. Zum anderen wird auch hier die Forderung von Partizipationsmöglichkeiten für Entscheidungen angesprochen.

Abbildung 7: Themen deliberativer Verfahren weltweit



Quelle: Krenzer & Socher 2024, S. 48

Auch politische Beteiligungsverfahren wurden bereits zu unterschiedlichsten Themen aller drei Säulen von Nachhaltigkeit durchgeführt. Die Datenbank der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) zeigt dabei jene Themenvielfalt auf (Abbildung 7). Dabei „wurden

besonders viele Verfahren zu den Themen Umwelt, Energie und Technologie sowie der Stadtplanung registriert“ (Krenzer & Rau 2024, S. 48). Die Vielfalt der weltweit deliberativ bearbeiteter Themen zeigt, dass Bürger*innen fähig sind, sich verschiedensten Sachverhalten anzunehmen. Auch in Deutschland fanden die meisten Bürgerratsverfahren zum Thema Stadtplanung statt (Mehr Demokratie/ IDPF 2024, S. 17 f.). Weitere häufig bearbeitete Themen bei deutschen Bürgerräten beziehen sich auf Bürgerbeteiligung und Demokratie selbst, auf Klima und Umwelt, Soziales und Nachhaltigkeit (ebd., S. 18). Klima- und Sozialpolitik brauchen für eine gelingende Transformation Resilienz (Bach & Opielka 2023, S. 11). „In Demokratien setzt dieser Umbau Legitimität voraus“ (ebd.). Einer der zentralen Aspekte von deliberativer Demokratie, die sich der Legitimität aus der Gesellschaft heraus bedient (s. Kap. I.3 & Kap. II.1). Auch für eine nachhaltige Transformation ist die gesellschaftliche Perspektive unerlässlich. „Sollen Nachhaltigkeitsprojekte wie z.B. effektiver Klimaschutz in Zukunft gelingen, müssen diese als gesamtgesellschaftliche Projekte auf- und umgesetzt werden (Kessler & Rau 2023, S. 145). Dafür benötigt es ein „tiefes Verständnis der beteiligten Akteure und einen innovativen Ansatz“ (Bach & Opielka 2023, S. 11). Bürgerbeteiligung kann in seinen verschiedenen Formaten demokratische Prozesse innovativ fördern und stärkt dabei ein Verständnis über Entscheidungen und beteiligte Stakeholder innerhalb der Gesellschaft. Sozialpolitisch wäre ein solch innovativer Ansatz eine garantistische Sozialpolitik, die nicht nur sozial schwächeren Menschen zugutekommt, sondern auch lebenslanges Lernen fördert (ebd.). Bürgerbeteiligung kann dabei als Antriebskraft des lebenslangen Lernens wirken (s. Kap. I.3). Deliberative Verfahren wie Bürgerräte, die als eine Erweiterung politischen Engagements und Motivation für weitere Beteiligung betrachtet werden können, erweitern die Teilhabechancen der Gesellschaft. Nicht nur die einzelnen Dimensionen von Nachhaltigkeit, sondern auch die verschiedenen Formen einer Beteiligungskultur müssen dabei in ihren Zusammenhängen betrachtet und gefördert werden. Ein Zusammenschluss verschiedener Akteure und Organisationen ermöglicht nicht nur eine interdisziplinäre Betrachtung von Themen im Sinne der Nachhaltigkeit, sondern auch vielfältige Teilhabemöglichkeiten.

II.4 Die Rolle von Sozialer Arbeit

Was hat Soziale Arbeit damit zu tun? An dieser Stelle möchte ich die Professionsdebatte aufgreifen und mit den Überlegungen zu Nachhaltigkeit in Verbindung mit zivilgesellschaftlicher

Partizipation erweitern. Nicht nur findet sich Soziale Arbeit, wie ihr Name schon sagt, in sozialen Themenschwerpunkten wieder und damit auch in Sozialer Nachhaltigkeit als Handlungsfeld. Interdisziplinarität kann als Stärke Sozialer Arbeit herausgestellt werden, die sich mit vielen verschiedenen Disziplinen als Teilbereiche bedient. Interdisziplinarität ist damit eine Stärke der Profession, die stets einen Blick auf diverse Perspektiven legt (Pavani & Ganugi 2024, S. 3). Des Weiteren wird Anhand des von Staub-Bernasconi aufgestellten Tripelmandats als zentraler Handlungsleitsatz deutlich, dass Soziale Arbeit zwischen Spannungsfeldern vermittelt. Menschenrechte, staatliche Rahmenbedingungen und Aufträge, sowie die Bedürfnisse einzelner Menschen oder Bevölkerungsgruppen müssen in Verbindung miteinander betrachtet werden. Soziale Arbeit ist also auch ein Bindeglied dieser Dimensionen und ermöglicht einen professionellen Austausch zwischen staatlichen Institutionen und der Gesellschaft (Pavani & Ganugi 2024, S. 4). „Bürgerräte wurden von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern (insbesondere Peter Dienel, Ned Crosby und James Fishkin) entwickelt, bedienen sich sozialwissenschaftlicher Methodik (Zufallsauswahl, Repräsentativitätsanspruch) und erfahren großes wissenschaftliches Interesse - insbesondere in den partizipativ-deliberativ orientierten Teilen der Politikwissenschaft“ (Mehr Demokratie/IDPF 2024, S. 36).

Auch im Rahmen der Aktivierung und Förderung von Engagement kann Soziale Arbeit unterstützend wirken. Faktoren wie gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, institutionelle Wirksamkeitserfahrungen und subjektive Ressourcen (s. Kap. I.2) müssen für Möglichkeiten von formellem Engagement bedacht werden. „Hieraus ergibt sich für Organisationen, die Engagement ermöglichen und fördern möchten, die Aufgabe, dieses so zu gestalten, dass vorhandene Ausschlüsse nicht reproduziert werden und stattdessen möglichst vielfältige und niedrigschwellige Teilhabemöglichkeiten geschaffen werden“ (Scholten & Jepkens 2022, S. 120). Es müssen Anreize geboten werden, die zu Engagement motivieren. Dafür ist auch der Ausbau einer Infrastruktur von Engagement bezüglich Organisationen, Netzwerkpartnern und der Gesellschaft bedeutend (Von Hauff 2010, S. 7). Ebenso gehört zur Festigung einer Beteiligungskultur eine Anerkennungskultur (ebd.). Dies gelingt beispielsweise durch Preise für besonderes Engagement (s. Kap. I.2), der Organisation von Festen für Beteiligung oder Demokratie (MacDonald-Nelson et al. 2024, S. 35) oder der Aussprache von Wertschätzung. Auch im Rahmen von deliberativen Prozessen können Netzwerke geschaffen werden, die über den Abschluss dieser Prozesse hinaus gehen und Engagement im jeweiligen Themenfeld weiterhin bestärken (ebd.). Bedeutend ist dabei auch die Vernetzung unterschiedlichster politischer und

wissenschaftlicher Akteure und institutioneller Stakeholder. Der Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen unterschiedlicher Felder (s. Kap. II.3) zeigt dabei die Wichtigkeit einer Vernetzung zu konkreten Themenfeldern auf. Ein interdisziplinäres Stakeholder-Netzwerk ermöglicht einen Aushandlungsprozess, der unterschiedliche Expertisen vertritt und die verschiedenen Säulen von Nachhaltigkeit beachtet.

Ein wichtiger Ausgangspunkt für die Förderung von gesamtgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsbestrebungen ist die Weiterentwicklung inklusiver Maßnahmen, um einer Abwälzung von Verantwortung an politische Akteure und Eliten entgegenzuwirken (Kessler & Rau 2023, S. 143). Damit einher geht auch die Förderung von Wissensvermittlung. „Unterschiede in der Art und Ausprägung der Kluft zwischen Verantwortung und Wissen“ (ebd.) führen zu einer geringen Wirkungswahrnehmung der Bevölkerung. Damit kommt der Bildungsarbeit in Bezug auf demokratische Prozesse und Möglichkeiten, sich für etwas zu engagieren, ein wichtiger Stellenwert zu. So können immer mehr Menschen aktiviert werden, ebenso wie sie einen Anlaufpunkt haben, sich zu informieren und darin bestärkt werden, sich für politische Teilhabe befähigt zu fühlen. Zur Förderung von Engagement für Nachhaltigkeit stellt Leipprand drei Thesen auf, die die bereits angesprochenen Aspekte zusammenfassen (Leipprand et al. 2010, S. 2):

- 1.) **Initiative fördern:** Zur Aktivierung einer Beteiligungskultur braucht es eine strategische Engagementpolitik mit demokratischen Teilhabemöglichkeiten. Dies stärkt das Verantwortungsbewusstsein für Nachhaltigkeit und baut auf die Lösungskompetenz der Zivilgesellschaft für komplexe Problemstellungen.
- 2.) **Netzwerke aufbauen:** Die Vernetzung von Initiativen, Organisationen und wichtigen Stakeholdern haben hohe Priorität. So können Aushandlungsprozesse von Akteuren verschiedener Bereiche geschaffen werden, die auf einen Austausch mit der Zivilgesellschaft ausgerichtet sind.
- 3.) **Praxis ermöglichen:** Lebensbezug durch eine Orientierung am Lebensumfeld und -alltag von Menschen ist zentral für die Stärkung einer Beteiligungskultur. Nur so können diverse Lebensumstände von Menschen beachtet und eine gleichberechtigte Teilhabe gewährt werden. Bürgerengagement für Nachhaltigkeit entfaltet dabei eine „Multiplikatorwirkung“ (ebd.).

Soziale Arbeit hat im Rahmen von Nachhaltigkeit damit die Aufgabe der Aktivierung, Vernetzung und Ermöglichung einer Beteiligungskultur. Dabei sollte es das Ziel sein, alle Menschen,

unabhängig ihres sozioökonomischen Status, individuellen Ressourcen, Gender, Religions- oder Nationszugehörigkeit, durch diverse Angebote mit einzubeziehen. Zudem hat Soziale Arbeit eine vielfältige Methodenkompetenz, Ergebnisoffenheit und Lösungsorientiertheit inne. Damit ist sie auch in Bezug auf die Organisation, Durchführung und Evaluation deliberativer Prozesse interessant. Mit dem Stichwort Engagement-Committee und für Organisationen, die Bürgerräte durchführen (s. Kap. II.1) wären Sozialarbeiter*innen durchaus ein Gewinn. Auch für die Evaluation jener Prozesse mit Blick auf soziale und methodische Faktoren im Forschungsbereich der Sozialwissenschaft kann sie einen Blick auf verschiedene gesellschaftliche Faktoren und nachhaltige Perspektiven ermöglichen.

Empfehlungen und Zukunftsperspektiven

Nachhaltigkeitsbestrebungen unterliegen dem Prozess gesellschaftlicher Veränderungen. Dieser Beitrag legt dabei ein Augenmerk auf die Teilhabe an nachhaltigen Zielsetzungen durch zivilgesellschaftliches Engagement und politische Partizipation. Welche Möglichkeiten und Beteiligungsformen werden benötigt, um (Soziale) Nachhaltigkeit langfristig und von der Bevölkerung ausgehend zu fördern? Zur Beantwortung dieser Frage werden drei zentrale Punkte aus verschiedenen Perspektiven aufgegriffen: (1) Die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Partizipation an nachhaltigen Entwicklungen im gesamten Politikzyklus, (2) das Mehrebenen-system, in dem Nachhaltigkeitsziele wirksam werden sollen und (3) die Zusammenhänge und die damit einhergehende Interdisziplinarität der drei Nachhaltigkeitssäulen mit einem Fokus auf die soziale Dimension.

Dazu werden in **Kapitel I – Grundannahmen** aufgestellt, die den Ausgangspunkt der Diskussion gesellschaftlicher Teilhabechancen in Zusammenhang mit (Sozialer) Nachhaltigkeit darstellen. **Soziale Nachhaltigkeit** (Kap. I.1) ist eine der drei Säulen – ökologisch, ökonomisch, sozial – die das Dach der Nachhaltigkeit tragen. Das Drei-Säulen-Modell bildet sowohl einen konzeptionellen Ausgangspunkt wie auch einen Handlungsapell. Soziale Nachhaltigkeit ist in der Debatte unterschiedlich konzipiert und unterliegt verschiedenen normativen Vorstellungen. Dieser Beitrag fokussiert sich auf ein Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit als gesellschaftliches Transformationsprojekt. Eine Betrachtung der sozialen Dimension ist dabei von sozialstaatlichen Modellen geprägt. Zudem lässt sich Nachhaltigkeit als Mehrebenenprojekt beschreiben, dass durch die von den Vereinten Nationen erstellte »Agenda 2030« mit den *Sustainable Development Goals* gerahmt wird. **Zivilgesellschaftliches Engagement** (Kap. I.2) kann in formelle (institutionelle) und informelle (niederschwellige) Formate unterteilt werden, die unterschiedliche Zugänge aufweisen. Engagement ermöglicht eine Vernetzung von freiwilligen Tätigkeiten zu bestimmten Themen und führt damit zu kollektivem Handeln. Das damit aktivierte Sozialkapital ist für eine gesellschaftliche Umsetzung von Nachhaltigkeit unerlässlich. **Politische Bürgerbeteiligung** (Kap. I.3) als inklusive, repräsentative Partizipation an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen ist in SDG 16 als Unterziel aufgeführt. Deliberative Verfahren wie Bürgerräte können sowohl bei Klimafragen als auch bei sozialpolitischen Themen angewendet werden. Sie fördern gemeinsame Zielsetzungen und damit gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Kapitel 2 – Soziale Nachhaltigkeit in Politik und Zivilgesellschaft beschäftigt sich damit, was und wie zivilgesellschaftliche Partizipation zur Verwirklichung (Sozialer) Nachhaltigkeit beitragen kann. Durch eine Betrachtung von politischer Bürgerbeteiligung in Städten und Kommunen werden **Praktische Bezüge** (Kap. II.1) aufgezeigt. Die Inhaltsanalyse der Texte von zwei NGOs (DemocracyNext & Mehr Demokratie) ermöglicht dabei einen besonders praxisnahen Blick auf zivilgesellschaftliche Partizipation. Durch eine kategorische Betrachtung werden Themen kommunaler Nachhaltigkeit, Teilhabemöglichkeiten an der Nachhaltigkeitsdebatte sowie Ansatzpunkte und Qualitätselemente von Partizipation deutlich. Ausgehend davon werden Hürden für eine Verwirklichung (Sozialer) Nachhaltigkeit durch zivilgesellschaftliche Partizipation als **Problemdarstellung der Umsetzung** (Kap. II.2) thematisiert. Kontroverse Nachhaltigkeitsverständnisse, die Interdisziplinarität der Säulen als Spannungsfeld, die Komplexität eines Nachhaltigkeitsrechts und die Problematik einer Verteilungsgerechtigkeit innerhalb einer Beteiligungskultur werden dabei diskutiert. Dies ermöglichte folglich die Betrachtung einer **Demokratischen Förderung von Nachhaltigkeit** (Kap. II.3), die jene Hindernisse mit im Blick hat. Es wurde gezeigt, dass Nachhaltigkeitsziele nicht nur als internationale Agenda oder in Städten und Kommunen ausreichen. Vielmehr bedingen sich die verschiedenen politischen Ebenen untereinander, wobei sie unterschiedliche Rahmenbedingungen mit verschiedenen Wirkungsmöglichkeiten aufweisen. Zudem fördert der Zusammenschluss von Organisationen und Akteuren verschiedener Bereiche die Interdisziplinarität und damit eine Beachtung aller Dimensionen von Nachhaltigkeit. **Die Rolle von Sozialer Arbeit** (Kap. II.4) für die Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen durch zivilgesellschaftliche Partizipation liegt dabei in der Aktivierung, Vernetzung und Ermöglichung einer inklusiven Beteiligungskultur.

Wie zu Beginn erwähnt erweitert diese Arbeit frühere Überlegungen zum Thema Sozialpolitik und Demokratie (Koch 2021) um die Komponente Sozialer Nachhaltigkeit. In jener diskutierte ich bereits intensiv das Themenfeld Demokratie und die Durchführung und Konzeptionen von politischer Bürgerbeteiligung auf Bundesebene. Auch die Frage, was es für eine Zivilgesellschaft braucht, um nachhaltige Entscheidungen zu treffen und wer bei Beteiligungsformaten als der Gesellschaft zugehörig wahrgenommen wird kommt daher an dieser Stelle zu kurz. Ein Fokus liegt dabei auf bottom-up Ansätzen. Dies bedeutet jedoch keine Vernachlässigung politischer und wissenschaftlicher Akteure oder anderer wichtiger institutioneller Stakeholder.

Vielmehr wird eine Ergänzung durch zivilgesellschaftliche Partizipation beleuchtet. Des Weiteren bilden demokratische Systeme und die »Agenda 2030« der Vereinten Nationen den Ausgangspunkt der hier aufgeführten Diskussion um (Soziale) Nachhaltigkeit. Inwiefern Nachhaltigkeitsbestrebungen und zivilgesellschaftliche Partizipation außerhalb dieses internationalen Zusammenschlusses und in nicht demokratisch geführten Staaten vorhanden ist, wird in diesem Rahmen nicht thematisiert. Unter Beachtung dessen werden im Folgenden zentrale Thesen für (Soziale) Nachhaltigkeit mit Bezug auf zivilgesellschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung als Schlussfolgerung dieses Beitrags formuliert.

Bei Produkten, Lebensmitteln, Energie, Bus und Bahn nutzen Unternehmen immer mehr den Begriff der Nachhaltigkeit als Marketing. Im Umkehrschluss heißt das, dass Menschen ihr Konsumverhalten zunehmend nachhaltig gestalten wollen. Was Nachhaltigkeit genau bedeutet und umfasst wissen viele jedoch nur Ansatzweise. Auffällig ist dabei ein Fokus auf ökologische Nachhaltigkeit. Das zeigen auch Klimastreiks wie die internationale Klimabewegung Fridays for Future.

Nachhaltigkeit bezieht sich jedoch vielmehr auf den Zusammenhang ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte. Denn nur unter einer gleichrangigen Betrachtung dieser 3 Dimensionen bleibt unsere Umwelt lebenswert, wir als Menschen lebensfähig und unser Umgang untereinander fair. Ausgehend von einer Gleichrangigkeit dieser drei Dimensionen lege ich in meiner Masterarbeit einen Fokus auf Soziale Nachhaltigkeit. Für soziale Fragen von Armut, Ausgrenzung und Verteilungsungerechtigkeiten kann Soziale Nachhaltigkeit als Antwort einer gesellschaftlichen Veränderung beschrieben werden. Aber welchen Veränderungsprozess braucht es? Und wie kann dieser in der Gesellschaft realisiert werden? Chancengleichheit und Mitgestaltungsmöglichkeiten sind dabei eine Grundlage. Zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Partizipation kommt damit ein hoher Stellenwert zu.

So lautet meine erste These: **„Nachhaltigkeit erfordert gesellschaftliche Transformationsprozesse, die durch eine aktive Beteiligungskultur angestoßen werden.“**

Die These verweist und verbindet zwei Begriffe: Transformation und Beteiligungskultur. Als ein Verständnis, eine Konzeption von Sozialer Nachhaltigkeit, lässt sich diese als gesellschaftliches Transformationsprojekt beschreiben. Transformation meint Wandel - eine Veränderung des Ist-Zustandes hin zu Zielen im Sinne der Nachhaltigkeit. Bei diesem Verständnis geht es

auch um eine Verknüpfung globaler und lokaler Standpunkte und Entwicklungen. Gesellschaftliche Transformation erfordert also eine zielgerichtete Veränderung der Gesellschaft. Demnach können Politik, Wissenschaft und andere Stakeholder jene Ziele nicht ohne das Mitwirken der Bevölkerung erreichen. Vielmehr benötigt es eine aktive Beteiligungskultur. Engagement – ob informell und niederschwellig, oder formell und damit strukturell angebunden – spielt dabei eine wichtige Rolle für eine gesellschaftliche Umsetzung in spezifischen Feldern. Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird so gestärkt und Sozialkapital aktiviert. Durch eine unterschiedliche Weite oder Verengung des Engagementbegriffs ergeben sich empirische Unterschiede in den Länderstudien. Bei neuen gesellschaftlichen Herausforderungen entstehen neue Engagement Strukturen, indem sich die Zivilgesellschaft mobilisiert. Beispiele dafür sind die Unterstützung geflüchteter Menschen, zuletzt insbesondere von geflüchteten Ukrainer*innen. Aber auch die Corona Pandemie zeigt in besonderem Maße, wie sich Krisen auf Engagement Strukturen auswirken können. Das FZD (Forum zivilgesellschaftliche Daten) verweist auf einen Anstieg von Engagement im ersten Lockdown. Zum zweiten Lockdown änderte sich dies jedoch – strukturelle und finanzielle Schwierigkeiten stellten Engagementmöglichkeiten generell vor besondere Herausforderungen. Etwa 50% weniger Menschen interessierten sich für Engagement in Verbänden. Im letzten Jahr verzeichneten sich wiederum besonders positive Erkenntnisse in Bezug auf Nachhaltigkeit. Laut der ZiviZ-Studie von 2023 ist das Engagement in Umweltthemen besonders stark angestiegen. Ähnlich ist es im Bereich Sozialer Nachhaltigkeit: Immer mehr Organisationen verstehen sich als Impulsgeber*innen für sozialen Wandel. Sie möchten mit ihren Aktivitäten und Angeboten Gesellschaft und Politik mitgestalten. Denn ohne eine Chance zur Mitwirkung durch die Gesellschaft gibt jene die Verantwortung an den Staat ab. Erfahrungen der Wirksamkeit schaffen Verantwortungsbewusstsein und sind entscheidend für die Zufriedenheit mit Transformationsprozessen. Eine Beteiligungskultur mit Ausschlüssen wäre kontrovers zu Sozialer Nachhaltigkeit, da so Perspektiven und Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungsteile nicht berücksichtigt werden können.

Dieser Zusammenhang verweist auf meine zweite These: **„Um sozial nachhaltige Entscheidungen treffen zu können, müssen Bürger*innen partizipativ einbezogen werden. Dabei sollten deliberative Verfahren wie Bürgerräte so genutzt werden, dass sie Engagement aktivieren.“**

Gemeinsame Ziele und kollektives Handeln sind der „Motor“ von Transformationsprozessen hin zu Nachhaltigkeit. Um ökologischen und sozialen Herausforderungen gerecht zu werden,

benötigt es mehr Dynamik und Effektivität demokratischer Abläufe. Es gibt bereits zahlreiche Beispiele für deliberative Verfahren. Bekannt für politische Bürgerbeteiligung sind die Schweiz oder Irland. Jedoch gibt es immer mehr Länder weltweit, die eine Deliberation mit der Bevölkerung zu bestimmten Themen durchführen. Beispielsweise organisiert das Stanford Center for Deliberative Democracy (CDD) solche Verfahren weltweit. Nennen möchte ich hier das Projekt „America in one room“, das eine zivilgesellschaftliche Perspektive der US-Bevölkerung für die UN-Klimakonferenz 2021 erarbeitete. Ein weiteres interessantes Beispiel eines von der CDD durchgeführten Verfahren findet sich in der Mongolei, bei der eine Verfassungsänderung hervorgerufen wurde, welche es vorsieht, dass weitere Änderungen der mongolischen Verfassung nun immer nationale Deliberationsverfahren durchlaufen müssen. Auch Kanada, Australien, Kolumbien, Japan und die meisten EU-Staaten führen mittlerweile deliberative Verfahren als Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch – um nur einige Beispiele zu nennen.

In Bezug auf sozialpolitische Entscheidungen setzt Bürgerbeteiligung an Mängeln der repräsentativen Demokratie an: Bürger*innen bringen ihre diversen Lebenssituationen mit ein. Empfehlungen von Bürgerräten sind damit lebensnah und parteipolitisch ungebunden. Die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen vermindert eine Externalisierung von Kosten auf sozial Schwächere und Stärkt die Legitimität von politischen Entscheidungen. Ein Austausch zwischen Politik, Institutionen und Stakeholdern mit Bürger*innen führt zu gemeinsam getroffenen Entscheidungen, die einen gesellschaftlichen Zusammenhalt befördern. Bürgerräte können die Mitwirkung der Gesellschaft in der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen anstoßen. Die Teilnahme an Bürgerräten motiviert zu weiterem Engagement im Themenfeld, erweitert Perspektiven, informiert, gehört zu einer gelebten Demokratie und ermöglicht die Vernetzung von Akteuren. Im Bereich des Engagements ist insbesondere die Vernetzung und die Erweiterung von Teilhabemöglichkeiten entscheidend. Eine wichtige Stütze sind dabei NGOs. Breite Möglichkeiten der Partizipation aktivieren Sozialkapital, was wiederum eine Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen innerhalb der Gesellschaft ermöglicht. Daher muss Engagement so gefördert werden, dass Teilhabe im gesamten Politikzyklus und für alle Menschen zugänglich ist. Gesellschaftliche Transformation erfordert damit auch die Innovation von Teilhabemöglichkeiten.

So lautet meine dritte These: **„Nachhaltigkeit ist interdisziplinär und Politikfeld-übergreifend sowie innerhalb eines politischen Mehrebenenbezugs zu betrachten, um jene Bestrebungen innovativ zu Verwirklichen.“**

Die vorangegangenen Beispiele aus unterschiedlichen Ländern zeigen eine nationale Perspektive auf. Nachhaltigkeit ist jedoch nicht an Staatsgrenzen gebunden. Das zeigen die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen, die Nachhaltigkeitsziele global verbinden. Um diese Ziele umzusetzen ist also eine internationale Vernetzung von Akteuren notwendig. Im Bereich Klima verknüpft zum Beispiel das IPCC (intergovernmental Panel for Climate Change) Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Die Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen beginnt jedoch regional in Städten und Kommunen. Auch im sozialen Bereich wiederholen sich weltweit Themen wie Armut, Wohnungsnot oder Bildungschancen. Nachhaltigkeit unterliegt damit einem Mehrebenenbezug von kommunalen über regionale, nationale bis hin zu internationalen Rahmenbedingungen. Im Falle der Mitgliedsstaaten der EU kommt eine weitere Ebene hinzu. Die verschiedenen Ebenen ermöglichen unterschiedliche Wirksamkeitserfahrungen für Beteiligung. Auch hier kommt für die Nachhaltigkeitspolitik und deren Umsetzung durch die Bevölkerung Organisationen und Institutionen ein hoher Stellenwert zu. Verbände setzen sich für spezielle Ziele ein und aktivieren Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Teilhabe.

Die verschiedenen Akteure wie beziehen sich jedoch meist auf eine der Nachhaltigkeitsdimensionen bzw. Politikfelder. Dies führt zu Problemen durch die Vernachlässigung der jeweils anderen beiden Säulen, die wie Anfangs erläutert eine gleichrangige Betrachtung benötigen. Umso wichtiger erscheint hier eine interdisziplinäre Multi-Stakeholder-Vernetzung von Wissenschaft, Politik und Verbänden aus verschiedenen Bereichen. Denn die ökologische und die soziale Frage lassen sich nicht voneinander loslösen und beinhalten auch immer ökonomische Aspekte. Eine Stärke von deliberativen Verfahren: denn Bürger*innen sind meist nicht auf eines der Politikfelder spezialisiert und bieten so die Chance, eine ganzheitliche und lebensweltorientierte Perspektive einzubringen.

All das in die Tat umzusetzen, tatsächlich im System moderner Demokratien zu verankern und gesetzte Nachhaltigkeitsziele zu erreichen ist dabei ein langer Prozess. Dennoch zeigt die Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen, die diversen Beteiligungsformate auf verschiedenen politischen Ebenen und zu komplexen Fragestellungen, dass eine Transformation bereits angestoßen ist. „Alle werden gewinnen, wenn unsere Welt lebenswert wird und bleibt“ (ebd., S. 11). Wir sind auf dem Weg, unsere Zukunft mit Positivszenarien umzuschreiben. So kann eine neue Ära eingeleitet werden, die Soziale Nachhaltigkeit, sowie Klima- und Umwelt-

EMPFEHLUNGEN UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

schutz unter Berücksichtigung ökonomischer Aspekte durch zivilgesellschaftliche Partizipation transformiert. So möchte ich meine Masterarbeit mit der Frage beenden: Brauchen wir (wieder) mehr Utopien?

Literatur

- Amnesty International, 2023, *COP28: Einigung über Abkehr von fossilen Brennstoffen ist Etappensieg, aber schützt Menschenrechte nicht ausreichend*. Pressemitteilung (Link: <https://www.amnesty.de/cop28-klimakonferenz-abkehr-fossile-brennstoffe> aufgerufen am 25.09.2025)
- Bach, Stefan/Opielka, Michael, 2023, *Klima-/Umwelt- und Sozialpolitik in der neuen Legislaturperiode – Probleme und Aufgaben*. Duisburg/ Bremen: DIFIS
- Bauchmüller, Michael, 2014, *Schönen Gruß aus der Zukunft*. In: bpb (Hrsg.), *Nachhaltigkeit*. Bd. 31-32/2014, S. 3-6
- Beham, Markus P., 2023, *Was ist Nachhaltigkeitsrecht? Von der Notwendigkeit, das Recht neu zu denken*. In: Henkel, Anna u.a., *Dilemmata der Nachhaltigkeit*. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 311-326
- Bosse, Jana/Knopplik, Svenja/Wiedmann, Oliver, 2021, *Zur Bedeutung der Zivilgesellschaft im Klimawandel. Wirksamer Klimaschutz mit Bürgerräten*. In: *Ökologisches Wirtschaften, Zukunft gestalten*. Bd. 02-2021, S. 26-27
- Bürgerrat Demokratie (Hrsg.), 2019, *Erläuterung wichtiger Begriffe*. Leipzig: Mehr Demokratie e.V.
- Cherry, Catherine u.a., 2021, *Citizen's Climate Assemblies. Understanding public deliberation for climate policy*. Cardiff: The Centre for Climate Change and Social Transformations
- Geißel, Brigitte/Dean, Rikki/Jung, Stefan/Wipfler, Bruno, 2019, *Bürgerrat Demokratie. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Evaluation*, Frankfurt am Main: Goethe Universität, Forschungsstelle Demokratische Innovationen
- Greenpeace a, *Greenpeace stellt sich vor*. (Link: <https://www.greenpeace.de/ueber-uns> aufgerufen am 25.09.2025)
- ders. b, 2019, *Eine Welt für alle*. (Link: <https://www.greenpeace.de/frieden/umwelt-gesellschaft> aufgerufen am 25.09.2025)
- Helka (Hrsg.), 2010, *Helsinki Neighbourhoods Association Helka – briefly in English*. (Link: <https://kaupunginosat.fi/helka/briefly-in-english/> aufgerufen am 26.09.2025)
- Henkel, Anna/Mader, Dimitri/Siebenhüner, Bernd, 2023, *Einleitung: Dilemmata der Nachhaltigkeit*. In: Henkel, Anna u.a., *Dilemmata der Nachhaltigkeit*. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 9-22
- Hinte, Wolfgang, 2006, *Sozialraumorientierung und Sozialraumbudgets – ein Plädoyer für begriffliche Klarheit*. In: *Sozial Extra*, Bd. 30, S. 28–32
- Kessler, Sarah/Rau, Henrike, 2023, *Worte ohne Taten? Die Kluft zwischen Verantwortung und Wirksamkeit als Dilemma der Nachhaltigkeit*. In: Henkel, Anna u.a., *Dilemmata der Nachhaltigkeit*. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 127-149
- Kleine, Alexandro, 2009, *Die drei Dimensionen einer Nachhaltigen Entwicklung*. In: Kleine, Alexandro, *Operationalisierung einer Nachhaltigkeitsstrategie: Ökologie, Ökonomie und Soziales integrieren*. Wiesbaden: Gabler Verlag, S. 5-24

LITERATUR

- Koch, Lisa, 2021, *Sozialpolitik und Demokratie – direkte Demokratie auf Bundesebene*. Jena: Bachelorarbeit Soziale Arbeit an der Ernst-Abbe Hochschule Jena
- Krenzer, Steffen/Socher, Susanne/Mehr Demokratie (Hrsg.)/IDPF Wuppertal (Hrsg.)/RIFS Potsdam (Hrsg.), 2024, *Kommunale Bürgerräte Organisieren. Handbuch für den Weg von der ersten Idee bis zur Verwendung der Empfehlungen*. Berlin: Mehr Demokratie e.V.
- Leipprand, Tobias u.a., 2010, *Mit Engagement zur Nachhaltigkeit – die Zivilgesellschaft als Treiber einer neuen Nachhaltigkeitsagenda*. Lund: Stiftung neue Verantwortung
- Lüsgen, Hannah/Harbou, Frederik von/Opielka, Michael, 2025, *Der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“: Blaupause für den Weg aus der Krise der parlamentarischen Demokratie?* In: Zeitschrift für Parlamentsfragen ZParl (i.E.)
- MacDonald-Nelson, James/Chwalisz, Claudia/ Cesnulaityte, Ieva/ Reid, Lucy, 2024, *Six ways to democratise city planning: Enabling thriving and healthy cities*. The Hague: DemocracyNext
- Mehr Demokratie (Hrsg.), 2021, *Geloste Bürger diskutierten über EU*. Pressemitteilung (Link: <https://www.buergerrat.de/aktuelles/geloste-buerger-diskutierten-ueber-eu/> aufgerufen am 26.09.2025)
- ders., 2024, *Bürgergutachten zu Ernährung übergeben*. Pressemitteilung (Link: <https://www.buergerrat.de/aktuelles/buergergutachten-zu-ernaehrung-uebergeben/> aufgerufen am 26.09.2025)
- Mehr Demokratie/IDPF, 2024, *Bürgerräte in Deutschland. Entwicklung und Vielfalt losbasierter Bürgerräte*. 1. Aufl., Berlin: Mehr Demokratie e.V.
- Meschede, Christine/Mainka, Agnes, 2020, *Including Citizen Participation Formats for Drafting and Implementing Local Sustainable Development Strategies*. In: urban science, Jg. 4(1)
- Nowack, Britta, 2018, *Wege in eine Nachhaltige Zukunft?* Schriftenreihe GLOKAL, Nr. 11, Bremen: Hochschule Bremen
- Opielka, Michael, 2008, *Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichbare Perspektiven*, 2. Aufl., Reinbek: Rowohlt
- ders., 2017, *Soziale Nachhaltigkeit. Auf dem Weg zur Internalisierungsgesellschaft*. München: oekom Verlag
- ders., 2023, *Soziales Klima. Der Konflikt um die Nachhaltigkeit des Sozialen*. Weinheim: Beltz: Juventa
- Pavani, Luca/Ganugi, Giulia, 2024, *Social sustainability: what implications for social work?* In: European Journal for Social Work, 2024, S. 1-16
- Pufé, Iris, 2014, *Was ist Nachhaltigkeit? Dimensionen und Chancen*. In: bpb (Hrsg.), *Nachhaltigkeit*. Bd. 31-31/2014, S. 15-21
- Rippenberger, Anna-Lena, 2024, *Bürgerrat übergibt Gutachten. „Nehmt euch das bitte zu Herzen“*. FAZ (Hrsg.) (Link: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/der-buergerrat-ernaehrung-uebergibt-sein-gutachten-an-den-bundestag-19533974-p2.html> aufgerufen am 26.09.2025)
- Sabato, Sebastiano/Mandelli, Matteo/Vanhercke, Bart, 2021, *The Socio-Ecological Dimension of the EU Recovery. From the European Green Deal to the Recovery and Resilience*. Madrid: EUROsociAL Programme for Social Cohesion

- Scholten, Lisa/Jepkens, Katja, 2022, *Formalisiertes und informelles Engagement: Chancen und Herausforderungen der Teilhabe spezifischer Engagementformen*. In: Gille, Christoph/ Jepkens, Katja (Hrsg.), *Voluntaris. Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement*. Sonderband. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 104-122
- Schubert, Klaus/Klein, Martina/bpb (Hrsg.), 2020, *Das Politiklexikon*. 7. Aufl., Bonn: Dietz Verlag (Link: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/296466/policy-cycle/> aufgerufen am 26.09.2025)
- Schröder, Bianca, 2024, *Ausstieg aus der Braunkohle: Strukturwandel braucht neue Strategien*. Potsdam: Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit Helmholtz-Zentrum Potsdam (RIFIS) (Link: <https://idw-online.de/en/news830511> aufgerufen am 26.09.2025)
- Sénit, Carole-Anne, 2020, *Leaving no one behind? The influence of civil society participation on the Sustainable Development Goals*. In: *Politics and Space*, Bd. 38(4), S. 693-712
- Suttner, Sebastian, 2023, *Das zeitliche Dilemmata der Nachhaltigkeit: Wie Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdung einstellt*. In: Henkel, Anna u.a., *Dilemmata der Nachhaltigkeit*. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 109-124
- ver.di (Hrsg.), 2023, *ÖPNV: ver.di und FFF fahren zusammen für Mobilitätswende*. Pressemitteilung (Link: <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++4875d410-b108-11ed-9075-001a4a160129> aufgerufen am 26.09.2025)
- Von Hauff, Michael, 2010, *Die Bürgergesellschaft als Kern nachhaltiger Entwicklung*. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), *Betrifft: Bürgergesellschaft*. Bd. 33, S. 1-10

Anhang

Anlage 1 – Konzept 1: Interviews Greenpeace

Anlage 2 – Interviewleitfaden Greenpeace

Anlage 3 – Konzept 2: qualitative Inhaltsanalyse

Anlage 4 – Antworten schriftliche Befragung Greenpeace Jena

Anlage 5 – Mitschrift online-Seminar DemocracyNext

Konzept Interviews Greenpeace

Ziel:

Was kann formelle zivilgesellschaftliche Partizipation zur Verwirklichung (Sozialer) Nachhaltigkeitsziele beitragen?

Stichprobe:

Die Interviews sollen mit der Nichtregierungs-Organisation Greenpeace durchgeführt werden. Zum einen wurde Greenpeace ausgewählt, da die Organisation auf allen politischen Ebenen (kommunal, national und EU-weit und international) tätig ist. Somit können die Interviews mit je einem/r lokalen Vertreter*in für die Stadt Jena, einem/r nationalen Vertreter*in für Deutschland und einem/r Vertreter*in für die EU durchgeführt werden. Dadurch wird dem Ansatz eines Mehrebenen-Regierens Rechnung getragen. Die Auswahl der kommunalen und nationalen Standorte erfolgte aufgrund eigener Bezugsräume: Jena als Stadt, in der ich geboren bin und studiere und Deutschland, um die kommunale Ebene in die nationale einbetten zu können. Zum anderen wurde Greenpeace ausgewählt, da die Umweltorganisation einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt und neben ökologischen Aspekten stets soziale und ökonomische Nachhaltigkeit diskutiert.

Ansprechpartner:

- kommunal: Daniela Köhler, info@jena.greenpeace.de
- national: Sophie Lampl (Geschäftsführerin Programm) sophie.lampl@greenpeace.org
- EU: Mark Breddy (Kommunikationsdirektor) mark.breddy@greenpeace.org

Zeitplan:

KW 1-2	Planung der Interviews (Konzept, Interviewleitfaden)
KW 3	Anfrage Interviews bei Ansprechpartnern
KW 4-7	Durchführung der Interviews
KW 8-12	Transkribieren, Auswerten, Verschriftlichung der Ergebnisse

Fragen:

- 1.) Welche Themen in Bezug auf Nachhaltigkeit beschäftigen Sie aktuell bei ihrer Arbeit besonders? / 1.) *What topics relating to sustainability are you currently particularly concerned with in your work?*
- 2.) Neben Spendenformaten gibt Greenpeace Bürger*innen auch andere Möglichkeiten zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen. Welche zivilgesellschaftlichen Partizipationsformate bieten Sie an, damit sich Menschen für (lokale / nationale/ EU) Nachhaltigkeit engagieren können? / 2.) *In addition to donation*

formats, Greenpeace also gives citizens other options for implementing sustainability goals. What civil society participation formats do you offer so that people can get involved in (local/national/EU) sustainability?

- 3.) In welchen Phasen der Entwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda sehen Sie die Möglichkeit zivilgesellschaftlicher Partizipation? Gemeint sind die Phasen des Politikzyklus, also Problemformulierung, Herantragen an die Politik, Entscheidungsprozesse, Implementierung in der Praxis, Evaluation, evtl. Reformulierung des Problems. / 3.) *In which phases of the development and implementation of the sustainability agenda do you see the possibility of civil society participation? This refers to the phases of the policy cycle, i.e. problem formulation, submission to politics, decision-making processes, implementation in practice, evaluation, and possibly the reformulation of the problem.*
- 4.) Greenpeace setzt sich außerdem für die Fortentwicklung von ökologischen und sozialen Rechten ein und nimmt aktiv Einfluss auf Gesetzesänderungen. Inwieweit denken Sie, dass Bürger*innen in diese politischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden können und sollten? / 4.) *Greenpeace is also committed to the further development of ecological and social rights and actively influences changes to the law. To what extent do you think citizens can and should be involved in these political decision-making processes?*
- 5.) Was für ein Verständnis des Sozialen und der Sozialpolitik liegt Ihrer Arbeit zugrunde und sind Ihnen bestimmte soziale beziehungsweise sozialpolitische Themen besonders wichtig? / 5.) *What kind of understanding of social issues and social policy underlies your work and what certain social or socio-political issues are particularly important to you?*
- 6.) Unterstützt Greenpeace politische Bürgerbeteiligung auf lokaler/ nationaler/ EU Ebene und wenn ja, in welcher Form? / 6.) *Does Greenpeace support political citizen participation at local/national/EU level and if so, in what form?*

Auswertung:

- 1.) Aspekte der einzelnen Antworten auf Frage 1-6 erörtern
- 2.) Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen Ebenen von Frage 1-6 herausarbeiten (Clusteranalyse)
- 3.) Herausgearbeitete Gemeinsamkeiten und Unterschiede nach einem Multi-Level-Governance Ansatz betrachten

Fehlerbetrachtung:

Aufgrund von Absagen oder fehlenden Rückmeldungen konnte das Konzept nicht wie geplant umgesetzt werden. Greenpeace EU hat sich auch bei erneuter Anfrage nicht zurückgemeldet. Bei erneuter Anfrage von Greenpeace Deutschland kam es zu einer Absage. Hier wurden als Gründe zeitliche Ressourcen genannt und, dass

ANLAGE 1

Greenpeace gerade erst damit beginne, sich mit Partizipationsmöglichkeiten zu beschäftigen. Bei Greenpeace der Stadt Jena erklärte sich keine Person für ein Interview bereit, ein Interesse an der Thematik wurde jedoch geäußert. Nach Absprache erklärte sich Greenpeace Jena bereit, die Fragen des Interviews in schriftlicher Form zu beantworten. Folgend sollen mögliche Faktoren aufgelistet werden, die zu der gescheiterten Durchführung der Interviews geführt haben könnten:

- Zeitliche Ressourcen der Hauptamtlichen
- Fehlendes Interesse an der Teilnahme bzw. am Thema
- Zu geringe Niederschwelligkeit der Anfrage, da sich laut der Rückmeldungen keiner als Experte oder Expertin fühlte
- Organisationsstruktur: viele Ehrenamtliche, wenig Hauptamtliche
- Darstellung der Organisation nach Außen: zu viel Vorbereitung für das Interview, um die Organisation in der Fragestellung zu vertreten und damit einhergehend die Angst, etwas Falsches zu sagen bzw. durch die Aussagen im Nachhinein kritisiert zu werden
- Diversität der Debatte um politische Bürgerbeteiligung: Greenpeace möchte hier keine Stellung beziehen
- Interdisziplinarität: Spannungsfeld zwischen den zwei Politikfeldern der Sozialpolitik und Umweltpolitik als disziplinäre Differenz

Interviewleitfaden

Hallo, ich begrüße Sie recht herzlich und bedanke mich vorab bereits für Ihre Teilnahme am Interview. Ich bin Lisa Koch, Studentin im Master in Sozialer Arbeit an der Ernst-Abbe-Hochschule in Jena. Wie Sie bereits wissen, beschäftige ich mich in meiner Masterarbeit mit dem Thema „Soziale Nachhaltigkeit: Bürgerengagement und politische Bürgerbeteiligung als Chance“. Dazu möchte ich heute ein Gespräch mit Ihnen führen, um Ihre Expertise in meine Überlegungen einbringen zu können. Ich würde Sie bitten bei den Fragen einen Fokus auf ihre Arbeit auf lokaler Ebene der Stadt Jena/ nationaler Ebene von Deutschland zu legen. Gerne können Sie mir auch während des Interviews Rückfragen stellen. Nehmen Sie sich für die Beantwortung der Fragen gerne Zeit. Wenn Sie bereit sind, würde ich mit meiner ersten Frage starten...

- 1.) Welche Themen in Bezug auf Nachhaltigkeit beschäftigen Sie aktuell bei ihrer Arbeit besonders?
- 2.) Neben Spendenformaten gibt Greenpeace Bürger*innen auch andere Möglichkeiten zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen. Welche zivilgesellschaftlichen Partizipationsformate bieten Sie an, damit sich Menschen für (lokale/ nationale/ EU) Nachhaltigkeit engagieren können?
- 3.) In welchen Phasen der Entwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda sehen Sie die Möglichkeit zivilgesellschaftlicher Partizipation? Gemeint sind die Phasen des Politikzyklus, also Problemformulierung, Herantragen an die Politik, Entscheidungsprozesse, Implementierung in der Praxis, Evaluation, evtl. Reformulierung des Problems.
- 4.) Greenpeace setzt sich außerdem für die Fortentwicklung von ökologischen und sozialen Rechten ein und nimmt aktiv Einfluss auf Gesetzesänderungen. Inwieweit denken Sie, dass Bürger*innen in diese politischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden können und sollten?
- 5.) Was für ein Verständnis des Sozialen und der Sozialpolitik liegt Ihrer Arbeit zugrunde und sind Ihnen bestimmte soziale beziehungsweise sozialpolitische Themen besonders wichtig?
- 6.) Unterstützt Greenpeace politische Bürgerbeteiligung auf lokaler/ nationaler/ EU Ebene und wenn ja, in welcher Form?

Das war nun die letzte Frage. Wenn Sie nichts Weiteres ergänzen möchten, bedanke ich mich recht herzlich bei Ihnen für Ihre Zeit! Sie haben interessante Gesichtspunkte zum Thema Nachhaltigkeit und ihrer Arbeit aufgezeigt. Ich wünsche Ihnen alles Gute weiterhin!

Konzept 2 – qualitative Inhaltsanalyse

Ziel:

Was kann zivilgesellschaftliche Partizipation zur Verwirklichung (Sozialer) Nachhaltigkeit beitragen?

Stichprobe:

Anhand von Städten und städtischen Entwicklungen kann die politische Teilhabe und das Engagement von Bürger*innen in besonderem Maße konkret aufgezeigt werden. Um aufzuzeigen, welche formellen Möglichkeiten von Engagement, sowie politische Beteiligungsformate Transformationsprozesse hin zu (Sozialer) Nachhaltigkeit anstoßen, mitentwickeln und verwirklichen können, besteht die Stichprobe aus zwei Teilen. Dabei sollen zivilgesellschaftliche Partizipationsformate eingebettet in formelle Nichtregierungs-Organisationen beleuchtet werden. Als erster Teil fließen Empfehlungen zu städtischer Bürger*innenpartizipation der internationalen Organisation DemocracyNext mit in die praktischen Überlegungen ein. Dabei sollen die aus dem Workshop „Democratising City Planning“ und dem zugehörigen *Paper* „six ways to democratise city planning“ gewonnenen Erkenntnisse erörtert werden. Als zweiter Teil werden Überlegungen und Empfehlungen aus dem Handbuch „kommunale Bürgerräte organisieren“ von Mehr Demokratie, einer deutschlandweiten Organisation zur Umsetzung von deliberativen Verfahren, erörtert. Ergänzend dazu wurde eine schriftliche Befragung mit Greenpeace der Stadt Jena durchgeführt. Die Auswahl des kommunalen Standorts erfolgte aufgrund eigener Bezugsräume: Jena als Stadt, in der ich geboren bin und studiere. Greenpeace wurde ausgewählt, da die Umweltorganisation einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt und neben ökologischen Aspekten stets Soziale und Ökonomische Nachhaltigkeit diskutiert. Ziel der Stichprobe ist es, beide Teile miteinander in Verbindung zu bringen, um verschiedene Möglichkeiten von Partizipation für eine praktische Etablierung von Nachhaltigkeitszielen in Städten diskutieren zu können. Ebenso zeigt sich anhand von Greenpeace und DemocracyNext als internationale Organisationen, dass diese städtischen Konzepte sich allgemein auf Städte in demokratischen Systemen anwenden lassen.

Ansprechpartner:

- DemocracyNext: Claudia Chwalisz (Founder, CEO), claudia@demnext.org
- Mehr Demokratie: Claudine Nierth (Bundesvorstandssprecherin), claudine.nierth@mehr-demokratie.de
- Greenpeace Jena: Daniela Köhler, info@jena.greenpeace.de

Zeitplan:

Der Zeitplan beinhaltet ebenso die Entwicklungen der ersten Konzeption des praktischen Teils (s. Konzept Interviews Greenpeace), wie auch die Neuverfassung des praktischen Teils und dessen zeitlichen Ablauf.

KW 1-2	Planung der Interviews (Konzept, Interviewleitfaden)
KW 3	Anfrage Interviews bei Ansprechpartnern
KW 4	Erinnerung an Interviewanfrage, Rückmeldung von Greenpeace Jena
KW 5	Neuanfrage Greenpeace Jena als schriftliche Befragung, Anmeldung online-Seminar von DemocracyNext
KW 6	Absage Greenpeace Deutschland
KW 7	Zuarbeit schriftliche Befragung durch Greenpeace Jena, Teilnahme online-Seminar von DemocracyNext
KW 8-10	Analyse gewonnener Daten

Durchführung:

Teil 1 – online-Seminar DemocracyNext „Democratising City Planning“:

Dieser Teil wird in Form einer teilnehmenden Beobachtung durch Mitschriften der Aussagen der Expert*innen durchgeführt. Das Seminar findet online via Zoom am 14.02.2024 von 9.30-11.00 Uhr statt. Die Teilnahme ist mit einer Voranmeldung für 25 Personen möglich. Die vortragenden Expert*innen sind Claudia Chwalisz, Gründerin und CEO von DemocracyNext, sowie James MacDonald-Nelson, Projektleiter für städtischen Design und Planung. Die Mitschriften des online-Seminars dienen als Ergänzung des zugehörigen durch DemocracyNext veröffentlichten Papiers „six ways to democratise city planning“.

Teil 2 – Handbuch „kommunale Bürgerräte organisieren“

Wie in Teil 1 wird Teil 2 anhand der gleichen Kategorien (s. Auswertung) untersucht. So ist es möglich, Überschneidungen oder Abweichungen beider Organisationen zu den verschiedenen Themenschwerpunkten auszumachen. Das Handbuch gilt als ein Leitbild für kommunale Bürgerräte in Deutschland und wurde von Mehr Demokratie in Zusammenarbeit mit der Bergischen Universität Wuppertal, dem Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung und dem Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit in Potsdam veröffentlicht.

Ergänzend - Fragenkatalog Greenpeace Jena:

- 1.) Welche Themen in Bezug auf Nachhaltigkeit beschäftigen Sie aktuell bei ihrer Arbeit besonders?

- 2.) Neben Spendenformaten gibt Greenpeace Bürger*innen auch andere Möglichkeiten zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen. Welche zivilgesellschaftlichen Partizipationsformate bieten Sie an, damit sich Menschen für lokale Nachhaltigkeit engagieren können?
- 3.) In welchen Phasen der Entwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda sehen Sie die Möglichkeit zivilgesellschaftlicher Partizipation? Gemeint sind die Phasen des Politikzyklus, also Problemformulierung, Herantragen an die Politik, Entscheidungsprozesse, Implementierung in der Praxis, Evaluation, evtl. Reformulierung des Problems.
- 4.) Greenpeace setzt sich außerdem für die Fortentwicklung von ökologischen und sozialen Rechten ein und nimmt aktiv Einfluss auf Gesetzesänderungen. Inwieweit denken Sie, dass Bürger*innen in diese politischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden können und sollten?
- 5.) Was für ein Verständnis des Sozialen und der Sozialpolitik liegt Ihrer Arbeit zugrunde und sind Ihnen bestimmte soziale beziehungsweise sozialpolitische Themen besonders wichtig?
- 6.) Unterstützt Greenpeace politische Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene und wenn ja, in welcher Form?

Auswertung:

Qualitative strukturierende Inhaltsanalyse (nach Mayring):

- ➔ **Material:** Teil 1 (DemocracyNext Mitschriften online-Seminar, Papier „six ways to democratise city planning“) + Teil 2 (Handbuch „Kommunale Bürgerräte organisieren“ Kapitel: „Bürgerräte und ihre Rolle in der Demokratie“ S. 13-34 und „Bürgerräte als Teil einer Beteiligungskultur“ S. 49) + exemplarisch ergänzend (schriftliche Befragung Greenpeace Jena)
- ➔ **Analyserichtung:** Beitrag zivilgesellschaftlicher Partizipation zur Verwirklichung (Sozialer) Nachhaltigkeit
- ➔ **Analyseform:** qualitativ, strukturierend
- ➔ **Interpretation der Ergebnisse:** Kategorisierung
 - 1.) Herausforderungen, Gründe für Partizipation
 - 2.) Politische Partizipation
 - 3.) Zivilgesellschaftliches Engagement
 - 4.) Verortung im Politikzyklus
 - 5.) Qualitätskriterien deliberativer Prozesse
- ➔ **Gütekriterien:** Transparenz, Intersubjektivität, Reichweite (Bezug nachhaltige Stadtentwicklung, Sozialraumorientierung, Erörterung in Bezug auf Mehrebenen-Regieren (Multi-level governance nach Hooghe und Marks)

**Antworten schriftliche Befragung
Greenpeace Jena**

Einordnung: Paul Häring, 20 Jahre, Student, Umwelt- und Klimaschutz im Ehrenamt in Jenaer Ortsgruppen

Welche Themen in Bezug auf Nachhaltigkeit beschäftigen Sie aktuell bei ihrer Arbeit besonders?

Mobilität, Ernährung, Nachhaltigkeitsbestrebungen und soziale Nachteile vereinbar machen, allg. Kommunikation und Austausch (über Umwelt- und Klimathemen hinaus) Spezieller: Planung von Aktionstagen, Aufklärung zu Umweltthemen vor Thüringer Landtagswahl, organisatorische Aufgaben übernehmen und zugehörige Infrastruktur in Ortsgruppen aufbauen, Website u. Kalender Betreuung, eigene Projekte zu Diskurs

Neben Spendenformaten gibt Greenpeace Bürger*innen auch andere Möglichkeiten zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen. Welche zivilgesellschaftlichen Partizipationsformate bieten Sie an, damit sich Menschen für lokale Nachhaltigkeit engagieren können?

Aktionstage, Plena, „Beitritt“ unserer Ortsgruppe jederzeit erwünscht, beispielhaft: passive Partizipation durch Nutzung von (durch Umweltschutzgruppen vorangetriebenen) Ausbau des ÖPNV

In welchen Phasen der Entwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda sehen Sie die Möglichkeit zivilgesellschaftlicher Partizipation? Gemeint sind die Phasen des Politikzyklus, also Problemformulierung, Herantragen an die Politik, Entscheidungsprozesse, Implementierung in der Praxis, Evaluation, evtl. Reformulierung des Problems.

Hauptsächlich während der Problem(-re-)formulierung und der Implementierung in der Praxis. Entscheidungsträger und Politik sind jedoch nicht frei vom Einfluss der Zivilgesellschaft und somit sollte in jedem Schritt, wenn auch in unterschiedlichem Maße, Einflussnahme möglich sein.

Greenpeace setzt sich außerdem für die Fortentwicklung von ökologischen und sozialen Rechten ein und nimmt aktiv Einfluss auf Gesetzesänderungen. Inwieweit denken Sie, dass Bürger*innen in diese politischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden können und sollten? (z.B. auch Stadtentwicklung)

„Inwieweit“ spielt auf feine Nuancierungen ab. Eine so detaillierte Einordnung ist mir nicht möglich. Ich vermute, dass ab einem bestimmten Grad an direkter Mitbestimmung auch die Handlungsfähigkeit der Legislative eingeschränkt werden kann. Das in einer Demokratie die Auffassung des Volkes in Entscheidungsprozesse einbezogen wird oder werden sollte, steht jedoch schon qua Definition außer Frage.

Was für ein Verständnis des Sozialen und der Sozialpolitik liegt Ihrer Arbeit zugrunde und sind Ihnen bestimmte soziale beziehungsweise sozialpolitische Themen besonders wichtig?

Zu letzterer Teilfrage: Ja, das (sicherlich nur temporäre) Auflösen/Verschmelzen sozialer Blasen im Gespräch über das, was den Einzelnen umtreibt und die Suche nach den Gemeinsamkeiten in einer zunehmend größer (und dadurch auch komplexer) werdenden Gesellschaft.

Unterstützt Greenpeace politische Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene und wenn ja, in welcher Form?

Ja, Greenpeace Jena erstellt wiederholt zu Landtagswahlen einen Wahlkompass, um die Wahlprogramme der Fraktionen hinsichtlich Nachhaltigkeitsthemen einzuordnen. GP Jena spricht dabei keine Empfehlung aus. Die andere Ortsgruppe in Jena, bei der ich tätig bin, organisiert unter Anderem monatliche Bürger:innen Anfragen im Stadtrat und GP Jena beteiligt sich im Februar daran.

DemocracyNext – Democratizing City Planning

Online-Seminar 14.02.2024 von 9.30 Uhr – 11.00 Uhr

- to write the paper they asked over 100 people all over the world with positions in urban city planning about democratic ways of city transformations
- therefore, DemocracyNext created an international proposal for cities
- city problems must be addressed (e.g. homelessness, climate issues)
 - "We don't need new policies but a new way to design new policies."
 - "There is a statistically provable growing deliberative wave"
- e.g. Copenhagen citizens' assembly for the future project design of the island-city of Lynetteholm

How to engage people to participate?

- 1.) Sortition:
 - Stage 1 → Invitation and find voluntary recipients, break down possibility to participate
 - Stage 2 → second Lottery for representative final group
- 2.) Deliberation:
 - Setup (getting to know each other, shared visions)
 - Discussion (learning from Stakeholders, diverse perspectives)
 - Voting (about 80% have to agree to deliver recommendations)
- 3.) Participation:
 - strengthening engagement in the topic

Six ways (proposals) → to change the way of the game of policy-making

- not just assemblies → connecting with other stakeholders and improve collaboration between all actors
 - 1.) **Ad-hoc assemblies:** to avoid push-back on e.g. infrastructure projects
 - 2.) Developer assemblies: for large urban projects
 - 3.) City assemblies: for urban policies or financial planning
 - 4.) City assemblies: because of citizen frustration of status-quo, which legally requires public consultation
 - 5.) Member community board: to increase membership's representativeness needed for legitimacy (e.g. 50% of members rotate every year)
 - 6.) City-wide assemblies: permanent citizens' assemblies (30% of members rotate every year), which leads to more power in agenda-setting
- take together all these six proposals for city transformations

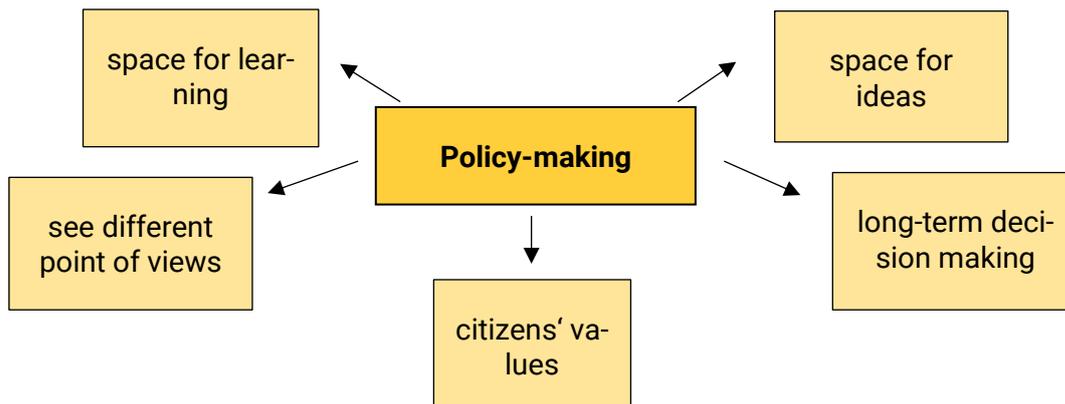
Where in the process of policy-making is the participation process implemented?

→ causes different possibilities and triggers different states in the policy cycle

→ Keep in mind for design: the smaller the level, the more concrete can the decisions be

Expert-Speakers:

Trivik Verma, Associate Professor in Urban Science & Policy at Delft University of Technology, Netherlands/ Co-leader of the Centre for Urban Science & Policy



Diego Luna Quintanilla, architect, urban designer and strategic planner with a special focus on the politics of space, understanding socio-cultural conditions and inclusive design in Brussels Region, Belgium

- streets of cities as cultural space
- sees a gap between planning and implementation: planning-tools are embedded in bureaucratic and legal frameworks
- no connection between planning and implementation
 - there is a place for innovation in between
 - we have to deal with transformation trough innovation
 - this process can structurally be institutionalized

Die Autorin

Lisa Strohmeyer, M.A. Soziale Arbeit studierte an der Ernst-Abbe-Hochschule in Jena. Im Jahr 2021 schloss sie ihr Bachelorstudium und im Jahr 2024 ihr Masterstudium ab.

Das Interesse der Autorin liegt im Verstehen gesellschaftlicher Prozesse mit einem Blick auf Demokratiegestaltung und politische Partizipationsformen. Für das Thema begeisterte sie neben dem Studium insbesondere die Teilnahme am ersten bundesweiten Bürgerrat in Deutschland zum Thema Demokratie. Als ausgeloste Bürgerin konnte sie hier grundlegende Erfahrungen sammeln, wie sich politische Partizipation durch Deliberation auf das eigene politische Interesse auswirkt. Das Gefühl zu bekommen, die eigene Meinung einzubringen und an der Gestaltung unserer Gesellschaft und Zukunft mitwirken zu können begeisterte die Autorin für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema der politischen Partizipation. Um ihre Erfahrungen aus der Teilnahme am Bürgerrat fachlich aufzuarbeiten entschied sie sich bereits in ihrer Bachelorarbeit über Direkte Demokratie auf Bundesebene zu schreiben.

Im Masterstudium erhielt die Autorin ein Erasmus+ Stipendium für ein Auslandssemester an der Universidad de Girona in Spanien. Darüber hinaus erhielt Sie ein Zertifikat für Interkulturelle Kompetenzen. Die erste Veröffentlichung der Autorin erfolgte im Rahmen des Forschungs- und Entwicklungsprojektes in der Zeitschrift für Sozialmanagement. Hier analysierte sie gemeinsam mit ihrer studentischen Forschungsgruppe die Netzwerkstrukturen in einem Quartier in Jena-Lobeda innerhalb des Multi-Generation Smart Community (mGeSCo) Projekt. Zum Ende des Masterstudiums begann sie ihre Arbeit im Tätigkeitsfeld Migration. Zurzeit ist sie bei der Caritas als Rückkehrberaterin für MigrantInnen tätig.

Das Interesse an politischer Teilhabe der Gesellschaft mit einem Fokus auf die Verbesserung partizipativer Prozesse begleitete die Autorin im gesamten Verlauf ihres Studiums und darüber hinaus. Für die Möglichkeit und das Interesse an der Veröffentlichung ihrer Masterarbeit mit dem Thema „Soziale Nachhaltigkeit und Partizipation – Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement als Chance“ über das Institut für Sozialökologie (ISÖ) bedankt sich Lisa Strohmeyer. Ein besonderer Dank geht dabei an Prof. DrMichael Opielka, der sie stets durch seine Expertise begleitete und sowohl ihre Bachelorarbeit als auch die Masterarbeit im Fachbereich Sozialwesen als Dozent an der Ernst-Abbe-Hochschule betreute.

Impressum

ISÖ – Institut für Sozialökologie gemeinnützige GmbH

Tel.: +49 (0) 2241 1457073

Fax: +49 (0) 2241 1457039

Ringstraße 8

53721 Siegburg

Wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer

Prof. Dr. habil. Michael Opielka

Förder- und Trägerverein

Sozialökologische Gesellschaft e.V. (gemeinnützig) - gegründet 1987

Mitgliedschaften

Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI)

Mitglied im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

www.isoe.org